



SÄCHSISCHE
LANDESZENTRALE FÜR
POLITISCHE BILDUNG



zwei tausend 21

Jahresbericht

Inhalt

JAHRESRÜCKBLICK

2021: Politische Bildung zwischen Pandemie und Bundestagswahl	5
---	---

BEITRÄGE

Keine neue Krise durch die Krise	20
Schule bewegt weiter	24
„Keine Bevölkerung eines Bundeslandes ist immun gegen Rechtsextremismus“	26
Wirtschaftsfaktor Migration	30
Filmpreis „voll politisch“: „Eins, zwei, Nazi“	34
Raum für Differenz und Widerspruch	36
Politische Bildung, Zivilcourage und Dialog in Zeiten der Polarisierung	40
32 Debatten übers Eingemachte	44
Eine robustere Russlandpolitik für die EU	48
Zwischenstand beim Miteinander von Menschen und Maschinen	52
Orientierungswissen ist gefragt	56
Medienkompetenzstudie	58
„Ich wünsche mir Gespräche auf Augenhöhe“	60
Schreibwettbewerb	64
„Der Hass kommt aus der Gesellschaft“	66
„Ich hatte einst ein schönes Vaterland...“	70
Impressum	75



2021: Politische Bildung zwischen Pandemie und Bundes- tagswahl

von **Dr. Roland Löffler**

Das zweite Pandemie-Jahr liegt hinter uns allen, der Welt, der Bevölkerung in Deutschland und Sachsen und auch der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Es stellte die politische Bildungsarbeit erneut vor Herausforderungen, lockdownbedingt die gesamte Arbeit umzustrukturieren und anzupassen. Zugleich zeigte sich, dass sich die Landeszentrale als lernende Institution dank der Erfahrungen des Corona-Jahres 2020 gut den wiederkehrenden Herausforderungen zu stellen verstand.

Die Pandemie veränderte natürlich unsere Angebotsstruktur: In den Wintermonaten liefen Veranstaltungen ausschließlich digital. Zudem boten wir einen Schreibwettbewerb für Senioren sowie Bestellsonderaktionen im Publikationsbereich an.



Zugriffe auf SLpB-Homepage

Politische Bildung online zu vermitteln, ist eine Schlüsselkompetenz unserer Arbeit. Besonders zeigt sich das in den seit 2017 stabil steigenden Zugriffen auf die SLpB-Webseite, den Informationshafen unseres Hauses. Mit 414.878 Besuchen im Jahr 2021 (2020: 213.258) wurde ein neuer Höchststand erreicht.

Die Wachstumsraten sind Ergebnis einer konsequenten redaktionellen Betreuung, der hohen Dynamik und Präsenz der SLpB im Veranstaltungs- und Publikationsbereich sowie einem stark gestiegenen Interesse an politischen Themen in der Bevölkerung, 2021 ganz besonders im Kontext der Bundestagswahl.

Ebenso lebt politische Bildung – wie alle pädagogischen Anstrengungen – von Beziehungen und Begegnungen, die wir uns alle im analogen Raum wieder wünschen und zumindest in unserer Arbeit punktuell auch 2021 zu realisieren versuchten. Zugleich haben es Kolleginnen und Kollegen aus unserem Hause auch geschafft, in digitalen Konferenz- und Seminarformaten ein hohes Maß an Begegnungsmöglichkeiten zu beschaffen und Beziehungspflege zu betreiben. Damit zeichnen sich auch Optionen für hybride Modelle oder sogenannte „blended learning“-Settings ab, die wir – wie auch unsere Partner in der politischen Bildung – in den kommenden Jahren entwickeln oder weiterentwickeln werden.

30 Jahre Landeszentrale – gefeiert wurde nur digital

Im Jahre 2021 wurde die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung 30 Jahre alt. Dies wäre ein guter Grund gewesen, groß zu feiern. Wir hätten gerne Sie, liebe Leserinnen und Leser, liebe Partnerinnen und Partner unserer Arbeit, zu einem großen Fest eingeladen. Doch die pandemische Lage erschien uns zu Beginn des Jahres 2021 zu unkalkulierbar, um ein großes Fest auszurichten. Leider bestätigte sich diese Einschätzung durch die vielen Wochen der Kontakt-Beschränkungen in den Winter- und Frühlingmonaten.



Wir gingen deshalb einen anderen Weg. Auf unserer Website erarbeiteten wir eine Zeitachse, die Highlights der Jahre 1991-2021 mit Bildern und Texten darstellt. Unter www.slpb.de/landeszentrale/30-jahre-30-hoehepunkte finden Sie die Wegmarken unserer Arbeit – von Diskussionen auf dem Marktplatz, den ersten und den erfolgreichsten Publikationen, den wichtigsten Partnerkonferenzen, politischer Bildung mit VHS-Videokassetten, der ersten Website, der Einführung des Info-Mobils, den Debatten rund um die Flüchtlingskrise 2015/2016 bis hin zu den Wahlforen seit 2019.

Überparteiliche Dialogplattform

Die Landeszentrale wandelt sich so, wie sich die Zeiten verändern. Politische Bildung hat den Anspruch, über aktuelle Entwicklungen in Politik und Gesellschaft zu informieren, sie zur Debatte zu stellen, Menschen zu ermöglichen, ihre Meinung und ihr Engagement zu den Herausforderungen der jeweiligen Zeit zu finden. Diesen Weg ist die Landeszentrale dreißig Jahre gegangen – und diesen Weg wird sie auch in Zukunft beherzt gehen – als wissenschaftlich orientierte, seriöse und faire „Informationstankstelle“ und als überparteiliche Plattform des gesellschaftlichen Dialogs.

Blicken wir auf den Beginn unserer Arbeit zurück, so sind wir der Landeszentrale für politische Bildung in

Baden-Württemberg mit ihrem damaligen Direktor Dr. h.c. Siegfried Schiele zu großer Dankbarkeit verpflichtet. Ohne die Stuttgarter Kollegen hätte es unsere sächsische Einrichtung nicht gegeben. Unser Haus war in seinen Anfängen nämlich eine Außenstelle der baden-württembergischen Landeszentrale. Sie wurde – kuriose Zeiten des Umbruchs – von dem damaligen Volontär Ulrich Graute geleitet, der heute als internationaler Consultant arbeitet und uns 2021 bei einem internen Zusammentreffen spannende Geschichten aus der Gründungszeit erzählte. Auch heute noch besitzen die Landeszentralen in Sachsen und Baden-Württemberg einen sehr guten, weil historisch eben besonderen Kontakt und Austausch.



Herausforderungen Populismus und Polarisierung

Auch wenn die große Feier nicht möglich war, fiel der Geburtstag dennoch nicht aus. Wir entschieden uns für eine Sendung zum Thema: „Die nächsten 30 Jahre – die SLpB vor neuen Herausforderungen“, die wir in sehr guter Zusammenarbeit mit der Hochschule Mittweida erarbeiteten. Nach Grußworten von Katja Meier, Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung sowie von Oliver Fritzsche, Kuratoriumsvorsitzender der SLpB, und einem Vortrag von Alt-Bundespräsident Dr. h.c. Joachim Gauck diskutierte dieser mit Anne Hähmig, der Ressortleiterin „Zeit im Osten“ der Zeit, Dr. Constanze Kurz, Sprecherin des Chaos Computer Clubs und Roland Löffler als Direktor der SLpB, moderiert vom Journalisten Meinhard Schmid-Degenhard.

Die Quintessenz: Politische Bildung muss sich auch zukünftig den nicht nachlassenden Herausforderungen des Populismus, der gesellschaftlichen Polarisierung und der adäquaten Ansprache der Menschen in unserem Bundesland widmen. Sie will dabei junge Menschen in politische Bildungszusammenhänge involvieren, die digitale Dimension der Bildungsarbeit nicht vernachlässigen, aber zugleich kritisch reflektieren, was es bedeutet, Angebote – auch eine Jubiläumssendung – über kommerzielle Kanäle auszustrahlen. Diese haben oft alles andere als politische Bildung im Sinn und befördern nicht selten deren genaues Gegenteil, nämlich Fake News und Propaganda.



Partnerkonferenz und Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“

Diese keineswegs einfachen Themen waren 2021 Gegenstand unserer Partnerkonferenz, die jedes Jahr als großes Netzwerktreffen der politischen Bildung weit mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen aus Sachsen versammelt. 2020 mussten wir die Tagung pandemiebedingt absagen. Wir hatten großes Glück, dass wir die Konferenz am 15.11.2021 – quasi in letzter Minute vor neuerlichen Lockdown-Auflagen – stattfinden lassen konnten.

Um einen Reflexionsraum für die pandemischen Bildungserfahrungen und die neuen, digitalen Vermittlungswege (mit allen Vorzügen und Nachteilen) zu bieten, war das Leitmotiv der Konferenz „Digitale Bildung und der Faktor Mensch“. Nach anderthalb Jahren Pandemie wollten wir uns darüber austauschen, was die wachsende Zahl an digitalen Formaten mit uns als Menschen macht. Was können wir tun, damit die soziale und emotionale Dimension des Lernens nicht

verloren geht? Wie kann es gelingen, in einer zunehmend digitaleren Welt Werte in Politik und Gesellschaft zu wahren und zu stärken?

Für Keynotes gewannen wir den Münchner Philosophin, früheren Staatsminister für Kultur und Vize-Vorsitzenden des Deutschen Ethik-Rates, Prof. Julian Nida-Rümelin sowie die politische Bildnerin, Publizistin und frühere Politikerin Marina Weisband (Münster). Mit ihnen reflektierten wir, wo Deutschland, wo Sachsen Ende 2021 im Bereich der digitalen politischen Bildung steht. Um unseren Kolleginnen und Kollegen ausreichend Zeit zum Austausch zu lassen, richteten wir ein analoges Barcamp am Nachmittag aus. Zugleich war die Partnerkonferenz die Auftaktveranstaltung der bundesweiten Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“, die unsere Landeszentrale in diesem Jahr federführend koordinierte, die aber ein gemeinsames Angebot aller Landeszentralen in der Bundesrepublik ist.

Schreibwettbewerb für Senioren und Seniorinnen

Nicht nur wegen der begrenzten Möglichkeiten der Pandemiephase, sondern auch aus bewährter Tradition initiierte die SLpB 2021 wieder einen Schreibwettbewerb. Zielgruppe waren diesmal Senioren, die sich zum Wettbewerbsmotto „Geschafft. Geschichten vom Wandel“ äußern sollten.

225 Einsender mit insgesamt knapp 250 Beiträgen sprechen eine deutliche Sprache. Das Thema traf den

Nerv vieler Menschen. Eine Jury aus unserer Kollegin Dr. Eva-Maria Zehrer, dem Dresdner Historiker Dr. Justus Ulbricht und dem Plauer Theologen Thomas Röscher wählte sieben Preisträger aus, die im Herbst 2021 in der Landeszentrale bei einer kleinen Feier ausgezeichnet wurden. Die ersten drei Preise gingen an Martin Pönnighaus, Rosemarie Barth und Gabi Pöpel. Die besten Beiträge werden in den kommenden Monaten in einer eigenen Publikation veröffentlicht werden.

Drei aktuelle Studien zu Engagement, Rechtsextremismus und Medienkompetenz

Mit drei neuen Studien versuchten wir, wichtige Themen für Sachsen voranzubringen: Den Auftakt machte im Januar die erste Studie zum bürgerschaftlichen Engagement in Sachsen unter der Überschrift „Engagement in Sachsen. Wofür sich Menschen einsetzen und welchen Rahmen es braucht“. Erarbeitet wurde die Publikation von einem Forschungsverbund aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Instituts „Zivilgesellschaft in Zahlen“ in Berlin und der Universität Halle-Wittenberg.

Insgesamt mehr als 300 Vereine, Stiftungen und andere Organisationen nahmen an der quantitativen Erhebung teil. Für den qualitativen Teil der Studie interviewten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mehr als 30 Expertinnen und Experten zum Thema Ehrenamt. Dabei stellte sich heraus: Zentrales Motiv vieler Ehrenamtlicher ist der Wunsch, sich gesellschaftlich konstruktiv einzubringen sowie einer gesellschaftlichen Polarisierung im Land entgegenzuwirken. Die sächsischen Engagierten wünschen sich außerdem nicht unbedingt mehr Geld, sondern weniger Bürokratie. Zudem fehle es dem Ehrenamt an Frauen und an jüngerem Nachwuchs.

Im Frühjahr erschien die Studie „Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen“. Sie wurde von Dr. Steffen Kailitz vom Hannah-Arendt-Institut Dresden herausgegeben und von ihm gemeinsam mit Fach-

kollegen erarbeitet. Darin werden unmissverständlich die grundsätzlichen, aber auch die durch die Querdenker-Demonstrationen aktuellen Gefahren für die Demokratie in Sachsen benannt. Die Studie beschreibt Ursachen der Entwicklung rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Strömungen, Bewegungen und Parteien im Freistaat.

Schließlich veröffentlichten wir die erste Studie der Autoren Dr. Benjamin Bigl und Markus Schubert zum Thema „Medienkompetenz in Sachsen: Auf dem Weg zur digitalen Gesellschaft“. Auch hier treten mitunter bedenkliche Befunde hervor, etwa wenn größere Bevölkerungsteile hohe Skepsis gegenüber den traditionellen Medien an den Tag legen oder behaupten, die Medien würden nicht objektiv berichten. Dabei ist Medienkompetenz auch Demokratiekompetenz, denn nur wer Quellen, Akteure und deren Interessen erkennt und kritisch hinterfragt, kann selbstbestimmt am demokratischen Diskurs teilnehmen. Die Studie zeigt ein problematisches Stadt-Land-Gefälle: Besonders im ländlichen Raum verfügen die Menschen über deutlich geringere Kenntnisse über Medien sowie deren Strukturen.

Alle drei Studien wurden breit rezipiert, in Veranstaltungen vertieft und bilden für den jeweiligen Sektor in Sachsen eine Grundlagenarbeit für die kommenden Jahre, der wir uns selbst auch verpflichtet fühlen.



Konferenzen als Rückgrat des inhaltlichen Austauschs und der Vernetzung

Trotz Corona gelang es 2021, eine Reihe an ziel- und themengruppenspezifischen Konferenzen auszurichten, die auch in den kommenden Jahren zum Rückgrat des inhaltlichen Austauschs und der Vernetzung in Sachsen dienen sollen.

So widmeten wir uns erstmals mit einer Online-Tagung dem Thema „Corporate Social Responsibility“, um mit Vertretern der Wirtschaft über Nachhaltigkeitsstrategien und Stärkung des Gemeinwesens nachzudenken. Eine weitere digitale Tagung war dem zivilgesellschaftlichen Europa-Engagement gewidmet, konkret der Frage der Gegenwart und Zukunft von deutsch-europäischen Städtepartnerschaften, eine dritte dem Stand und den Perspektiven der Engagementpolitik in Sachsen.

Auf zeithistorischem Gebiet widmete sich eine hybride Tagung – in Zusammenarbeit mit der Hochschule Mittweida – aktuellen Fragen der Erinnerungskultur und ihrer oftmals zivilgesellschaftlich getragenen Aufarbeitung unter der Frage „Stehen wir auf den Fundamenten oder auf den Trümmern des 20. Jahrhunderts? Zum

Zustand der deutschen Erinnerungskultur“, zu der die Professorinnen Aleida Assmann (Konstanz) und Beate Mitscherlich (Zwickau) sowie der Schriftsteller Marko Martin Wegweisendes zu sagen hatten.

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft e.V. und der Litt-Gesellschaft richteten wir das Theodor-Litt-Symposium in Leipzig aus, das sich dem internationalen Vergleich der historischen Aufarbeitung von Diktaturerfahrung widmete. Auf dieser Tagung verabschiedeten wir auch die beiden Initiatoren des Litt-Symposiums und langjährige Weggefährten unserer Arbeit, Dr. h.c. Peter Gutjahr-Löser und Prof. Dr. Dieter Schulz, denen wir für ihr jahrzehntelanges Engagement für die politische und historische Bildung in Sachsen zu tiefem Dank verpflichtet sind.

Mit diesen Konferenzformaten wollen wir auch in den kommenden Jahren zentrale Themen unserer Arbeit mit Kolleginnen und Kollegen, aber auch mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern aus dem jeweiligen Themenfeld behandeln.

Schule im Fokus

Intensive Kontakte pflegte die SLpB auch im Jahre 2021 in die sächsische Schullandschaft, zu Lehrerinnen und Lehrern, den Schulbehörden, Stiftungen, Anbietern von Bildungsprojekten. Mittlerweile fest in unserem Jahresrhythmus etabliert ist die im Januar stattfindende Vernetzungstagung unseres Projekts „Schule im Dialog Sachsen“ – mit den vier Schwerpunkten „Bilden. Diskutieren. Moderieren. Vernetzen“. 2021 war die sehr gut besuchte Tagung dem Thema Beteiligung gewidmet.

Der Staatsminister für Kultus, Christian Piwarz, hob in seinem Grußwort den Stellenwert von Eigenverantwortung und Partizipation hervor. „Unsere Demokratie und die Menschenrechte benötigen Lehrkräfte, die sich

eindeutig für sie positionieren“, sagte Piwarz. Katja Meier, Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, betonte die Rolle der SLpB als „wichtiges Scharnier zwischen Schule und freier Trägerschaft“, denn „wenn engagierte Träger und Schulen zusammenkommen, ergeben sich enorme Potenziale“. Es reiche nicht, über Demokratie zu sprechen, sondern „Demokratie muss gelebt werden“.

Parallel zu dieser Tagung entwickelte sich als Reflektionsraum für Lehrkräfte in der politischen Bildung die Reihe „Was.Schule.Bewegt“, die regelmäßig zum Erfahrungsaustausch und zur Weiterbildung zu aktuellen Themen einlädt – nicht nur, aber auch zu Schule in der Pandemie.

Kontrovers vor Ort – das Kooperationsprojekt mit den Volkshochschulen in Sachsen und den Sozio-Kulturellen Zentren

Ebenfalls fest etabliert in unserem Angebot ist das Projekt „Kontrovers vor Ort“ (KvO), das mit den Volkshochschulen und auch mit den Sozio-Kulturellen Zentren in Sachsen politische Bildung in die Breite des Landes bringen will. Da die unmittelbare Begegnung und die direkte Diskussion aktueller Themen „vor Ort“ Kern des Anliegens von KvO ist, war Corona auch ein harter Einschnitt. Allerdings reagierte das KvO-Team – wie auch die anderen Kollegen im Haus – sehr schnell und wechselte von Präsenz- zu Online-Veranstaltungen über. Das erste Halbjahr 2021 stand fast ausschließlich im Zeichen der Pandemie. Von geplanten 89 Präsenzveranstaltungen wurden realiter 17 durchgeführt, davon 15 online und zwei im Frühsommer auch im analogen Raum. Dies stieß auf gute Resonanz beim Publikum.

Das KvO-Programm bestand aus einer Mischung aus bewährten und neuen Angeboten, die sich 2021 nicht nur mit den USA nach der Wahl, sondern weitblickend mit Russland beschäftigten, aber auch mit Verschwörungsideologien, Digitalisierung und der „Zukunft unseres Essens“. Die am besten besuchte Veranstaltung mit fast 150 Gästen beschäftigte sich mit dem Phänomen der „Reichsbürgerbewegung in Sachsen“.

Das zweite Halbjahr war eher geprägt von der unsicheren Pandemielage. Von 92 geplanten Veranstaltungen wurden 50 durchgeführt, davon 47 in Präsenz und die übrigen im Frühwinter online. Aufgrund des dichten Programms war KvO unmittelbar von der Unsicherheit der Menschen hinsichtlich der Pandemie betroffen, die nur teilweise mit guten Hygienekonzepten überwunden werden konnten. Nicht minder



einschneidend für das Veranstaltungsmanagement war zudem, dass Kolleginnen und Kollegen in der Fläche und bei uns im Hause, mitunter auch Referentinnen und Referenten, selbst an Covid-19 erkrankten. Wir versuchten trotzdem, unseren Weg weiterzugehen und aktuelle Themen aufzugreifen, wie die deutsch-britischen Beziehungen nach dem Brexit, die „digitale Selbstverteidigung“, es gab Vorträge zur Extremismus-Prävention sowie zur lokalen Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele.

In Zusammenarbeit mit dem Projekt „klimafit“ vom WWF, Helmholtz-Verbund REKLIM und sechs Volkshochschulen in Sachsen konnten wir fast 70 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zum Thema Klimawandel fortbilden. Höhepunkte des Herbstes waren zudem die an mehreren Orten abgehaltene Reihe „Die Demokratie ist weiblich. Sächsische Frauen in der Politik“ sowie die Lesereise „Notizen aus der ostdeutschen Provinz“ der Autoren Cornelius Pollmer und Lukas Rietzschel.

Lukas Rietzschel und Cornelius Pollmer bei ihrer Lesereise „Notizen aus der ostdeutschen Provinz“ im Rahmen von KvO

Europa und Internationales

Zu den „Corona-Gewinnern“ zählte zweifelsfrei unsere monatliche Reihe „Europa am Morgen“, bei der sich zumeist zwei Expertinnen und Experten zu einer Art digitalem Frühstücksformat zusammenfanden. Gemeinsam mit dem Europe Direct Zentrum Dresden wurden europäische Themen aus sächsischer Perspektive beleuchtet. Ein stabil guter Zuspruch der Teilnehmenden zeigte, dass dieses Format eine Lücke füllte. Wer es am Vormittag nicht zu uns schaffte, konnte abends bei ana-

logen oder digitalen Vorträgen und Debatten zu „Welche Zukunft hat Europa?“ dabei sein, die unser Haus zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der TU Dresden ausrichtete – und im Jahre 2022 fortführt.

Gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden (Bonn) und der Stiftung Frauenkirche Dresden konnten wir zudem aktuelle Debatten zur USA-Wahl, zu Russland und China anbieten.

30 Jahre Anschläge in Hoyerswerda

Einer der emotionalsten Abende des vergangenen Jahres war der 17. September. An diesem und den nachfolgenden Tagen gedachte die Stadt Hoyerswerda der rechtsextremen, ausländergefeindlichen Angriffe auf Wohnheime von Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern sowie von Asylsuchenden. Die pogromartigen und von den Umstehenden bejubelten Ausschreitungen markierten den Ausgangspunkt einer rassistischen Welle in Ost- und Westdeutschland: Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen – diese vier Städtenamen wurden Anfang der 1990er Jahre zu Synonymen für rechtsextreme Gewalt in Deutschland.

Ein breites lokales Bündnis in Hoyerswerda, bestehend aus Stadtverwaltung, Volkshochschule Hoyerswerda, Kulturfabrik Hoyerswerda, Amadeu-Antonio-Stiftung, RAA Hoyerswerda/Ostsachsen, Initiative Zivilcourage Hoyerswerda und SLpB stellte sich diesem schwierigen Kapitel der Stadtgeschichte, das damals wie heute in der gesamten Bundesrepublik und auch international wahrgenommen wurde. Das Bündnis richtete eine

Interkulturelle Woche zum Thema „Hoyerswerda 1991: Erinnerungen – Einsichten – Perspektiven“ aus. Der Auftaktabend war durch zwei Paneldiskussionen geprägt, die der Journalist und Autor Cornelius Pollmer souverän und sehr sensibel leitete.

Nach einer historischen Einordnung durch SLpB-Direktor Roland Löffler berichteten in der ersten Gesprächsrunde kommunale Spitzenvertreter aus Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen, wie ihre Städte an die Ausschreitungen vor 30 Jahren erinnern und sich gegen Diskriminierung und Rassismus einsetzen. Auf einem zweiten Podium berichteten drei Opfer der damaligen Anschläge von ihren Erfahrungen damals bis heute. Es war berührend, dass der ehemalige mosambikanische Vertragsarbeiter David Macou, der in seinem Heimatland einen wöchentlichen Protest gegen ausstehende deutsche Rentenzahlungen an die Vertragsarbeiter anführt, den Abend in Hoyerswerda als „Wunder“ bezeichnete, weil er und seine Mitstreiter erstmals nach dreißig Jahren ein Podium für ihre Anliegen in der Stadt erhalten hätten.

Wahlforen zur Bundestagswahl 2021

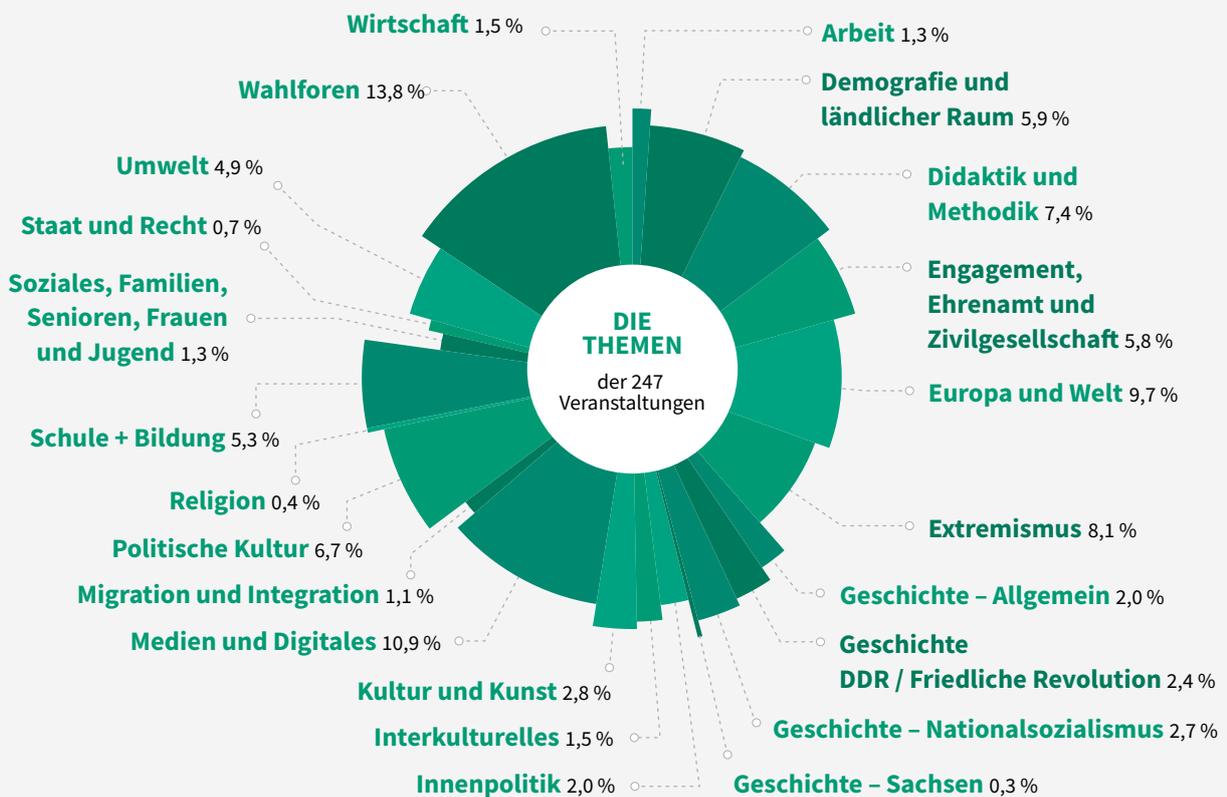
Mehr und mehr zu einem Markenkern der Landeszentrale werden die überparteilichen Wahlforen. Nach 60 Wahlforen zur Landtagswahl 2019, einigen Wahlforen zu Ober- und Bürgermeisterwahlen (z.B. in Chemnitz, Coswig und Niesky) richtete unser Haus zur Bundestagswahl 32 Wahlforen aus. Das Bundesland Sachsen hat 16 Wahlkreise, die fast mit den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten identisch sind – und folglich geographisch groß sind. Wir richteten diese Foren in bewährter und guter Zusammenarbeit mit der Leipziger Volkszeitung, der Sächsischen Zeitung und der Freien Presse sowie erstmals mit der Hochschule Mittweida aus.

Mit dem Projekt wollten wir der Bevölkerung in jedem Wahlkreis mindestens zwei Möglichkeiten geben, die Wahlkreis-Kandidatinnen und -Kandidaten der sechs im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke, AfD) und deren Programmatik kennenzulernen. Die SLpB als überparteiliche Einrichtung leistete mit den Foren einen Beitrag zur politischen Meinungsbildung und schaffte Möglichkeiten der Interaktion von Bürgerinnen und Bürgern mit den Wahlkreiskandidatinnen und

-kandidaten der Parteien. Die Wahlforen garantierten durch eine sachorientierte, journalistische, faire und zugleich kritische Moderation eine informative, kontroverse Debatte und leisteten auf diese Weise einen Beitrag zur politischen Kultur in Sachsen.

Die Landeszentrale versteht sich – wie ihre Partner aus den Medien und der Hochschule – als Plattform des politischen Gesprächs in Sachsen. 16 der 32 Wahlforen fanden rein analog, 16 hybrid statt. Dank der Fernseh- und Vermittlungsexpertise der Hochschule Mittweida streamten wir diese Veranstaltungen bei Youtube, Facebook und den Webseiten der Zeitungen. Die Zuschauer im Netz konnten sich über die Chatfunktion mit Fragen einbringen, die dann live in die Diskussion eingespeist wurden.

In den aufgrund der Hygiene-Bedingungen zumeist recht großen Hallen versammelten sich 3.000 Gäste, die Streams erreichten 38.000 Menschen, von denen 4.000 länger die Debatte verfolgten. Auch das Presseecho war in Sachsen breit, aber auch darüber hinaus: Bundesdeutsche und sogar ausländische Medienvertreter berichteten über unsere Wahlforen.



Entwicklungen im Publikationsbereich

Wegen der Corona-Pandemie musste das Bücherzentrum der Landeszentrale auch 2021 mehrere Wochen lang für den Publikumsverkehr geschlossen bleiben. Während dieser Zeit war es lediglich möglich, vorab bestellte Publikationen vor Ort kontaktlos abzuholen. Die Zahl der Abholer in der Ausgabestelle des Bücherzentrums (1.134) hat sich deshalb im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 (2.305) halbiert. Insgesamt konnte der Anstieg der Online-Bestellungen die Rückgänge in den beiden anderen Bezugsarten nicht ausgleichen. Trotzdem blicken wir bezüglich der Publikationsarbeit auf ein im langfristigen Vergleich durchschnittliches Jahr zurück. Hinsichtlich der Menge bestellter Publikationen wurden die deutlichen Einbußen bei Einzelbestellungen (etwa minus 25%) – wie schon 2020 – in erheblichem Umfang von Schulbestellungen (Klassensätze) aufgefangen. Offenbar haben viele Lehrkräfte, Eltern und junge Leser auch 2021 die zusätzliche Zeit zuhause für ihre politische Bildung genutzt.

Zum wiederholten Male war „Dein Sachsen. Das Land und seine Verfassung“ der „Renner“ im Angebot mit über 9.000 abgegebenen Exemplaren. Auch das „Deutschland-Memo-Spiel. 50 Orte spielend erklärt“

richtet sich vorrangig an ein jüngeres Publikum und wurde 1.808-mal bestellt.

Ebenso erfreulich war das Interesse an Publikationen, die sich dem Themenkomplex Medien widmen: Hervorzuheben sind die Bücher „Einspruch. Verschwörungsmythen und Fake News kontern – in der Familie, im Freundeskreis und online“ sowie die Eigenpublikation „Medienkompetenz in Sachsen“, deren Präsentation ein großes Echo in Funk und Fernsehen hervorrief.

Die Eigenpublikationen „NS-Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft 1939-1945“ sowie „Frauen in Sachsen. Politische Partizipation in Geschichte und Gegenwart“ wurden zum Jahreswechsel fertiggestellt und bereichern das Publikationsprogramm ab Januar 2022. Die Israel-Studienreise und alle weiteren ursprünglich geplanten Veranstaltungen des Referats mussten - mit Ausnahme von fünf Informationsveranstaltungen für Besucher des Bücherzentrums - coronabedingt abgesagt werden. Auch unser Stand auf der Leipziger Buchmesse, den wir jedes Jahr gemeinsam mit den Kollegen aus Sachsen-Anhalt betrieben, fiel – wie die gesamte Buchmesse – aufgrund der Pandemie aus.

Fazit 2021

Blicken wir auf 2021 zurück, so sehen wir beides: Einschränkungen unserer Angebotsvielfalt durch Corona, aber auch ein schnelles Umschalten auf neue Ausspielwege, neue Formen der pädagogisch-didaktischen Vermittlung und einen sehr guten Austausch mit unseren Kooperationspartnern in der Fläche, die vor ähnlichen Herausforderungen standen und stehen. Ein guter gemeinsamer Geist und hohe Kollegialität half und hilft über die Herausforderungen dieser Zeiten. Denn trotz oder auch gerade wegen vieler Einschränkungen soll politische Bildung der gemeinsamen Reflexion des Zeitgeschehens und auch seiner potentiellen Gefahren für Demokratie und den sozialen Zusammenhalt dienen.



Die Daten in Klammer sind, wenn nicht anders ausgewiesen, die Vergleichswerte von 2020.

Beliebteste Bücher 2021 Allgemeines Angebot



Titel	Bestellte Exemplare
Dein Sachsen	1 9.195
Deutschland-Memo-Spiel	2 1.808
Bundestagswahlen. Leichte Sprache	3 1.214
Medienkompetenz in Sachsen	4 1.059
Rebel Minds. 44 Erfinderinnen	5 1.010
Demokratie in Deutschland	6 935
Länderpuzzle Sachsen	7 864
Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland	8 847
Eine Geschichte des Deutschen Kaiserreichs	9 827
Einspruch. Verschwörungsmythen und Fake News kontern	10 793

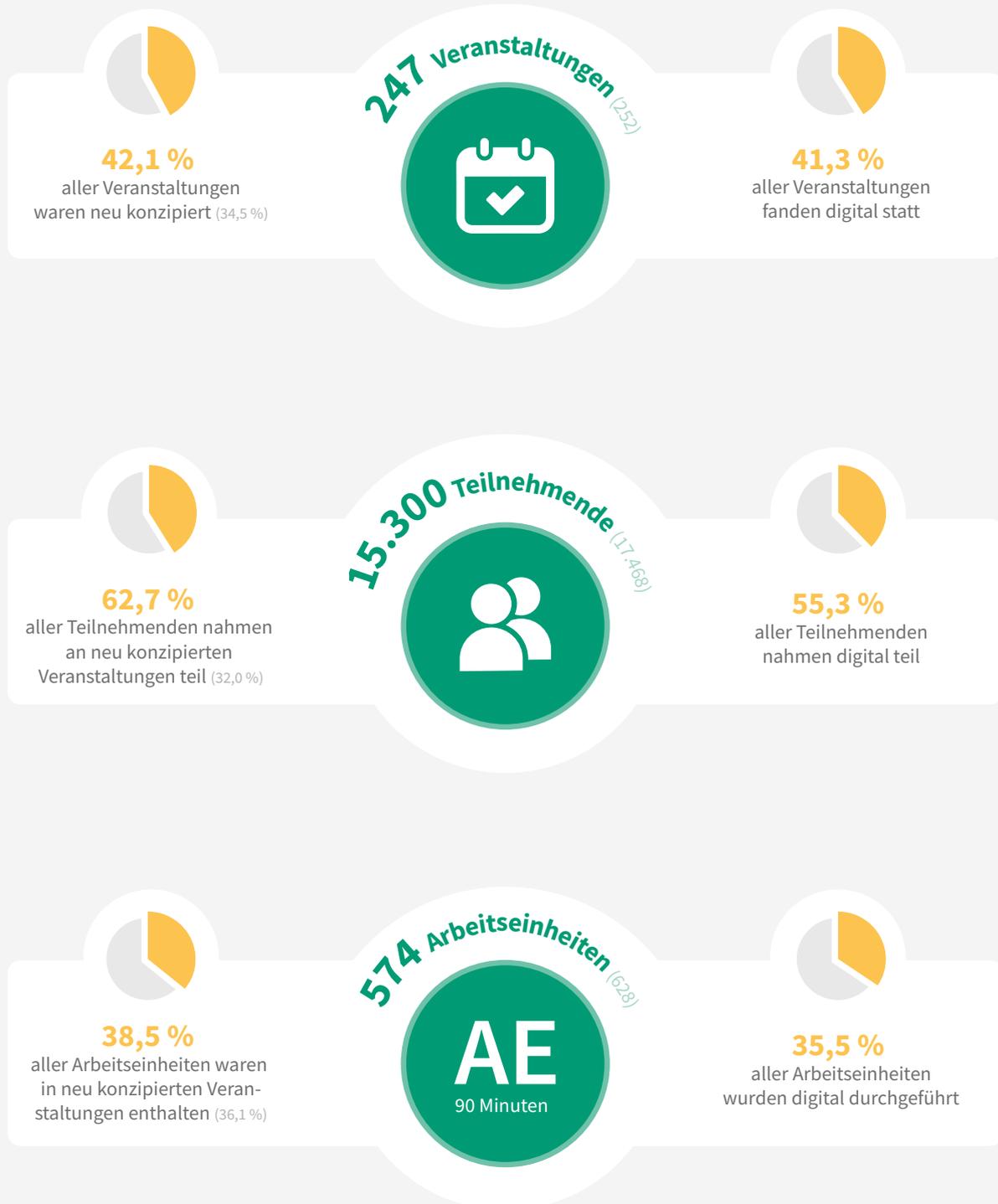


Öffentlichkeitsarbeit



SLpB-Veranstaltungen im Umbruch

89 geplante analoge Veranstaltungen mussten abgesagt werden, viele in digitale Formate umgewandelt und/oder neu konzipiert werden.



Regionale Verteilung

Schulbezirk Leipzig

11,3 % | 28 Veranstaltungen
(12,3 % / 31 Veranstaltungen)

8,8 % | 1.340 Teilnehmende
(4,3 % / 754 Teilnehmende)

10,8 % | 62 Arbeitseinheiten
(13,0 % / 81,5 Arbeitseinheiten)

Schulbezirk Bautzen

13,0 % | 32 Veranstaltungen
(11,9 % / 30 Veranstaltungen)

8,0 % | 1.221 Teilnehmende
(43,7 % / 7.628 Teilnehmende)

12,9 % | 74 Arbeitseinheiten
(12,4 % / 78 Arbeitseinheiten)

Schulbezirk Zwickau

9,7 % | 24 Veranstaltungen
(9,1 % / 23 Veranstaltungen)

10,6 % | 1.611 Teilnehmende
(3,6 % / 625 Teilnehmende)

11,6 % | 66,5 Arbeitseinheiten
(8,1 % / 51 Arbeitseinheiten)

Schulbezirk Chemnitz

4,9 % | 12 Veranstaltungen
(6,3 % / 16 Veranstaltungen)

5,1 % | 777 Teilnehmende
(7,0 % / 1.229 Teilnehmende)

6,1 % | 35 Arbeitseinheiten
(5,2 % / 32,5 Arbeitseinheiten)

Schulbezirk Dresden

18,6 % | 46 Veranstaltungen
(7,9 % / 20 Veranstaltungen)

12,1 % | 1.851 Teilnehmende
(2,8 % / 491 Teilnehmende)

20,5 % | 117,5 Arbeitseinheiten
(9,3 % / 58,5 Arbeitseinheiten)



SLpB

0,8 % | 2 Veranstaltungen
(5,2 % / 13 Veranstaltungen)

0,2 % | 24 Teilnehmende
(1,9 % / 335 Teilnehmende)

0,5 % | 3 Arbeitseinheiten
(2,7 % / 17 Arbeitseinheiten)



Deutschland

0,4 % | 1 Veranstaltung
(0,4 % / 1 Veranstaltung)

0,1 % | 16 Teilnehmende
(0,1 % / 21 Teilnehmende)

2,1 % | 12 Arbeitseinheiten
(1,3 % / 8 Arbeitseinheiten)



EU + Israel

0 % | 0 Veranstaltungen
(0,8 % / 2 Veranstaltungen)

0 % | 0 Teilnehmende
(0,4 % / 75 Teilnehmende)

0 % | 0 Arbeitseinheiten
(6,5 % / 41 Arbeitseinheiten)



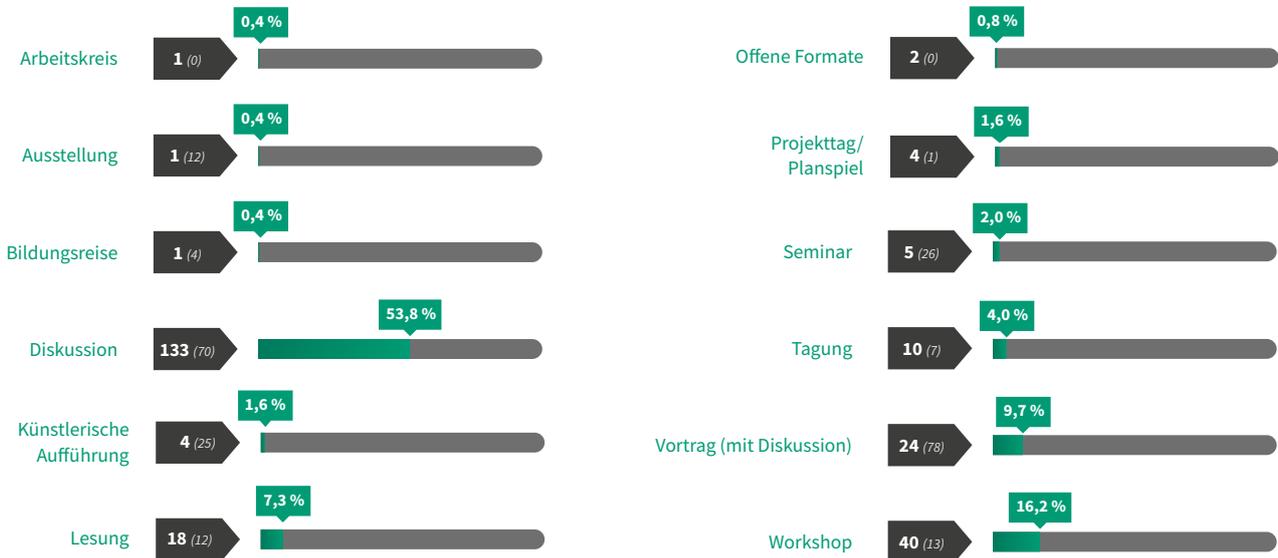
Online

41,3 % | 102 Veranstaltungen
(41,3 % / 104 Veranstaltungen)

55,3 % | 8.460 Teilnehmende
(34,3 % / 5.996 Teilnehmende)

35,5 % | 204 Arbeitseinheiten
(34,6 % / 217,5 Arbeitseinheiten)

Veranstaltungsformen



Beteiligung an Fremd-Veranstaltungen

Fremd-Veranstaltungen werden in dieser Statistik erfasst, wenn sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SLpB auf Einladung der Veranstalter programmgestaltend beteiligen. Gremiensitzungen oder die bloße Teilnahme an Veranstaltungen werden hier nicht erfasst.



Moderation: 10 × / 74,7 %
(1 × / 7,1 %)



**Teilnahme Podiums-
diskussionen: 2 × / 14,3 %**
(3 × / 21,4 %)



Expertengespräch: 1 × / 7,1 %
(2 × / 14,3 %)



Vortrag: 1 × / 7,1 %
(5 × / 35,7 %)



Sonstiges: 0 × / 0,0 %
(3 × / 21,4 %)



SLpB-Veranstaltungen in Kooperation



155 Veranstaltungen / 62,8% %

wurden mit Kooperationspartnern durchgeführt
(169 Veranstaltungen / 67,1 %)

Kooperationsprojekt „Kontrovers vor Ort“:

69 Veranstaltungen / 1.341 Teilnehmer
(86 Veranstaltungen / 1.328 Teilnehmer)

Die SLpB kooperierte 2021 mit 79 Partnern (93):

- | | | |
|---|--|--|
| // Aktion Zivilcourage e.V. 4 | // Hochschule Meißen (FH) | // Second Attempt e.V./Rabryka SKZ Görlitz 5 |
| // Amadeu Antonio Stiftung | // Hochschule Mittweida 3 | // Social Web macht Schule 4 |
| // Ayni Verein für Ressourcengerechtigkeit e. V. | // Hochschule Zittau/Görlitz | // Staatliche Kunstsammlungen Dresden |
| // Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) Sachsen | // Initiative Zivilcourage Hoyerswerda | // Stadt Hoyerswerda |
| // Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 4 | // Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal | // Stadt Plauen 2 |
| // Bundeszentrale für politische Bildung | // Katholische Erwachsenenbildung Sachsen | // Stadt Reichenbach |
| // CJD-Jugendhilfebüro Löbau | // Kleinstadtakademie Pilotphase 2019-2022 (Forschungsprojekt BBSR) 4 | // Städtische Bibliotheken Dresden 5 |
| // DaMOst Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland | // Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen e.V. 2 | // Steinhaus Bautzen |
| // Demokratiezentrum Sachsen | // Koordinierungsstelle Medienbildung (KSM) | // Stiftung Entwicklung und Frieden 2 |
| // DenkRaum Sophienkirche, Dresden 2 | // Kreisvolkshochschule Bautzen 2 | // Stiftung Frauenkirche Dresden 2 |
| // Deutsche Gesellschaft e. V. | // Kulturfabrik Hoyerswerda | // Technische Universität Dresden 8 |
| // Deutsche Kinder- und Jugendstiftung Sachsen 6 | // Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg | // Telux SKZ, Weißwasser; 3 |
| // Deutscher Landkreistag 4 | // Landratsamt Bautzen | // Theodor-Litt-Gesellschaft |
| // Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) 4 | // Leipziger Volkszeitung | // Volkshochschule Chemnitz 4 |
| // E-Werk, SKZ Oschatz; | // Medienkulturzentrum Dresden | // Volkshochschule Dreiländereck 6 |
| // Erich Käser Haus für Literatur e.V., Dresden 3 | // Mi*story | // Volkshochschule Dresden 5 |
| // EUROPE DIRECT Dresden 6 | // Netzwerk für Demokratie und Courage | // Volkshochschule Erzgebirgskreis 4 |
| // European Centre for Press and Media Freedom | // RAA Hoyerswerda/Ostsachsen | // Volkshochschule Görlitz e.V. 12 |
| // Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen | // RAA - Sachsen e.V. | // Volkshochschule Hoyerswerda 5 |
| // Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung | // Sächsische Ausbildungs- und Erprobungskanäle | // Volkshochschule Landkreis Leipzig 4 |
| // Filminitiative Dresden e. V. | // Sächsische Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus | // Volkshochschule Leipzig 6 |
| // Förderverein Putzjatinhaus e.V. | // Sächsische Landesbibliothek/Staats- und Universitätsbibliothek | // Volkshochschule Meißen 3 |
| // Friedrich-Ebert-Stiftung 5 | // Sächsische Polizei | // Volkshochschule Nordsachsen 6 |
| // Freie Presse | // Sächsische Zeitung | // Volkshochschule Sächsische Schweiz-Osterzgebirge e.V. 3 |
| // Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden | // Schulstiftung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens 17 | // Volkshochschule Vogtland 3 |
| // Hammer Weg e. V. | | // Volkshochschule Zwickau 8 |
| | | // Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen e.V. 4 |

Keine neue Krise durch die Krise



von Michael Bartsch

Im Januar veröffentlichte die SLpB mit der Studie „Engagement in Sachsen – Wofür sich Menschen einsetzen und welchen Rahmen es braucht“ eine erstmalige Gesamtschau über Inhalte, Organisationsgrade und -formen sowie gesellschaftspolitische Anliegen der sächsischen Zivilgesellschaft. In den Folgemonaten folgten zahlreiche Veranstaltungen zu einzelnen Aspekten der Studie. Im Juni organisierte die Landeszentrale einen Fachtag zum zivilgesellschaftlichen Engagement.

Trend zu mehr Spontaneität

„Die Coronakrise forciert den latenten Strukturwandel“, stellte Birthe Tahmaz vom Berliner zivilgesellschaftlichen Beratungsinstitut ZiviZ eingangs ihr „Engagement-Barometer“ vor. Auf dem Höhepunkt der dritten Infektionswelle hatte ZiviZ im März dieses Jahres 2.700 Organisationen befragt. Die Studie sei dennoch nicht repräsentativ, betont die Mitautorin. Auf diesen Strukturwandel wies schon eine Vergleichsbefragung 2017 hin. Nur noch 14 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, es sei einfach, Bürger für ein dauerhaftes Engagement zu finden. Die Hälfte immerhin bejahte, dies sei aber für kurzfristige Aufgabenbindungen möglich. Aktuelle Vergleichsangaben fehlen. Aber im März dieses Jahres hielten es nur noch 31 Prozent für zutreffend, dass sich viele für Betroffene der Krise helfend engagieren.

Jede fünfte Organisation beklagt Austritte und einen Mitgliederschwund wegen der Corona-Belastungen. Besonders betroffen ist der Sport. Nach Siedlungs-

strukturen aufgeschlüsselt, glauben leider in ländlichen Räumen deutlich weniger Befragte als in Städten oder Großstädten, dass ihr Engagement während der noch geltenden Corona-Beschränkungen gut fortsetzbar sei. Nur zwischen 18 und 24 Prozent bejahen dies, am wenigsten in Kultur und Sport, zu 43 Prozent immerhin im Sozial- und Gesundheitsbereich. In ähnlicher geringer Größenordnung bewegt sich die Zuversicht, eine Fortsetzung in gewohnter Weise werde nach Überwindung der Pandemie eintreten.

Sonst aber zeichnet sich für die Studienautorin wieder vorsichtiger Optimismus ab. Unumkehrbar aber scheint der schon auf der SLpB-Partnerkonferenz 2019 benannte Trend zu spontanem, aktionsorientiertem Engagement. „Dauerhafte wandern mehr zu den Spontanen ab“, bringt es Birthe Tahmaz auf den Punkt. Wenn die gleiche Aufgabenlast nun auf weniger Schultern liegt, bestehe erhöhter Beratungs- und Unterstützungsbedarf, folgert sie.

Engagementstudie: Aufgeschlossen, aber ausbaufähig

Im Tenor ähnlich, aber konkreter auf Sachsen bezogen fiel der zweite Impulsvortrag aus. Der Soziologe Holger Backhaus-Maul von der Universität Halle-Wittenberg hatte ebenfalls eine qualitative Studie vorzuweisen, basierend auf Interviews mit Führungspersonen. Sie wurde von der Landeszentrale gefördert. Abbilden sollte sie möglichst die gesamte Breite von Kultur und Sport über die Freiwilligen Feuerwehren bis zum Heimatschutz. Lokale Fallstudien aus den Städten Leipzig, Bautzen und Reichenbach flossen ein.

In Sachsen hält sich auffallend hartnäckig der traditionelle Begriff des Ehrenamtes, aber gemeint sind auch hier die schon beschriebenen modernen Formen. „Eine Mischung aus Eigennutz und Gemeinwohl“, pointiert Dr. Backhaus-Maul. Denn der Nachweis sozialen Engagements kann bei einer Bewerbung nie schaden. Und junge Leute sind Kinder des Zeitgeistes und wollen beachtet werden, wollen „keine Arbeit im Hinterzimmer, wo es keiner sieht“. Gleichwohl ist weiterhin Idealismus im Spiel. Es schafft offenbar ein gutes Gefühl, eine „gesellschaftliche Leistung“ zu erbringen, etwas zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen und damit gegen eine „Zersetzung der Gesellschaft“ zu wirken.



„Die Zeit der Masterpläne ist vorbei“

Die Bedingungen für dieses Engagement in Sachsen wirken aber nicht nur stimulierend. Wohl sei die Landesregierung „kommunikativ aufgeschlossen“, aber ein Konzept vermisst Holger Backhaus-Maul ebenso wie eine umfassende gesellschaftliche Diskussion. Das überall anzutreffende Engagement bleibe fragmentiert und unkoordiniert. Ob die Ehrenamtsagentur des Freistaates die Lücken schließen könne, bezweifelte der Referent.

Dieser Skepsis stimmte Anja Poller von der Bürgerstiftung Chemnitz zwar zu, milderte ansonsten aber einige Eindrücke wie etwa die Angst vor dem Mitgliederschwund. Größere Unsicherheiten herrschten bei der künftigen finanziellen Förderung und nach wie vor auch bei den Rechten und Pflichten der Organisierten. Die Stadt Chemnitz habe sich aber kulant gezeigt. Auf die Digitalisierung hätten sich die Vereine schnell eingestellt.

Auch Friedemann Beyer als Vertreter des sächsischen Sozialministeriums verbreitete Optimismus hinsichtlich einer Rückkehr vieler Engagierter. Der Rückgang sei „nicht so dramatisch“ gewesen. Für den vorläufigen Rückzug, für die Verunsicherungen und die psychischen Belastungen infolge der Pandemie bekundete er Verständnis. Wenig verstehen kann er allerdings Klagen über einen angeblich schwierigen Zugang zur Politik. „Jeder kann, und es werden nicht nur Große gefördert“, argumentierte Beyer.

Über die Kritik von Holger Backhaus-Maul an einem fehlenden Konzept kam es zu einer kleinen Kontroverse. „Die Zeit der Masterpläne über alles ist vorbei“, entgegnete Friedemann Beyer. Der Soziologe beharrte zumindest darauf, dass alle miteinander reden und nicht „die abgeschottete deutsche Schrebergartenkultur“ pflegen sollten.

Erfreuliches aus den Regionen

In den anschließenden beiden Arbeitsblöcken in Diskussionsgruppen spielten erstaunlicherweise die großen Individualisierungstrends im gesellschaftlichen Engagement kaum eine Rolle. Auch Kritik am Freistaat wurde selten laut. Zu hören waren überwiegend ermutigende und berührende Beispiele aus den Regionen, Arbeitstipps und Finanzierungshinweise.

Aus Sebnitz etwa, wo sich auf dem Höhepunkt des Flüchtlingszustroms 2016 eine Gruppe für Verständigung bildete. Nach einem erfolgreichen Förderantrag bei der Robert-Bosch-Stiftung strebt sie aktuell eine „Solidarische Bar für Engagierte“ an. Räume stellt die Stadt zur Verfügung. Hier könnte man auch den ersten Versuch einer Reihe aus dem Jahr 2019 fortsetzen, „Sebnitz spricht“ als offenes Angebot für alle Menschen in der Region. Ebenso soll eine Lücke geschlossen werden, die nach dem Empfinden der Engagierten die Stadt hinterlässt, nämlich mehr Kunst in die Stadt zu bringen.

Dirk Postler, persönlicher Referent des Oberbürgermeisters, berichtete aus Reichenbach im Vogtland von der unkomplizierten Möglichkeit auch für Unorganisierte, Förderanträge bis zu 35.000 Euro zu stellen. Ideen sollten in der Stadt eine „Ermöglichungskultur“ vorfinden und sich nicht an bürokratischen Hürden totlaufen.

Matthias Daberstiel vom Deutschen Fundraising-Verband gab interessante Tipps, wie Mittel bei Unternehmen einzuwerben sind. Die suchten „händeringend Nachwuchs“, und mit solchen Kontakten ließe sich zugleich das Anliegen verfolgen, „dass Jugendliche etwas Sinnvolles zu tun haben“. Um diese Nachfolgegeneration und ihre veränderten Engagementgewohnheiten ging es auch im Workshop zu Weiterbildung und Beratung. Die Überalterung der Vereine wurde dort angesprochen, einer der wenigen Rückgriffe auf die eingangs vorgestellten Studien. Man solle auf Jüngere zugehen, sie ansprechen und direkt fragen, ob sie nicht Verantwortung übernehmen wollten, lautete eine Empfehlung.

Landesprogramme und eine Ehrenamtsagentur

Streng genommen ein Widerspruch zu dem, was in einer der beiden Vorstellungsrunden des Landesangebots kam. „Wir implantieren nichts, es muss von unten kommen“, erklärte für das Sozialministerium Christian Avenarius. Besonders für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig sei das im Vorjahr angelaufene und mit 25 Millionen Euro ausgestattete Programm „Soziale Orte“. Man achte auf eine möglichst gleichmäßige Verteilung dieser Orte auf den Freistaat, fügte Avenarius hinzu.

Dieses Programm korrespondiert mit dem vom Justiz-, Demokratie- und Gleichstellungsministerium geplanten Förderprogramm „Orte der Demokratie“. Es geht

um Begegnungsmöglichkeiten vor Ort, um konkrete Entscheidungen kontrovers, aber nachbarschaftlich zu diskutieren. Solche „Erlebnisorte der Demokratie“ sieht bereits der 2019 von CDU, Grünen und SPD geschlossene Koalitionsvertrag vor.

Martin Schmidt stellte schließlich die erst im März 2021 gegründete Ehrenamtsagentur Sachsen vor, ein kleines Büro mit drei Mitarbeitenden in der Dresdner Neustadt. Im Schwung des Beginns klang manches vielleicht zu idealisiert. Aber ein wichtiger Punkt ist zweifellos die Stärkung der Anerkennungskultur, beispielsweise durch eine Ehrenamtskarte oder Pässe.

Wie viel Staat braucht die Zivilgesellschaft?

Die konzentrierte Abschlussdiskussion bestritten zwei erfahrene Fachleute des zivilgesellschaftlichen Engagements: Annette Strauß als Vizepräsidentin des DRK-Landesverbandes Sachsen und Sebastian Vogel, Abteilungsleiter im Sozialministerium. Ernsthaft besorgt, gar alarmiert zeigten sich beide nicht. Mit Genugtuung konnte Sebastian Vogel vielmehr feststellen, dass der erst zwei Wochen zuvor verabschiedete Landeshaushalt zumindest keine Kürzungen vorsieht, speziell beim Ehrenamts-Förderprogramm „Wir für Sachsen“. Bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages liege man im Zeitplan. Allerdings musste er darauf verweisen, dass alle diese Programme überzeichnet seien und deshalb um der Gerechtigkeit willen eine gewisse Bürokratie erforderten, so sehr man auch im Ministerium eine „Kultur des Ermöglichs“ wünsche.

Auf solche Hürden im Antragsverfahren insbesondere für kleinere Initiativen hatte zuvor Annette Strauß hingewiesen. Auch sie konnte die eingangs geschilderten Trends beim Nachwuchs nur teilweise bestätigen. Beim „Team Sachsen“, einem Zusammenschluss mehrerer Hilfsorganisationen in der Corona-Krise, seien

Jugendliche vielmehr gern dabei gewesen, und sei es nur aus Erleichterung darüber, „dass sie sich wieder treffen dürfen“. „Aber wo sind die alle hin?“, fragte Annette Strauß allerdings auch.

Den bis zu 60 zugeschalteten Teilnehmenden der Online-Tagung waren am Schluss Aspekte wie „Weiterbildung“ und „gegenseitige Ermutigung“ besonders wichtig. Stehen blieb zum Finale eine zuvor nicht aufgeworfene prinzipielle Frage, die Thema einer nächsten Ehrenamtstagung sein könnte: „Ohne Ehrenamt keine Zivilgesellschaft!“ hatte die DRK-Vizepräsidentin noch unbestritten postuliert. Aber wie selbstbewusst kann eine Zivilgesellschaft handeln, wenn sie selbstverständlich auf Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen und zumindest partiell auch auf staatliche Förderung angewiesen ist? Die Praxis dürfte diesen Scheinwiderspruch auflösen. Zivilgesellschaftliches Engagement ist eine eigenständige Komponente des Zusammenlebens, unverzichtbare Ergänzung und zugleich Korrektiv gegenüber einem keineswegs allmächtigen Staat.

Kinder als Teil einer demokratischen Gesellschaft

Auch Volker Schmidt von der Schulstiftung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens will herausbekommen, was Schule bewegt. „Genau, um jene Zukunft des Lernens zu gestalten müssen wir verstehen, was Kinder und Jugendliche, aber auch Lehrkräfte in Zukunft brauchen“, sagte er. „Drei Begriffe sind schon gefallen, die uns als Stiftung bewegen“, sagte auch Jens Hoffsommer von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung Sachsen (DKJS): „Wie können wir junge Menschen so begleiten, dass sie gut für das Morgen gerüstet sind, was brauchen sie dafür heute? Wie kann man Kinder als Teil einer demokratischen Gesellschaft beteiligen? All das bewegt mich heute mehr denn je: In den scharfen Diskursen, die geführt werden, spielt Schule eine große Rolle und ist nicht mehr der Schonraum, war es vielleicht auch nie.“

Die Motivation, aus der die an diesem Tag Diskutierenden dabei sind, wird in einer Wortwolke angezeigt, an der sich alle an ihrem digitalen Endgerät beteiligen können. So landeten beim gemeinsamen Brainstorming innerhalb weniger Sekunden Begriffe wie Vernetzung, Austausch, Netzwerk oder Inspiration auf den Bildschirmen. Begleitet wird die Auftaktveranstaltung von der Grafikerin Antje Dennewitz, die live zu den Gruppendiskussionen Illustrationen zeichnet. Im heutigen Ablauf sind zwei Zeitslots eingeplant, innerhalb derer jeweils verschiedene Themen zur Diskussion stehen, die Teilnehmende entweder im Vorfeld oder während der Veranstaltung einbringen konnten. Darunter sind allgemeine Themen wie „Bildungsgerechtigkeit“, aber auch konkrete Fragestellungen wie „Politische Bildung in allen Fächern?!“ oder „Alles digital? Was braucht's, um fit für's 21. Jahrhundert zu sein?“

Lehrplan jederzeit überarbeiten

Besonders schön: Diesmal sind auch Schülerinnen und Schüler unter den Teilnehmenden. Sie haben die Frage eingebracht: „Wer bestimmt, was wir lernen?“ Die drei Freundinnen wurden von einer Lehrerin angesprochen, ob sie sich nicht am Format der Landeszentrale beteiligen wollen. „Uns hat interessiert: Wie entsteht eigentlich der Lehrplan, und wie kann man ihn verändern?“, spricht eine von ihnen für die drei. In ihrer Gruppe landet auch eine, die für die Lehrpläne mitverantwortlich ist. Die Schülerinnen fragen sie: Müsste der Lehrplan nicht jederzeit in Überarbeitung sein, müsste er nicht offen sein für regelmäßige Veränderungen? Die Verantwortliche erklärt, wie lange der Prozess dauert, bis ein verbindlicher Lehrplan entsteht, und warum er nicht so leicht zu ändern ist, weil er ja für viele Lehrende verbindlich bleiben muss. Trotzdem findet sie: „Die Lehrpläne müssten aus meiner Sicht wesentlich entfrachtet werden. Wenn man sich fragt, was ist hängen geblieben, wenn man älter ist, dann stellt man fest: Viele Dinge, die ihr noch pauken müsst, könnte man überarbeiten.“ Außerdem habe Corona noch mal von Neuem gezeigt, was wichtig ist. „Ich gehe davon aus, dass es demnächst in eine neue Phase der Lehrplanüberarbeitung gehen müsste.“ Das macht ein wenig Hoffnung.

Die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler zeigt auch, wie viel von Erwachsenen unhinterfragt hingenommen wird, und wie politisch und kritisch junge Leute über Schule nachdenken: Sind Noten noch ein adäquater Bewertungsmaßstab? Fördern sie nicht einen ungesunden Wettbewerb, der beim Lernen nicht nur unnötig, sondern sogar hinderlich sein kann? Wird jungen Leuten zu sehr eingebläut, nur akademische Laufbahnen seien wertvoll,

Ausbildungen hingegen nicht? Fragen, die radikaler sind als manche, die bisher in der Reihe besprochen wurden.

Die Runde ist sich einig: Schülerinnen und Schüler sind mindestens genauso Fachleute in ihrem Gebiet wie die anwesenden Erwachsenen aus dem Schulkontext. Sie könnten und müssten nur noch viel häufiger gehört werden. Einer der Lehrenden in der Runde ermutigt die drei Schülerinnen, weiter radikal zu bleiben und diese Fragen weiter zu stellen. „Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich sagen: Es gibt Leute, die hören euch zu, aber damit euch die richtigen Leute an den richtigen Stellen zuhören, müsst ihr ihnen kontinuierlich auf die Füße treten“, sagt er. „Man muss unbequem bleiben, sonst merken die das nicht.“ Schließlich nimmt die Runde auch die Frage mit: Wie kann man Kinder und Jugendliche in die Reihe einbeziehen?

Auftakt zu einer regelmäßigen Reihe

„Was.Schule.bewegt. Dialogforum“ war erst der Auftakt: Anfangs unter Pandemiebedingungen entwickelt, soll die Dialogreihe zukünftig Bestand haben. Im kommenden Schuljahr 2021/22 setzt die SLpB die Diskussionsreihe unter dem Titel „Was.Schule.bewegt./Forum“ jeden zweiten Donnerstag im Monat fort. Die dann diskutierten Themen ergeben sich aus den Vorschlägen von allen: Schülerinnen und Schülern, Lehrenden, Außerschulischen, Eltern und allen, die dafür brennen, was Schule bewegt.

„Keine Bevölkerung eines Bundeslandes ist immun gegen Rechtsextremismus“

Ein Gespräch mit dem Politikwissenschaftler PD Dr. Steffen Kailitz über das von ihm herausgegebene Buch „Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen“. Kailitz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Seine Forschungsschwerpunkte sind Vergleichende Demokratieforschung, Extremismus- und Totalitarismusforschung, politische Kulturforschung, Wahlsystemforschung sowie Parteienforschung.

Das Gespräch führte Christina Wittich

Herr Dr. Kailitz, hat Sachsen ein Problem mit dem Rechtsextremismus?

Kailitz: Wenn wir uns die Entwicklungen seit 1990 anschauen, müssen wir sagen: Ja, Sachsen hat ganz klar ein Problem mit Rechtsextremismus. Ich nenne hier beispielhaft das Stichwort der Ausschreitungen in Hoyerswerda, die mit den Auftakt bildeten zu einer ganzen Welle fremdenfeindlicher Gewalt in den 1990er Jahren. Wir haben später den zweimaligen Einzug der NPD in den sächsischen Landtag, einer Partei mit nationalsozialistischer Ideologie und wir haben die Pegida-Demonstration und die AfD-Erfolge. Sachsen hat nicht nur mit Blick auf den engen Bereich des Rechtsextremismus ein Problem, sondern darüber hinaus auch mit dem radikalen Rechtspopulismus. Aber Sachsen steht natürlich nicht allein mit diesen Problemen.

Inwiefern ordnen Sie Pegida in dieses Spektrum ein?

Kailitz: Bei den Pegida-Demonstranten haben wir eine ungewöhnlich starke Mobilisierungskraft extrem rechter Parolen in die bürgerliche Gesellschaft hinein in Sachsen beobachten müssen, die in vieler Hinsicht

als Dammbbruch interpretiert wurde. Die fremdenfeindliche und insbesondere antimuslimische Stoßrichtung war dabei von Anfang an klar. Sie zeigte sich schon im Titel: Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes. Von diesen Protesten mit stark antimuslimischer Ausrichtung konnte dann auch die AfD in Sachsen und darüber hinaus sehr stark profitieren.

Wenn Sie sagen, Sachsen ist nicht das einzige Bundesland, dass ein Problem mit radikal rechtem Populismus und Rechtsextremismus hat, beziehen sie sich dann auf alle ostdeutschen Länder oder gibt es andere Unterscheidungen?

Kailitz: Wenn wir uns bundesweit die Entwicklung anschauen, gibt es tatsächlich ein sehr deutliches Ost-West-Gefälle. Rechtsextreme Inhalte mobilisieren im Osten eine deutlich größere Gefolgschaft, insbesondere auf der Straße, aber seit etwa 1998 auch bei Wahlen. Das umfasst auch den sehr problematischen Bereich der Gewalttaten. Die ostdeutschen Bundesländer nehmen bei den rechtsextremistischen Gewalttaten je 100.000 Einwohnern regelmäßig unrühmliche Spitzenpositionen ein.

Aber die Problematik hat in den letzten 20 Jahren überall in Deutschland zugenommen. Die Unterschiede zwischen Ost und West liegen nicht in den Einstellungen zum historischen Nationalsozialismus oder im Bereich des Antisemitismus, sondern bei den antimuslimischen Einstellungen. Diese sind in Ostdeutschland deutlich ausgeprägter.

Was macht Sachsen zu einem fruchtbaren Boden für den Rechtsextremismus?

Kailitz: Der Hintergrund für antimuslimische Einstellungen scheint mir unter anderem auf eine unterschiedliche Zuwanderungsgeschichte zurückzuführen zu sein. Wir haben im Westen Deutschlands über sehr lange Zeit eine langsame Gewöhnung an muslimische Zuwanderung gehabt. Die Zuwanderung aus der Türkei wurde lange nicht primär als muslimische Zuwanderung angesehen. Es waren wie etwa Italiener auch Gastarbeiter, deren Religion nicht im Vordergrund stand. Innerhalb der DDR hatten wir im Grunde sehr wenig Zuwanderung.

Die Gruppen, die zugewandert waren, lebten sehr isoliert mit wenig Kontakt zur Bevölkerung. Die Unterschiede Sachsens zu Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern sind deswegen auch gradueller Natur. Es trifft allerdings zu, dass es ein Problem darstellte, dass unter Ministerpräsident Biedenkopf die Problematik des Rechtsextremismus gelehnet wurde mit der Aussage, die Sachsen seien immun gegen Rechtsextremismus. Nicht nur in Sachsen ist das eine völlig unsinnige Behauptung. Keine Bevölkerung eines Bundeslandes ist immun gegen Rechtsextremismus. Probleme müssen angegangen und nicht ausgeblendet werden. Diese Aussage dürfte dazu beigetragen haben, dass in Sachsen die Abgrenzung gegenüber rechtsextremistischem Gedankengut schwächer ausgeprägt ist als in anderen Bundesländern.

Hat diese erschwerte Abgrenzung dazu geführt, dass es auch immer den Reflex gibt, zu sagen, ja aber es gibt ja auch Linksextremismus?

Kailitz: Es ist immer falsch, wenn über ein Problem geredet wird, zu sagen, es gibt auch noch andere Probleme. Das heißt auf keinen Fall, dass wir nicht über Linksextremismus diskutieren müssen. Es sind zwei getrennt voneinander zu betrachtende Probleme. Das Problem des Rechtsextremismus ist in Sachsen dabei derzeit dringlicher. Der Verweis auf Linksextremismus wirkt wie eine Ablenkung und polarisiert unnötig.



Steffen Kailitz (Hrsg.)

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen



Kundgebung von PEGIDA in Dresden. Foto: IMAGO / jmfoto



Coronagegner in Frankenberg/Sa. Foto: IMAGO / Bernd März

An wen wendet sich das Buch?

Kailitz: Das Buch wendet sich an alle, die sich mit dem Problem des Rechtsextremismus und des radikalen Rechtspopulismus in Sachsen auseinandersetzen wollen. Es soll Ergebnisse der Forschung auf allgemeinverständliche Weise zugänglich machen.

Titelgebendes Thema ist der Rechtsextremismus – ist nicht Rassismus das zugrunde liegende Problem? Damit gemeint ist nicht nur laut skandiierte Fremdenfeindlichkeit, sondern Alltagsrassismus, tradierte und nie hinterfragte Vorurteile, die sich in der breiten Bevölkerung halten.

Der Begriff des politischen Extremismus meint übergreifend die Ablehnung der liberalen Demokratie. Man kann Rechtsextremismus aber durchaus im Sinne Ihrer Frage interpretieren. Nativismus ist jedenfalls eine Gemeinsamkeit von radikalem Rechtspopulismus und Rechtsextremismus: Zuwanderung wird abgelehnt vor dem Hintergrund, dass man die deutsche Gesellschaft als kulturelle oder sogar ethnische Einheit interpretiert, zu der Menschen mit Zuwanderungshintergrund nicht gehören. Entsprechend führt Zuwanderung aus dieser Perspektive zum Untergang des eigenen Volkes, zum sogenannten Volkstod. Das ist der ideologische Kern des Rechtsextremismus. Wenn eine Partei eine rassistische Programmatik vertritt, dann ist sie rechtsextremistisch.

Wo liegen die Unterschiede zwischen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus?

Kailitz: In der Diskussion um die Phänomene gehen diese Begriffe zum Teil sehr durcheinander. Sie

müssen ins Verhältnis zueinander gesetzt und klar voneinander abgegrenzt werden. Gerade der Begriff Rechtspopulismus wird inflationär und häufig unpräzise benutzt. Er dient in den Medien häufig dazu, den Graubereich zwischen demokratischen und extremistischen Organisationen oder Bewegungen zu benennen.

Im wissenschaftlichen Bereich gibt es zum Thema Rechtspopulismus unterschiedliche Zugänge. Wenn wir dort von Rechtspopulismus als „dünnere Ideologie“ sprechen, geht es darum, dass ein starker Unterschied aufgebaut wird zwischen Volk und Eliten, dem Fremden und dem Eigenen. Er ist Kommunikationsmittel, politischer Stil. Populismus kann man als eine Art Rechtsextremismus light interpretieren. Er geht in die gleiche Richtung, die Merkmale sind jedoch nicht so stark ausgeprägt.

Sie skizzieren in dem Buch eine Extremismus-Skala...

Die unteren Stufen dieser Skala können wir auch als radikal rechtspopulistisch definieren. Die höheren sind weit außerhalb eines Graubereichs. Wenn es beispielsweise um Gewalttaten geht oder wenn eine nationalsozialistische Ideologie vertreten wird, dann liegt das eindeutig im Bereich des Rechtsextremismus und kann nicht mehr mit radikal rechtspopulistisch umschrieben werden.

Ob Zuwanderung oder Corona-Pandemie – in Sachsen scheinen rechtsradikale Bewegungen sehr schnell Zulauf zu finden. Woran liegt das?

Die Frage ist, ob hier nicht einfach eine gewisse Kontinuität besteht und nur die Mobilisierungsthemen wechseln. Meine These ist, dass wir etwa bei den Corona-Demonstrationen Personen begegnen, die wir zuvor schon bei Pegida oder beim von AfD, Pegida und Pro Chemnitz organisierten „Trauermarsch“ in Chemnitz gesehen haben. Hinzu kommen dann wechselnde andere Personengruppen. Dabei besteht ein hohes Mobilisierungspotenzial in die Teile der bürgerlichen Mitte hinein, die mit rechtsextremen Gedankengut sympathisieren, sich aber in den westlichen Bundesländern von solchen Demonstrationen fern halten.

Wie groß ist die Gefahr in Sachsen, dass der Einfluss derjenigen, die identitäre Politik propagieren, zunimmt?

Mit Blick auf Sachsen ist die Gefahr enorm groß. Auf den ersten Plätzen der Wahlliste der sächsischen AfD für die Bundestagswahl standen durchweg nur Rechts-

extremisten. Und es hatte keinen negativen Effekt auf die Ergebnisse. Wir haben in Sachsen Wähleranteile von fast 30 Prozent, die einer Partei folgen, die in weiten Teilen gar keinen Hehl mehr daraus macht, dass sie rechtsextremistisch ausgerichtet ist.

Was kann ich denn tun, wenn das schon so weit in der Gesellschaft verbreitet ist, dass Rechtsextremismus eine akzeptierte Einstellung ist?

Fremdenfeindliche, rassistische Haltungen können keine Normalität in einer demokratischen Gesellschaft sein. Wir müssen auch im privaten Bereich widersprechen, selbst wenn es bequemer ist, den Mund zu halten und Konflikten aus dem Weg zu gehen. Wir haben in Sachsen vor allem eine polarisierte Gesellschaft. Grundsätzlich gibt es noch immer deutlich mehr Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus und radikalen Rechtspopulismus positionieren.

Trotzdem gelingt es einer Minderheit immer wieder, die Agenda zu bestimmen und Diskussionen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Gegenpositionen müssen mindestens ebenso deutlich artikuliert werden, insbesondere dass etwa Menschenrechte niemals diskutabel sind. Der Kernbestand der Demokratie ist nicht verhandel-

bar. Menschen mit Migrationshintergrund sind genauso Staatsbürger und Teil des deutschen Volkes wie diejenigen, die keinen Migrationshintergrund haben oder auch das Recht auf Asyl.

Nazis rein oder Nazis raus? Was ist die richtige Strategie im Umgang mit Rechtsextremen?

Wir müssen hier unterscheiden. Ideologisch gefestigte Rechtsextremisten werden wir nicht davon überzeugen, dass Menschenrechte toll sind und für alle gelten müssen. Ihnen sollten wir als Belohnung für ihre Provokationen nicht ohne Not ständig die große Bühne bieten. Ignoranz trifft sie am meisten.

Wir sollten es Rechtsextremisten und radikalen Rechtspopulisten zudem auch nicht zu einfach machen, sich in eine Märtyrerrolle zu begeben. Das heißt, keine Sonderregeln für Rechtsextremisten und radikale Rechtspopulisten. Zumal das reflexhafte Verweigern eines Handschlages eher peinlich wirkt. Pöbeleien gegenüber Rechtsextremisten oder Schlimmeres sind in einer Demokratie grundsätzlich zu unterbinden. Die Grundgepflogenheiten des zwischenmenschlichen Umgangs sind auch im Umgang mit Rechtsextremisten auf allen Ebenen zu wahren.



Selbsternannte „Querdenker“ in Zwönitz. Foto: IMAGO / xcitepress



Wirtschafts- faktor Migration

🗨️ **Seit vielen Jahren werden migrantische Unternehmerinnen und Unternehmer zunehmend in allen Wirtschaftssektoren aktiv – auch in Sachsen.**

Ein Gastbeitrag anlässlich einer Online-Tagung zum Thema Wirtschaftsfaktor Migrantenökonomie im April 2021 von Dr. Harald Köpping Athanassopoulos.

Migranten als Unternehmerinnen und Unternehmer? Bei vielen Deutschen ohne Migrationshintergrund kommen hier sofort Gedanken an Gastronomie, Döner und Gemüseläden auf. Doch seit vielen Jahren werden migrantische Geschäftsleute zunehmend in allen anderen Wirtschaftssektoren aktiv – auch in Sachsen. Und das ist wichtig, denn demographische Veränderungen verursachen einen immer größer werdenden Mangel an Fachkräften. Die Zuwanderung aus dem Ausland wurde daher in den vergangenen Jahren als eine Möglichkeit betrachtet, um dem Fach- und Arbeitskräftemangel in Sachsen entgegenzuwirken. Zumeist wurde dabei jedoch das Augenmerk auf Zugewanderte und Geflüchtete als potenzielle Arbeitnehmer gelegt, doch auch als Arbeitgeber spielen Migrantinnen und Migranten inzwischen eine wichtige Rolle.

Zahlen und Fakten

Zum Stichtag 31.12.2021 lebten in Sachsen 215.715 Ausländer, was einem Bevölkerungsanteil von 5,1 Prozent entspricht. Im Bundesvergleich ist dieser Wert relativ niedrig, allerdings gibt es regional große Unterschiede. In Leipzig liegt der Ausländeranteil bei 10,2 Prozent und in Dresden bei 8,6 Prozent. In Leipzig hat inzwischen mehr als jedes vierte Kind einen Migrationshintergrund, das heißt, dass mindestens ein Elternteil nach Deutschland eingewandert ist. Sachsenweit ist der Migrantenanteil seit 2010 rapide angestiegen, was vor allem durch die innereuropäische Migration und die Fluchtmigration zu erklären ist.

Im Vergleich zu den meisten Mitgliedsstaaten der EU ist die Selbständigenquote in Deutschland mit 9,6 Prozent relativ gering und die Anzahl der Neugründungen von Deutschen ohne Migrationshintergrund ist seit Jahren stark rückläufig (vgl. ca. 400.000 Neugründungen 2004 mit ca. 100.000 Neugründungen 2019). Im Gegensatz dazu blieb die Anzahl der Neugründungen durch Menschen mit Migrationshintergrund relativ stabil (vgl. 75.000 Neugründungen 2004 mit ca. 82.000 Neugründungen 2019).

In den Herkunftsländern der Migrantinnen und Migranten in Sachsen ist Selbständigkeit deutlich weiter verbreitet als in Deutschland. Syrer bildeten im Freistaat Ende 2019 mit 24.310 Personen die größte Gruppe. In Syrien lag die Selbständigenquote vor dem Krieg bei 29 Prozent und stieg während des Krieges sogar auf 42 Prozent an. Die Selbständigenquote im Herkunftsland der zweitgrößten Gruppe Polen lag 2019 bei 20 Prozent, in Rumänien bei 14 Prozent. Selbständigkeit und Unternehmertum ist somit in fast allen Herkunftsstaaten der Zugewanderten in Sachsen stärker verwurzelt

als in Deutschland. Hinzu kommt, dass viele von ihnen Schwierigkeiten haben, auf dem sehr zertifikatsorientierten deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, da Nachteile für Abschlüsse und Berufserfahrungen insbesondere bei Geflüchteten oftmals nicht vorliegen.

Für viele Menschen, die dieser Gruppe angehören, ist der Weg in die Selbständigkeit eine Möglichkeit, entsprechend ihrer Qualifizierung berufstätig zu werden. Der Anteil der sächsischen Unternehmen, die von Menschen mit Migrationshintergrund geführt werden, lässt sich statistisch nur schwer abbilden. Zumindest für Leipzig lässt sich feststellen, dass Ende 2019 9,7 Prozent der Unternehmen einen ausländischen Betreiber hatten – eine bemerkenswerte Zahl, wenn man bedenkt, dass noch 2010 der Ausländeranteil in Leipzig bei unter fünf Prozent lag.

Die Anzahl der ausländischen Unternehmen steigt nicht nur deutlich an, sondern auch die Branchenstruktur ist im Begriff sich zu diversifizieren. Entgegen einem weit verbreitetem Klischee, sind von einhundert migrantengeführten Unternehmen in Deutschland nur jeweils 14 in den Bereichen Handel oder Gastgewerbe zu finden. Über ein Viertel der migrantengeführten Unternehmen bieten sogenannte wissensintensive Dienstleistungen an, wozu unter anderem Unternehmensberatungen, Versicherungen, Steuerberatungen oder Gesundheitsdienste zählen. Das Unternehmen Biontech, welches in der EU als erstes die Zulassung für einen SARS-CoV-2-Impfstoff erhielt und von einem Ehepaar mit türkischen Wurzeln geführt wird, war ein plakatives Beispiel für das Potenzial migrantischer Gründungen für die Wirtschaft in Deutschland und Sachsen.

Trotz guter Bildungsabschlüsse bildet der Schritt in die Selbständigkeit für Migrantinnen und Migranten oft den einzigen Zugang zum Arbeitsmarkt. Zentrale Branchen sind dabei Gastronomie, Handel und Dienstleistungen. Foto: IMAGO / Schöning



Überwindung von Hürden

Obgleich viele Migrantinnen und Migranten den Weg in die Selbständigkeit gefunden haben, stehen viele Zugewanderte, die gern ihr eigenes Unternehmen gründen möchten, natürlich auch vor einigen Herausforderungen: Sprachliche Hürden, bürokratische Verfahren, fehlendes Grundkapital und mangelnde Systemkenntnisse bedeuten für viele motivierte Unternehmer, dass der angestrebte Weg in die Selbständigkeit deutlich beschwerlicher ist als für Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass Unterstützungsstrukturen geschaffen werden, um ausländischen Geschäftsleuten die entsprechenden Kenntnisse zu vermitteln. Zwei wichtige Anlaufpunkte sind dabei das IQ Netzwerk Sachsen sowie die KAUSA-Servicestellen in Leipzig und Dresden. In den Fachinformationszentren Zuwanderung in Leipzig, Dresden und Chemnitz des IQ Netzwerks erhalten Unternehmerinnen und Unternehmer zunächst einige erste Informationen zum Weg in den Selbständigkeit sowie wichtige Kontaktdaten zu lokalen Initiativen um sich auf die Unternehmensgründung vorzubereiten. Im Qualifizierungsprojekt des IQ Netzwerks von ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V. besteht die Möglichkeit, an einem Crash-Kurs zum Thema Selbständigkeit teilzunehmen, in welchem unter anderem verschiedene Unternehmensformen und die Grundvoraussetzungen für die Selbständigkeit erklärt werden.

Die KAUSA-Servicestellen in Leipzig und Dresden konzentrieren sich auf die Thematik duale Ausbildung. Obgleich immer mehr Migrantinnen und Migranten ein Unternehmen gründen, ist der Ausbildungsanteil

bei diesen Unternehmen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt immer noch gering. Die hängt auch damit zusammen, dass das duale Ausbildungssystem nur teilweise mit den meisten ausländischen Ausbildungssystemen vergleichbar ist. Die KAUSA-Servicestellen leisten Aufklärungsarbeit und unterstützen migrantengeführte Unternehmen dabei, selbst Ausbildungsbetriebe zu werden, um somit einen noch größeren Beitrag zur Fachkräftesicherung in Sachsen zu leisten.



In Sachsen ist die lokale Migrantenökonomie besonders von inhabergeführten Kleinunternehmen geprägt. Sie leisten einen bedeutenden Beitrag zur nachhaltigen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Foto: IMAGO / Bernd Friedel

Wertschätzung & gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die sogenannte Migrantenökonomie spielt eine immer größere Rolle für die deutsche und sächsische Wirtschaft und trägt in erheblichem Maße zur Fachkräftegewinnung und -sicherung bei. Um ausländische Gründerinnen und Gründer in Sachsen zu halten, ist es notwendig, sie bei der Unternehmensgründung zu unterstützen, zum Beispiel bei der Überwindung sprachlicher oder bürokratischer Barrieren oder bei der gegebenenfalls notwendigen beruflichen Neuorientierung. Weiterhin sollten die enormen Leistungen von Migrantinnen und Migranten zum wirtschaftlichen Erfolg größere Wertschätzung

erfahren, was einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts darstellen kann.

Dr. Harald Köpping Athanasopoulos leitet bei ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V. den Fachbereich Migration/Integration. Er befasst sich dort intensiv mit der Integration Zugewanderter in Arbeit und Ausbildung. Sein Forschungsinteresse gilt der europäischen Migrationspolitik und er veröffentlichte 2020 sein Buch „EU Migration Management and the Social Purpose of European Integration“.

„Eins, zwei, Nazi“

Erstmals verleiht die SLpB den Filmpreis „voll politisch“ im Rahmen des 33. Filmfestes Dresden. Der Preis zeichnet einen Film aus, der sich kreativ, kontrovers und kritisch mit seinem Sujet auseinandersetzt, dabei den Perspektivwechsel wagt und eine neue Sicht auf ein politisches Thema ermöglicht.

von Christina Wittich

Mit Politik habe sie lange nichts zu tun haben wollen, sagt Sabine Michel. „Dass ‚Hinten schießt die Ente‘ ein politischer Film sein soll, hätte ich damals nie zugegeben“, sagt sie. Mit dem Kurzfilm gewann die Filmemacherin 2002 den Publikumspreis des Filmfestes Dresden. Heute sieht sie die politische Relevanz des da von ihr aufs Korn genommenen Ost-West-Dilemmas deutlicher.

Sabine Michel bildete gemeinsam mit SLpB-Direktor Dr. Roland Löffler und der Filmemacherin Elise Landschek die Auswahljury für den erstmals im Rahmen des 33.

Filmfestes Dresden verliehenen und mit 3.000 Euro dotierten Preis „voll politisch“ der SLpB. Ihre Aufgabe: Aus einer Shortlist aus Beiträgen des nationalen und internationalen Wettbewerbs und des regionalen Fokus den Film zu prämiieren, der sich kreativ, kontrovers und kritisch mit seinem Sujet auseinandersetzt, dabei den Perspektivwechsel wagt und eine neue Sicht auf ein politisches Thema ermöglicht.

Am Donnerstag, dem 15. Juli, sichtete die Jury gemeinsam mit ihrem Publikum im großen Saal der Landeszentrale die eingereichten Arbeiten.

Appell an Zivilcourage

Im Anschluss diskutierte Sabine Michel auf dem Podium zum Thema „Politik im Kurzfilm“. Denn inzwischen dreht sie explizit politische Filme, zuletzt „Montags in Dresden“. Der kontrovers diskutierte Dokumentarfilm begleitet unkommentiert drei Menschen, die sich bei den montäglichen Pegida-Demonstrationen in Dresden engagieren. Neben Michel auf dem Podium saßen Sven Pötting, Kurator des Filmfestes Dresden und Initiator des diesjährigen Themenschwerpunktes „Aktivismus“, und Ferdinand Ehrhard, gebürtiger Dresdner und vielversprechender Nachwuchs in der Filmlandschaft. Sein Kurzfilm „Obervogelgesang“ findet sich ebenfalls wieder auf besagter Shortlist.

Im Rahmen der Preisverleihung erhält „Obervogelgesang“ später eine lobende Erwähnung, weil er ein hoch aktuelles Thema aufgreife, nämlich die Präsenz rechtsextremer Parolen und Gruppen im öffentlichen Raum sowie die mediale Wahrnehmung Sachsens. „Er vermittelt eine eindringliche Botschaft im gut komponierten Zusammenspiel seiner filmischen Mittel. Er appelliert an Zivilcourage, stellt sich aber nicht

belehrend über seine Protagonistin, sondern zeigt Dilemmata politischen Engagements auf“, begründet die Jury ihre Entscheidung.

Der Anfang-20-Jährige hat einen Animationsfilm produziert, der sehr feinfühlig die Ambivalenz seiner Hauptfigur einfängt: „Eins, zwei, Nazi. Eins, zwei Nazi“, zählt diese beispielsweise immer panischer im Zug nach Obervogelgesang ihre Mitpassagiere ab. Die rechte Gesinnung steht niemandem ins Gesicht geschrieben. Was also tun? Zuerst habe er einen antifaschistischen Film machen wollen, erzählt Ehrhard auf dem Podium. Aktivistisch, aufrüttelnd habe er sein wollen. Das habe nicht funktioniert, ohne sich über die Menschen zu erheben, um die es letztendlich geht, die er erreichen möchte. Die Arbeit am Film war auch ein persönlicher Prozess der Politisierung. Trotzdem wollten er und seine Kollegen etwas bewegen: „Wir wollten aufrufen und deutlich machen, dass es ok ist, wenn du es mal nicht schaffst, wenn du einmal nicht hinschaust und wenn du auch mal verkackst.“ Er attestiert sich selbst einen „radikalen Humanismus“. Der Wille zählt, die Haltung.



Flut an Corona-Filmen

Politik und Privat sind einfach voneinander nicht zu trennen. Durch die passende Linse betrachtet ist alles politisch, stellt entsprechend der Moderator des Abends, Oliver Reinhard, stellvertretender Feuilletonchef der Sächsischen Zeitung, fest. Und auch Film und Politik seien eng miteinander verwoben. Selbst die augenscheinlich existentialistische Nabelschau habe immer auch eine gesellschaftspolitische Relevanz. Er beobachte eine Zunahme explizit politischer Filme in den vergangenen Jahren – angeregt und angetrieben durch aktuelle und sich häufende Krisen. Dem pflichtet Sven Pötting, Kurator des Filmfestes, bei. Kurzfilme nähmen aktuelle Entwicklungen schneller auf und verarbeiten sie kreativ. Er erwarte für das kommende Filmfest eine Flut an Corona-Filmen, die meisten davon wahrscheinlich weniger inspiriert. Auch die Zahl der Beiträge, die sich mit Geschlechtergerechtigkeit oder Rassismus auseinandersetzen, habe zugenommen. Die Klimakrise beschäftigt Filmschaffende zusehends.

Der Filmpreis „voll politisch“ geht in diesem Jahr darum auch an „Mex and the animals“ der kanadischen Filmemacherin Elisa Gleize. Ihre Animation bildet eine Dystopie ab, in der der Mensch ein Second Life lebt – das echte Leben im Digitalen. „Im Kontrast zu einer Welt ohne Tiere, ohne Freude, ohne Sinn, erlebt er hier sauberes Wasser, Wale oder Wölfe. Scharfkantig und mechanisch bewegen sich künstliche Wesen im Pixelwald“, beschreibt die Jury ihren Eindruck. Der

Film beschreibe eine vom Menschen geschaffene Leere. „Sein nur auf den ersten Blick unpolitischer Ansatz erleichtert den Zugang zu den hochpolitischen und immer drängenderen Themen Klimaschutz und Artensterben. Er bewegt und lässt hoffen, dass es noch nicht zu spät ist“, begründet sie ihre Entscheidung.

Zur Preisverleihung am Sonnabend, dem 17. Juli, konnte die Filmemacherin selbst nicht anwesend sein. Stattdessen sendet die junge Frau eine kurze Videobotschaft. Sie bedankt sich und entschuldigt sich für das körnige Bild der Aufnahme. Das Geld, sagt sie, helfe ihr, ähnliche Projekte weiterzuführen.



Die Filmemacherinnen Elise Landschek (li.) und Sabine Michel bildeten gemeinsam mit Dr. Roland Löffler die Auswahljury für den SLpB-Filmpreis „voll politisch“.

Raum für Differenz und Widerspruch



Dr. Roland Löffler, SLpB, Moderator Meinhard Schmidt-Degenhard, Anne Hähnig, Die Zeit, Bundespräsident a. D. Joachim Gauck und Dr. Constanze Kurz, Chaos Computer Club e.V. (von links) diskutieren: „Die nächsten dreißig Jahre. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung vor neuen Herausforderungen“
Foto: © BenJenak

In der Hochschule Mittweida feierten prominente Gäste den 30. Geburtstag der SLpB. Neben zahlreichen Glückwünschen und einer gelungenen Onlineübertragung gab es lebendige Diskussionen.

von Helke Ellersiek

Kurz vor Start herrscht hektische Betriebsamkeit hinter den Kulissen des 30. Geburtstags der SLpB. An diesem ersten Montag im Juli strahlt die Sonne schon vormittags warm über Mittweida, drinnen im futuristischen Hochschulgebäude des Zentrums für Medien und Soziale Arbeit wuseln Organisatorinnen und Podiumsgäste umher. Es werden Ellbogen zur Begrüßung gereicht und frisch desinfizierte Hände gedrückt, alle sind ein bisschen aufgeregt: Nach monatelangem Lockdown ist es für manche hier die erste Veranstaltung, zu der trotz schwerpunktmäßiger Onlineübertragung so viele Leute zusammenkommen. Während auf den Gängen und bei den Häppchen gelacht und gesmalltalked wird, bereiten die Studierenden das hochschuleigene Medienzentrum für die Onlineübertragung vor.



Foto: © BenJenak

Ehregast Joachim Gauck

Wegen der anhaltenden Pandemielage wird das Jubiläum gestreamt: Vor Ort sind in erster Linie das Orga-Team der SLpB, die Studierenden der Hochschule Mittweida und die Gäste der Talkshow, die das heutige Highlight werden soll. Unter dem Motto „Die nächsten 30 Jahre – Die SLpB vor neuen Herausforderungen“ diskutieren dank der Moderation von ARD-Journalist Meinhard Schmidt-Degenhard die Ressortleiterin der ZEIT im Osten, Anne Hähnig, und Constanze Kurz, Sprecherin des Chaos-Computer-Clubs (CCC) mit Ehregast und Altbundespräsident Joachim Gauck.

Constanze Kurz sitzt schon zum Soundcheck in dem Studio, in dem sonst die Studierenden ihre Produktionen üben. Das modern eingerichtete Herbert E. Graus-

Studio hat alles da, was eine professionelle Podiumsdiskussion braucht und ist daher heute wie in den kommenden Monaten Kooperationspartner der SLpB: Die Veranstaltung ist auch als Testlauf für die anstehenden Wahlforen zur Bundestagswahl gedacht. Ganz bewusst arbeitet die Landeszentrale nicht mit einer hochprofessionellen Produktionsfirma zusammen, sondern kooperiert mit dem Medienforum der Hochschule. „Die Zusammenarbeit ist uns einfach sympathischer und dichter dran an der sächsischen Realität, auch weil die Studierenden hier und an uns lernen, wie sie später arbeiten“, sagt Christina Wittich, Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, die später während der Podiumsdiskussion live die Fragen aus den Sozialen Medien an die Podiumsdiskutierenden weitergeben wird.

30 Sekunden Verzögerung

Aber nicht nur für interaktive Podiumsdiskussionen wie heute ist das Studio geeignet: Constanze Kurz ist als Sprecherin des CCC auch heute wieder eine gefragte Gesprächspartnerin fürs Fernsehen, es ging ein Hackerangriff auf Unternehmen durch die Nachrichten, die Tagesschau berichtet. Auf dem Flur ist Anne Hähnig mit Smalltalk beschäftigt. Alle vertreiben sich die Zeit bis zur Ankunft von Ehregast Joachim Gauck.

Seine Limousine fährt kurz vor halb zwölf vor der Hochschule vor. Gauck steigt aus, schüttelt Hände und sagt fröhlich: „Keine Sorge, ich bin doppelt geimpft!“ Dann begleitet die Truppe ihn in die Maske. Schließlich bekommt er, zwei Minuten vor Sendungsstart, noch eine kleine Führung durchs Medienforum. Einer der

Organisatoren, der vor der Tür wartet, witzelt: „Das ist dann der Moment, von dem man hinterher sagt: Hier ist der Zeitplan aus dem Ruder gelaufen.“

Der ehemalige Bundespräsident zeigt sich beeindruckt von Studio und Infrastruktur. „Als ich hier durchs Land fuhr, hab ich mich ab und zu mal gefragt: wo komm ich hier wohl an?“, gibt er zu. „Als ich dann das Städtchen sah, dachte ich erst mal nur: aha? Aber jetzt sehe ich hier, ach du meine Güte, das ist ja ein total modernes Studio, das könnte ja in Berlin sein!“ Er wechselt ein paar Worte mit den Studierenden. Dann geht es los ins Studio – mit genau 30 Sekunden passt sogar die minimale Startverzögerung zum Jubiläumsjahr, das hier begangen wird.

Gegen Populismus und Nationalismus

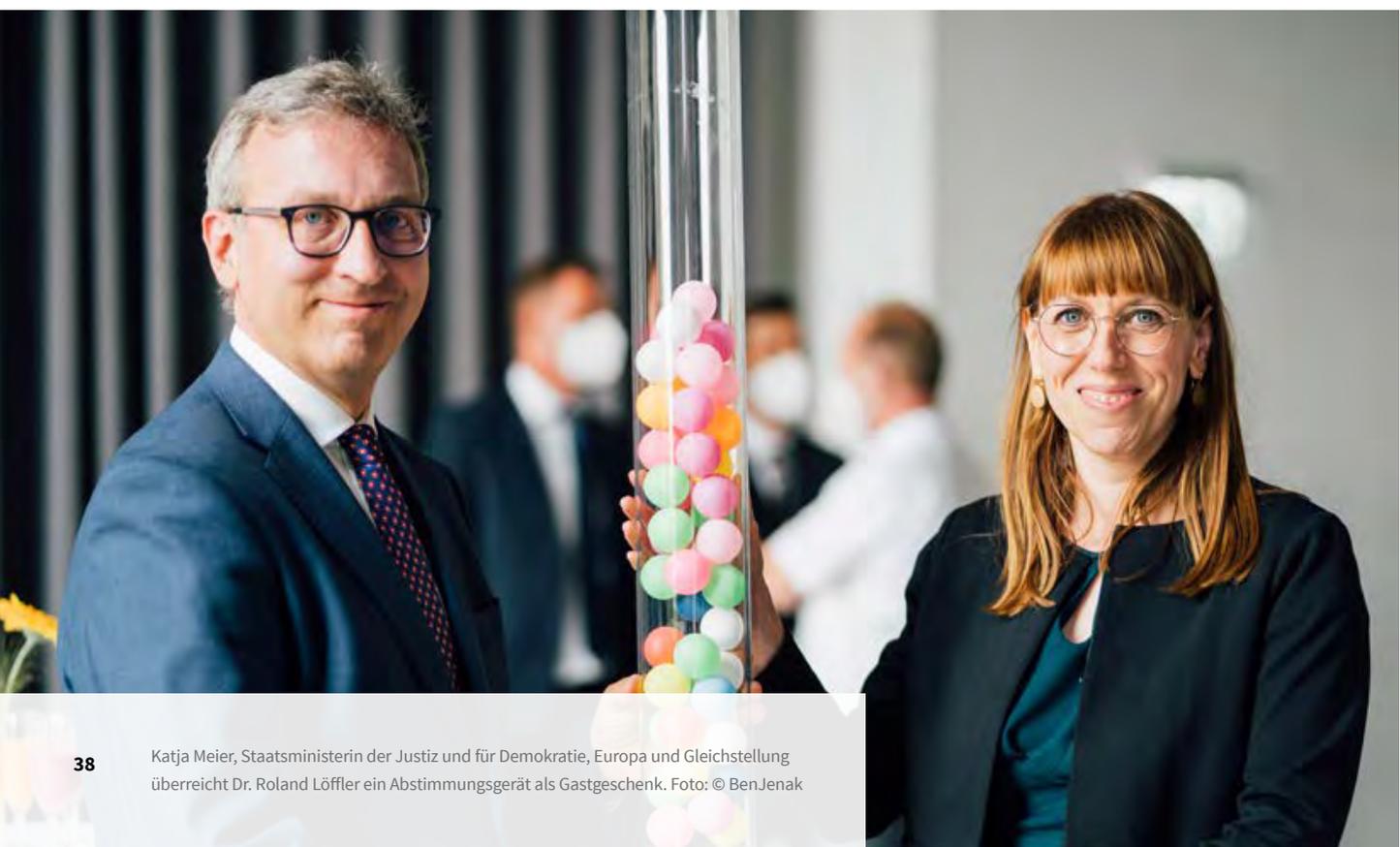
Auch der 1. Juli 1991, Eröffnungstag der SLpB vor 30 Jahren, war ein Montag, erinnert Moderator Meinhard Schmidt-Degenhard. In Prag unterschrieben damals die Regierungschefs des Warschauer Paktes ihr Auflösungsdokument, in London feierte Lady Diana ihren 30. Geburtstag, „in Dresden begann die Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung ihre Arbeit, geboren im Sternzeichen des Krebs“, erinnert er. „Politische Bildung, das ist immer eine Deutung von Geschichte, Gegenwart und Zukunft“, sagt der Direktor der Landeszentrale, Dr. Roland Löffler in seiner Begrüßungsrede, „politische Bildung kann nie allein geschehen, ich bin gespannt, was Sie uns ins Aufgabenheft schreiben.“

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung Katja Meier dankt in ihrem Grußwort der Arbeit des Hauses als Partner für politische Bildung: „Die Herausforderung, täglich aufs Neue für die Teilhabe an Demokratie teilzunehmen, lässt sich nicht nur von einer politischen Schaltstelle bewältigen, es braucht viele engagierte verschiedene Partner, wenn wir uns dem Populismus und Nationalismus entgegenstellen.“

Ein Grußwort kommt auch vom Vorsitzenden des Kuratoriums der SLpB, Oliver Fritzsche. Die Aufgabe des Kuratoriums fasst er mit „einer gelungenen Mischung

aus Aufsichtsrat und bestem Freund“ zusammen: Bemühen um ein gutes Miteinander, kultivierter Streit und der Blick auf das Wohl der Landeszentrale und ihrer Aufgabenerfüllung eine die Kuratorinnen und Kuratoren. „Wie wir alle wissen, ist Vertrauen nicht nur die härteste politische Währung und ein kostbares Gut, sondern bedeutet immer auch eine besondere Verantwortung. Auch in Zukunft werden die Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit in keiner Weise kleiner.“ Dass die SLPB dieser Verantwortung weiter nachkommen und gerecht werden könne und sie auch die Freiheit dafür finde, dafür werde auch das Kuratorium weiterhin seinen Beitrag leisten, so der Vorsitzende.

Schließlich hält Altbundespräsident Joachim Gauck seine Festrede. Er sieht, in Anlehnung an den Soziologen Ralf Dahrendorf, vor allem die Gefahr einer Polartät zwischen dem Wunsch nach einer offenen und einer geschlossenen Gesellschaft. Dagegen setzt er einen Appell für Geduld, für konstruktiven Streit und Kontroversen. „Wir brauchen die Auseinandersetzung, entschlossen, auch deutlich, aber mit Zivilität, ohne Ausgrenzung, und vor allen Dingen ohne Verachtung“, sagt er. „Demokratie darf Unterschiede nicht glattbügeln, sondern sie muss umgekehrt Raum geben für Differenz und Widerspruch.“





Katja Meier, Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung und Oliver Fritzsche, Vorsitzender des Kuratoriums der SLpB, eröffneten mit Grußworten das Programm. Foto: © BenJenak

Wie gerecht ist Hartz IV?

In der gemeinsamen Diskussion stimmen Constanze Kurz und Anne Hähnig dem bundespräsidentialen Appell zwar zu, gehen aber auch darüber hinaus. „Es ist schwierig, politische Mündigkeit herzustellen“, sagt Constanze Kurz, die an Gauck einen „übertriebenen Freiheitsbegriff“ kritisiert. „Freiheit wird determiniert durch die ökonomischen Ressourcen die wir haben“, erinnert die Publizistin. Aber auch die Art der Fragen, die man stelle, beeinflussten das Interesse an politischen Debatten, sagt Anne Hähnig in der Runde. „Politische Bildung hatte lange etwas Volkspädagogisches: Man erklärte den Leuten jetzt mal, wie der Landtag funktioniert.“ Stadthallen fülle man aber eher mit Fragen wie: Wie gerecht ist Hartz IV? Welche Migrationspolitik wollen wir eigentlich? Schieben wir die Falschen ab? Müssen wir das Internet regulieren? „Wir müssen es da auch hinnehmen, dass sich da Leu-

te zu Wort melden, die uns vielleicht nicht passen.“ Bei der Beteiligung der Zuschauerfragen kritisiert Constanze Kurz aber auch, dass politische Veranstaltungen, so auch das Jubiläum der Landeszentrale, auf kommerzielle Plattformen wie Facebook und Youtube ausgelagert werden, statt die Veranstaltungen selbst zu hosten. Abgesehen davon, dass man User auf Gedeih und Verderb den Bedingungen der Streaming- und Beteiligungsdienste ausliefere, förderten diese Unternehmerin auch die weitere Polarisierung und Skandalisierung: „Nur wenn Sie polarisierende und emotionale Inhalte anbieten, haben Sie Chance auf Klicks.“ Die Kritik wird aufgenommen, für heute müssen sich die Zuschauenden mit den klassischen sozialen Medien und Streamingdiensten begnügen. Das tun sie fleißig: Es gibt einiges an Glückwünschen und Nachfragen.

Anzeige in der Morgenpost

Nach der Diskussion und einigen gemeinsamen Fotos geht die Geburtstagsgesellschaft zum Buffet über. An einem der Tischchen steht Ulrich Graute, der vor drei Jahrzehnten als freier Mitarbeiter des Aufbaustabs von der Landeszentrale Baden-Württemberg mit einem Kofferraum voller Bücher nach Dresden kam. Als Kommissarischer Leiter hat er dann die SLpB mit aufgebaut und ist heute Ehrengast des Geburtstags. „Wir haben damals eine winzige Anzeige in der Dresdner

Morgenpost geschaltet, für zwei Mitarbeitende. Ich hätte damals nie gedacht, wie groß der 30. Geburtstag mal werden könnte“, sagt er beeindruckt. Dann muss er los zu seinem Zug nach Berlin. Auch Altbundespräsident Gauck muss aufbrechen. Er hat heute Abend noch einen offiziellen Termin mit dem niederländischen Königspaar. „Es war sehr schön, endlich mal wieder so viele tolle neue Leute kennenzulernen“, sagt er zum Abschied. „Die heute Abend kenne ich ja schon.“

Politische Bildung, Zivilcourage und Dialog in Zeiten der Polarisierung

Rede des Bundespräsidenten a.D.,
Joachim Gauck, beim Festakt „30 Jahre
Sächsische Landeszentrale für politische Bildung“:



Schön, dass ich heute bei Ihnen in Mittweida sein kann, um mit Ihnen hier vor Ort und auch digital den 30. Geburtstag der Landeszentrale für politische Bildung im Freistaat Sachsen zu feiern. Zunächst einmal: Herzlichen Glückwunsch!

Es freut mich sehr, dass wir nicht in Ihrer schönen Landeszentrale in der auch sehr schönen Landeshauptstadt zusammenkommen, sondern in der Hochschule Mittweida, einem Ort mit 150-jähriger Lehr- und Forschungstradition, einem Ort der Bildung mitten im Herzen Sachsens. Ein schönes Sinnbild dafür, wo sich die politische Bildung verortet: dezentral und damit nah bei den Menschen.

Lieber Herr Dr. Löffler, es muss wohl auch auf Ihren Wunsch zurückgehen, dass es zwar einen Blick zurück und würdigende Worte darüber gab, was in den letzten 30 Jahren Bildungsarbeit gelungen ist. Vor allem wollen wir uns nun aber ganz unfeierlich der politischen Bildung, der Zivilcourage und dem Dialog in Zeiten der Polarisierung zuwenden, um anschließend einen Blick in die Zukunft zu werfen – oder wie Sie es bereits so treffend in der Ankündigung zu dieser Veranstaltung formuliert haben: „Für uns bedeutet das 30 Jahre Dialog, Moderation, jede Menge Bücher, Tagungen, Lesungen und Vorträge, kurz: das Ringen um eine politische Kultur, in der Konflikte sachlich ausgetragen werden.“

Statt Blumen also die kritische Verortung im Hier und Jetzt. Dies entspricht auch dem Fahrplan, den der große liberale Vordenker Ralf Dahrendorf bereits 1990 in seinen Betrachtungen über die Revolution in Europa allen Mittelosteuropäischen Ländern auf ihren Weg in die Freiheit vorhersagte: die verfassungsrechtliche Festschreibung des demokratischen Rechtsstaats würden 6 Monate, für den Übergang zur Marktwirtschaft 6 Jahre und für die Entwicklung von Bürgertugenden zu selbstständigen und verantwortungsvollen Handeln 60 Jahre benötigt!

Nach der Dahrendorf'schen Prognose wäre nun also die Halbzeit erreicht auf dem Weg zu einer offenen, freiheitlichen Gesellschaft, getragen und gepflegt von engagierten Demokratinnen und Demokraten. Unabhängig davon, dass er wohl nicht die Sondersituation mit den Chancen, die die deutsche Einheit bot, im Blick hatte, lässt sich heute feststellen: Seine Vorhersage war zu pessimistisch und zu optimistisch zugleich.

Was die Entwicklungspotentiale der ostdeutschen Mehrheitsgesellschaft betrifft, war seine Annahme zu pessimistisch: Die große Mehrheit wählt wie die Mehrheit der Westdeutschen. Und die große Mehrheit der Ostdeutschen ist froh und glücklich, in der Demokratie

angekommen zu sein. Dies belegen auch die Zahlen des Sachsen-Monitors 2018 mit Blick auf die Zufriedenheit mit der Demokratie und seiner Institutionen.

Zu optimistisch - wie so viele Menschen in den Jahren nach der Friedlichen Revolution - war Dahrendorf wohl bei der weiteren Entwicklung der demokratischen Gesellschaften nach der Auflösung des Ost-West-Konflikts. Das Ende der Geschichte war doch noch nicht erreicht. Allerdings hat er die neuen Herausforderungen für die westlichen Demokratien vor allem in Folge der zunehmenden und sich beschleunigenden Globalisierung selbst frühzeitig erkannt. So warnte Dahrendorf 2003 bereits mit seinen acht Thesen zum Populismus vor einer zunehmenden Polarisierung, nicht mehr so sehr zwischen rechts-links, sondern zwischen einer offenen und geschlossenen Gesellschaft, zwischen Verteidigern und Entdeckern oder somewhere und anywhere, wie es in verschiedenen aktuellen sozialwissenschaftlichen Studien nun beschrieben wird.

Wer also heute auf den Osten unseres Landes blickt, muss erkennen, dass die Menschen hier doppelt herausgefordert sind: Immer noch durch den spezifischen Systemwechsel nach 1989, und schon durch die den alle Menschen verunsichernden revolutionären Übergang vom Industrie- zum Informationszeitalter mit Digitalisierung, Entgrenzung, Globalisierung, Klimawandel und aktuell die Pandemie. All diese Umbrüche und Krisen verunsichern Menschen rund um den Globus und so erleben wir, dass die daraus erwachsenden Ängste einen Teil der Bevölkerungen populistischen Parolen gegen „das Establishment“ oder „das System“ folgen lässt. In Polen, Ungarn, Brasilien und im Amerika unter Trump haben sich Rechtspopulisten durchgesetzt, in verschiedenen Ländern Lateinamerikas siegten Linkspopulisten. Hier wie dort hoffen ihre Wähler auf starke Anführer, die ihnen trotz komplexer Lage beruhigende, einfache Lösungen vorschlagen.

Es fehlt an Geduld, die es aber in einer tiefgreifenden Übergangssituation zu bewahren gilt, wenn das Alte verschwindet, das Neue aber erst allmählich geboren wird. Und es fehlt an Vertrauen, dass sich die Demokratie der mehrfachen Herausforderung gewachsen zeigen wird. Und in der Breite der Gesellschaft fehlt es zuweilen am Willen, den konstruktiven Streit zwischen den unterschiedlichen Polen der Gesellschaft zu ertragen und als Teil des demokratischen Aushandlungsprozesses zu betrachten.

Lassen Sie uns also mit allen, die das Argument schätzen und nicht die Wutkeule schwingen, in das politische Gespräch eintreten. Kontroversen sind kein lästiges Übel,

sondern notwendige Voraussetzung für das Gelingen von Demokratie. Wir brauchen die Auseinandersetzung – entschlossen, aber mit Zivilität, ohne Ausgrenzung und Verachtung. Robuste Debatten und Streit in der Sache sind nicht schädlich. Demokratie darf Unterschiede nicht glattbügeln, sondern sie muss umgekehrt Raum geben für Differenz und Widerspruch. Nur im Disput der Verschiedenen lassen sich Alternativen prüfen und Kompromisse finden, die von möglichst Vielen akzeptiert werden. Deshalb gehört Toleranz gegenüber dem Anderen zu einer aufgeklärten Demokratie dazu. Eine Erkenntnis die in unserer Geschichte hart errungen wurde und so habe ich mit Freude gelesen, dass die Landeszentrale zum Beispiel einen Workshop für Schülerinnen und Schüler zum Thema „Endlich Frieden - Besser Streiten. Miteinander im Gespräch bleiben vor dem Hintergrund des dreißigjährigen Krieges“ anbietet.

Es ist also klar: Damit das Miteinander der Verschiedenen gelingt, brauchen wir den Dialog und das Engagement von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern, die politische Funktionsträger nicht stellvertretend für sich und anderen agieren lassen, sondern die sie stützen und tragen. Zu einer redlichen Debatte gehört übrigens auch die kritische Selbstreflexion. Der öffentliche Diskurs, Sie wissen es alle, er ist nie perfekt. Er ist es auch in den vergangenen Jahrzehnten nie gewesen. In der Politik und in den Medien zeigt sich in letzter Zeit allerdings die Tendenz, aus guten pädagogischen Absichten heraus Diskussionen lieber einzuhegen – anders ausgedrückt: tatsächlich oder angeblich schädliche Auffassungen auszugrenzen. Dem vermeintlich Guten oder tatsächlich Guten soll zum Durchbruch verholfen werden, damit dass vermeintlich Falsche nicht gefördert wird. Auch hier geht es um das richtige Maß. Der demokratische Diskurs kommt nicht ohne Normen aus.

„Eine gewisse Polarisierung ist normal, ja sogar gesund für eine Demokratie. Aber extreme Polarisierung kann sie zerstören.“ Zu diesem Schluss kommen Daniel Ziblatt und Steven Levitsky in einem aktuellen Aufsatz mit Blick auf die Situation in den USA. Sie verweisen darauf, dass „wer einen Sieg der anderen Seite als Katastrophe oder als völlig inakzeptabel ansieht, neigt dazu, außergewöhnliche Mittel zu rechtfertigen, um das zu verhindern: Gewalt, Wahlbetrug, Putsch.“

Nun steht unsere Demokratie nicht am Rande der Dysfunktionalität oder gar Selbstzerstörung, wie es für die USA trotz der Abwahl von Donald Trump leider immer noch realistisch erscheint. Es gibt in Deutschland gleich mehrer stabilisierende Faktoren, die uns vor einer vergleichbaren Entwicklung bewahren: Die soziale Marktwirtschaft, in der die schöpferische Kraft des Kapitalis-

mus eingehegt und mit sozialem Ausgleich verbunden wird, eine beträchtliche Medienvielfalt mit einem unabhängigem öffentlichen Rundfunk, ein freiheitliches Bildungssystem, zu deren Schätzen die Akteure der Politischen Bildung zählen, starke und unabhängige Institutionen und vor allem Gerichte sowie nicht zuletzt ein politisches System, das mit dem Verhältniswahlrecht einer Polarisierung entgegenwirkt, indem es zu einer Ausdifferenzierung der politischen Lager kommt. Dabei habe ich eine rechtstreu Bürgergesellschaft, die ganz überwiegend die Demokratie bejaht, noch gar nicht erwähnt. Das ist ein großer Unterschied zum Deutschland der Weimarer Republik, die auch daran zugrunde ging, dass es zu wenige Demokraten gab.

Auch bei uns erleben wir allerdings, dass Rechts- und Linksradikale sowie Islamisten den demokratischen Grundkonsens in unserem Land bedrohen, Extremisten und Fanatiker säen Hass und verbreiten das zersetzende Gift von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, sie verachten unseren freiheitlich-liberalen Lebensstil und schrecken vor Morden aus ideologischen oder religiösen Gründen nicht zurück. Aber sie bleiben ohne Aussicht darauf, unsere liberale Demokratie substantiell zu gefährden. Hier muss und wird sich der Rechtsstaat als handlungsfähig gegen alle erweisen, die unsere Demokratie mit Gewalt bedrohen. Und die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wird sich widersetzen, in dem sie weder dem Hass noch den populistischen Verführern folgen werden.

Wer die Demokratie heute schützen möchte, der muss auch die Debattenräume schützen, insbesondere die digitalen Debattenräume, die ja immer bedeutender für den öffentlichen Diskurs werden. So müssen wir neben all den positiven Errungenschaften, die die Digitalisierung hervorbringt, auch deren Kehrseite zur Kenntnis nehmen: Forscher des MIT (Massachusetts Institute of Technology) haben nun bestätigt: Unwahrheiten verbreiten sich über Social Media-Plattformen deutlich schneller und weiter als Fakten. Diese Anfälligkeit für Fehlwahrnehmungen liegt schon in der menschlichen DNA begründet. Wir Menschen erleben echte Freude – einen messbaren Dopaminschub – wenn wir Informationen verarbeiten, die unsere Überzeugungen unterstützen. Geprüfte Informationen erhalten so durch ein Reich der Fiktionen verführerische Konkurrenz. Fakten und wissenschaftliche begründete Argumente sind dann nur noch eine von mehreren Interpretationsmöglichkeiten und eine sachliche, evidenzbasierte Debatte wird systematisch untergraben.

Der Schutz der Integrität von Debattenräumen ist eine Aufgabe für die Institutionen des Rechtsstaates, aber vor



Foto: © BenJenak

allem auch seiner Bürgerinnen und Bürger. Auch in Debatten und insbesondere in digitalen Debatten brauchen wir die Zivilcourage aller aufrichtigen Demokratinnen und Demokraten.

Und es ist offensichtlich, dass unter solchen Bedingungen die zentralen Aufgaben der politischen Bildung wichtiger und dringlicher sind denn je:

Bürgerinnen und Bürgern Wissen und Kompetenzen vermitteln, mit denen sie sich ein eigenes Urteil bilden und selbstbestimmt Entscheidungen fällen können. Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen, die eigene Situation zu reflektieren, Selbstverantwortung und Verantwortlichkeit für die Gesellschaft zu erkennen, zu übernehmen und gestaltend auf Prozesse einzuwirken.

Genau an dieser Stelle wirkt die politische Bildung flankierend: vor Ort und nah bei den Bürgerinnen und Bürger. Es ist wichtig, dass wir die lokalen Strukturen, die Kommunen als jenen Raum begreifen, in dem sich die Debatten-Demokratie für einen Großteil der Gesellschaft materialisiert. Es ist der Raum, in dem wir lernen, die größere politische, kulturelle, auch religiöse und ethnische Diversität zu berücksichtigen, die sich in unserem Land entwickelt hat. Unterschiede, Widersprüche und sogar Gegensätze werden ein Teil unserer Wirklichkeit bleiben, ob uns das gefällt oder nicht. Diese Pluralität wollen wir aber nicht nur aushalten, sondern wir wollen ihr verstärkt Rechnung tragen – durch Toleranz gegenüber verschiedenen Haltungen, durch Respekt gegenüber dem Anderen, auch dem Fremden. Und durch die Entwicklung einer gemeinsamen Zukunft, die alle gleichermaßen, Alteingesessene wie Neubürger, auf dieselben Grundwerte und demokratischen Regeln verpflichtet und allen eine Perspektive in Wohlstand und Freiheit bietet.

Bürgerinnen und Bürger, die selbst bereit sind Verantwortung zu übernehmen, egal ob in Vereinen, auf lokal-politischer Ebene, in Nichtregierungsorganisationen, Parteien oder anderen Bündnissen und Bewegungen, sie alle stärken das Fundament unserer Demokratie. Wenn es der politischen Bildung gelingt, Menschen in diesem Sinne zu aktivieren, dann ist das das schönste Geschenk, das sich alle, die sich in diesem Bereich engagieren, machen können. Und wer die Arbeit der politischen Bildung, der Bundes- und Landeszentralen kennt, der kann auch mit mehr Optimismus in die Zukunft schauen.

Ich weiß, dass den Bürgern Zumutungen nicht erspart bleiben werden und dass Viele die Demokratie immer wieder mit Skepsis, sogar Ablehnung begegnen werden. Ich weiß, dass es nicht allen Teilen der Bevölkerung leicht fällt, sich dem Wandel und Fortschritt zu stellen und dabei die Risiken nicht zu fürchten. Ich weiß um die anthropologische Konstante der Furcht vor der eigenen Autonomie, der eigenen Verantwortung, letztlich der Furcht vor der Freiheit. Aber ich weiß natürlich auch: Es existiert ebenfalls jene andere anthropologische Konstante: die unauslöschliche Sehnsucht nach Gerechtigkeit, Freiheit und lebenswertem Leben.

Und deswegen lernen es Menschen immer wieder, die in ihnen angelegte Fähigkeit zu Eigenverantwortung wachzurufen. Aus dieser Fähigkeit ist unsere Demokratie erwachsen, aufgrund dieser Fähigkeit hat sich unsere Demokratie immer wieder verändert. Demokratie ist also nicht, Demokratie wird. Sorgen wir also miteinander dafür, dass dieses Werden unter uns lebendig bleibt!

32 Debatten übers Eingemachte

👉 Zum zweiten Mal hat die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung Wahlforen in den Wahlkreisen veranstaltet. Im Vorfeld der Bundestagswahl gab es in den 16 sächsischen Wahlkreisen Diskussionen mit Direktkandidaten und -kandidatinnen. Die Bilanz: Es gab lebendigen und kontroversen Austausch, nah dran am Leben der Menschen – zum Beispiel im Erzgebirge.

von Doreen Reinhard



Zum zweiten Mal hat die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung eine Wahl in Sachsen mit Diskussionsrunden von Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen begleitet. Bereits im Vorfeld der Landtagswahl 2019 hatte die Landeszentrale dieses Format umgesetzt, das Debatten in den Regionen anbietet. Nun gab es vor der Bundestagswahl eine weitere Auflage, mit jeweils zwei Gesprächsrunden in jedem der 16 Wahlkreise. Teilgenommen haben die Direktkandidatinnen und -kandidaten der Parteien mit Fraktionsstatus im Bundestag, von CDU, SPD, AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Insgesamt 3.000 Menschen in Sachsen haben mitdiskutiert. Die Veranstaltungen fanden im Monat vor dem Wahlsonntag unter Pandemiebedingungen statt, mit Abstand und 3-G-Regel.

Den Auftakt gab es am 30. August beim ersten Forum im Wahlkreis 164 Erzgebirgskreis 1 in Annaberg-Buchholz. Ziel der Debatten sei es, „dass möglichst viele Menschen an einer sachlichen Auseinandersetzung teilnehmen können“, sagt der Moderator zur Eröffnung. Bei dieser Runde wird zusätzlich zum Treffen vor Ort

eine digitale Übertragung angeboten. Auch in allen anderen Kreisen wird eine der beiden Debatten auf dem Facebook- und dem YouTube-Kanal der Landeszentrale gestreamt. Bis zum Wahlsonntag haben die Aufzeichnungen der Wahlforen etwa 38.000 Aufrufe. Auch dieses Mal gibt es eine Zusammenarbeit mit den drei großen sächsischen Regionalzeitungen, mit der Freien Presse, der Sächsischen Zeitung und der Leipziger Volkszeitung. Redakteurinnen und Redakteure haben einen Teil der Moderationen übernommen. Neu ist die Kooperation mit der Hochschule Mittweida, Studierende haben im Rahmen ihrer Ausbildung beim technischen Ablauf und der digitalen Übertragung der Foren unterstützt.

Das Prozedere ist bei allen Runden gleich: Jede Diskussion dauert zwei Stunden. An einer Tafel hängen Schwerpunktthemen, von Innerer Sicherheit über Bildung bis Digitalisierung. Die Zuschauerinnen und Zuschauer vor Ort können zu Beginn über ein Abstimmungstool drei Komplexe auswählen, die besprochen werden sollen. Und sie können sich mit Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten wenden.



Nah an der Lebenswirklichkeit

Das Thema, das in Annaberg-Buchholz als wichtigstes Anliegen gewählt, also zuerst diskutiert wird: Gesundheit, Arbeit und Soziales. In der Debatte geht es schnell um die Einkünfte im Erzgebirge, im Kreis gibt es mit 2407 Euro brutto Durchschnittseinkommen die niedrigsten Löhne in ganz Deutschland. Es gäbe zwar viele mittelständische Unternehmen, aber bei den Löhnen sei noch Luft nach oben, darüber sind sich alle Kandidaten in der Runde einig. Die Lösungsvorschläge, der Umgang mit sozialen Leistungen wie Hartz IV, ist verschieden. „Wir haben nahezu Vollbeschäftigung im Kreis“, sagt der CDU-Kandidat Alexander Krauß. „Ich bin dafür, dass jeder Unterstützung bekommt, der Hilfe braucht, aber erwarte von jedem, dass er sich bemüht. Ich finde auch, dass man den Hartz-IV-Satz kürzen kann, wenn man sich nicht anstrengt.“ Clara-Anne Bünger, die Linken-Kandidatin sagt: „Wir müssen über Lohnerhöhungen und Lohngerechtigkeit reden.“ Das sei „ein Zukunftsthema“, damit sich weiterhin genug Menschen im Erzgebirge ansiedeln.

Von den Löhnen geht es zur Rente. Wie soll sie künftig finanziert werden? „Wir wollen, dass alle, auch Politiker und Beamte in die gesetzliche Rente aufgenommen werden“, fordert Silvio Heider, der SPD-Kandidat. Diese Position teilt unter anderem Sebastian Walther von den Grünen und fügt hinzu, dass man „für höhere Löhne kämpfen“ müsse, „darüber kommt man zu höheren Renten“.

Wenn man die Wahlforen beobachtet, fällt auf: Die Diskussionen behandeln die großen Themen der Politik

und sind nah dran an den Lebenswirklichkeiten der Menschen. An den Themen, die sie in ihren Regionen besonders beschäftigen, sei es der anstehende Strukturwandel in den Kohlerevieren der Lausitz oder das Problem mit steigenden Mieten in Leipzig. Von den großen Komplexen wurde ein Thema besonders häufig vom Publikum als Nummer eins gewünscht: Klima, Umwelt und Landwirtschaft.

Im Wahlkreis Erzgebirge I dreht sich diese Diskussion auch um die Entwicklung und den Umgang mit erneuerbaren Energien – und um Windräder, ein umstrittenes Thema in der Region. „Das ist für mich ein rotes Tuch“, sagt Thomas Dietz von der AfD. „Wir sollten uns als Tourismusregion entwickeln. Windräder gehören für mich überhaupt nicht ins Erzgebirge.“ Seine Partei setzt unter anderem auf Kernenergie.

Auch die Vertreter von CDU und FDP sind skeptisch, was den Ausbau von Windenergie angeht. „Windräder sind gut gemeint, aber führen nicht zum Ziel“, sagt die FDP-Kandidatin Ulrike Harzer. Wenn es um erneuerbare Energien geht, sei sie dafür, dass „sich die besten Innovationen am Markt durchsetzen.“ Alexander Krauß von der CDU sagt: „Man kann nicht gegen den Willen der Bevölkerung etwas bauen.“ Sebastian Walther von den Grünen findet, dass mehr Anreize gesetzt werden müssten, um den Ausbau von Windenergie voranzutreiben. „Bei Windrädern müssten Kommunen demokratisch und auch finanziell beteiligt werden, damit sie etwas davon haben. Zum Beispiel über Gewerbesteuern, damit sie Kitabeiträge senken können.“

Sachlich und kontrovers

Die Beteiligung vom Publikum ist rege. Die Zuschauer, die die Debatte online verfolgen, können Fragen per Chat stellen. Wer live vor Ort ist, kann sich direkt an die Runde wenden. Im Erzgebirge geht es bei den Publikumsfragen auch um Corona und Impfungen. Ein Mann will wissen: „Wie stehen sie zu Politikern, die eine Impfpflicht direkt oder indirekt fordern und damit Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen, ausgrenzen lassen wollen?“ Eine Impfpflicht befürwortet keiner der Kandidaten. Alle, außer der AfD-Kandidat, werben fürs freiwillige Impfen. „Die Impfungen schützen einen selbst, die Familienmitglieder und die Menschen um einen herum“, sagt Silvio Heider von der SPD. In der Region sei die Impfquote noch zu niedrig, es sei wahrscheinlich, dass bald eine vierte Coronawelle kommt, „deshalb lassen sie sich bitte impfen“.

Trotz vieler Meinungsunterschiede ist die Gesprächsatmosphäre beim Wahlforum im Erzgebirge ruhig und sachlich – so wie zumeist auch bei den anderen Foren. Die sächsische Polizei ist sensibilisiert, nach Vorkommnissen bei anderen Debatten in Sachsen, bei allen Wahlforen auf Störer zu achten. Polizisten schauen bei den Terminen vorbei. Zu größeren

Unruhen oder Krawall ist es nicht gekommen. Nicht bei allen 32 Foren war jeder der eingeladenen Direktkandidaten anwesend, es gab etwa ein halbes Dutzend Absagen unter anderem wegen Krankheit oder anderer Termine. Die Parteien schickten meist Ersatz-Gesprächspartner aus ihren Reihen. An einem Wahlforum in Dresden hat der AfD-Kandidat Jens Maier auf die Teilnahme verzichtet, weil er sich nicht an die geltenden Corona-Maßnahmen, die 3-G-Regel, halten wollte.

Eine Schwäche des Formats ist ein fehlender Faktencheck. In manchen Debatten äußern Kandidaten falsche Fakten, etwa zum Thema Corona und Impfungen. Hier und da wird es von den Moderatoren oder Kandidaten der anderen Parteien korrigierend aufgegriffen, gelegentlich drehen sich Diskussionen aber schnell um weitere Einwürfe und Themen, so dass kein Raum bleibt für Richtigstellungen. Eine Erfahrung ist, dass die Runden, sowohl Moderatoren als auch Kandidaten, beim Wiedersehen zum zweiten Wahlforum häufig eingespielter sind. Man kennt sich, die Positionen und Abläufe ein bisschen besser, die Diskussionen sind pointierter.

Wir wollen kein braunes Gebilde sein

Auch beim zweiten Wahlforum im Wahlkreis Erzgebirge 1 ist das zu beobachten. Dieses Mal wird in einem Kino in Schwarzenberg diskutiert, etwa 50 Menschen sitzen im Saal und verfolgen die Debatte aufmerksam. Auch hier geht es wieder um niedrige Löhne, Renten und die Wirtschaftskraft der Region, aber es kommen auch neue Themen auf. Eine Frau aus dem Publikum findet, die Gegend habe einen schlechten Ruf, einige Menschen würden nicht gern herziehen, zum Beispiel dringend benötigte Mediziner, denn es gäbe wenig Weltoffenheit und viele Rechtsradikale. Sie will wissen: „Was wollen wir machen, damit das Erzgebirge gesellschaftlich ein anderes Image bekommt?“ Thomas Dietz von der AfD ist empört über diese Einschätzung. „Das ist eine Diffamierung der Bürger im Erzgebirge“, sagt er. Er habe oft Besuch von außerhalb. „Ich habe noch von niemanden gehört, dass die Leute Angst haben vor Rechtsradikalen.“

Der CDU-Kandidat Alexander Krauß sagt, er verschenke gern Räuchermänner an Menschen von außerhalb, um für das Erzgebirge zu werben. „Man kann im Erzgebirge gut leben“, sagt er. „Dass hier alles ganz schlimm und schrecklich ist, das sehe ich nicht so.“ Dennoch dürfe man nicht außer Acht lassen, dass es in der Gegend auch Rechtsradikale gäbe, aber „es gibt bei uns im Landkreis eine Mehrheit, die findet, dass wir kein braunes Gebilde sein wollen“.

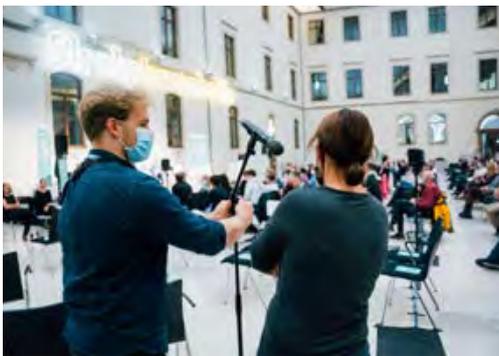
Die Linken-Kandidatin Clara-Anne Büniger sieht das anders. „Man muss konstatieren, dass wir ein Problem haben in Bezug auf rechte Gewalt“, sagt sie. „Das heißt nicht, dass man alle Menschen über einen Kamm schert.“ Sie wünscht sich mehr Unterstützung für Initiativen und zivilgesellschaftliche Bündnisse, die sich gegen Rechtsextremismus im Erzgebirge engagieren.

Transparenz und Chancengleichheit

Roland Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, zieht insgesamt eine positive Bilanz zur zweiten Auflage der Wahlforen in den Kreisen. „Wir hatten sehr spannende, lebendige und kontroverse Diskussionen“, sagt er. „Wir haben für Sachsen Foren geboten, wo es ums Eingemachte ging, und einen Beitrag geleistet, dass Debatten stattfanden.“

Auch von den Kandidaten und Kandidatinnen der verschiedenen Parteien habe es positive Rückmeldungen gegeben, „oft kam das Feedback, das sich das Format lohnt, weil es Transparenz und Chancengleichheit schafft“.

Mit den Teilnehmerzahlen ist Löffler zufrieden. Je nach Wahlkreis sei der Zuspruch unterschiedlich gewesen, mal kamen knapp 150 Menschen zu einem Forum, mal um die 50 Menschen. Er hofft dennoch, dass die Wahlforen bei der nächsten Auflage noch mehr Breitenwirksamkeit entfalten. „Ich hatte bei etlichen Foren das Gefühl, dass Unterstützer von Parteien einen Teil des Publikums ausmachen. Das ist einerseits gut, weil es zeigt, dass die Parteien dieses Format schätzen“, sagt er. „Aber ich würde mir wünschen, dass noch mehr breite Bevölkerung kommt, zum Beispiel ein Lehrer mit seinem Leistungskurs oder ein Pfarrer mit seiner Kirchgemeinde.“



Eine robustere Russlandpolitik für die EU

Ein Debattenbeitrag von Dr. Susan Stewart von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. Sie diskutierte ihre Thesen in vier Veranstaltungen unter dem Titel „Wie spricht man mit dem Kreml? Neue Ära der deutsch-russischen Beziehungen“. Ihr Artikel „Eine robustere Russlandpolitik für die EU“ erschien im Blog der SLPB im März 2021.



Zurschaustellung militärischer Potenz durch die russische Armee bei einer Parade auf dem Roten Platz in Moskau am 9. Mai 2021.
Foto: IMAGO / ITAR-TASS

Seit der Krimannexion und dem Beginn des Kriegs in der Ostukraine im Frühjahr 2014 befindet sich die EU überwiegend im Modus des Krisenmanagements vis-à-vis Russland. In den letzten sechs Jahren hat sich erwiesen, dass die russischen Handlungen gegenüber der Ukraine keine einmalige Krisensituation bilden, sondern Ausdruck einer Politik sind, die Souveränität und territoriale Integrität anderer Staaten verletzt und keinen Kompromiss mit westlichen Akteuren in der Nachbarschaft sucht. Damit verbunden ist ein Ansatz, der zum Ziel hat, die EU und viele ihrer Mitgliedstaaten zu schwächen. Schließlich hat nicht nur der Fall Alexej Nawalnyj gezeigt, dass die russische Führung bereit ist, brutale Methoden anzuwenden, um die Entstehung einer tragfähigen politischen Opposition zu verhindern. Die EU braucht eine Russlandpolitik, die in der Lage ist, mit einem solchen Russland effektiver umzugehen.

Zu den großen Erfolgen der EU-Russlandpolitik zählt, dass sich alle Mitgliedstaaten im Frühjahr 2014 auf Sanktionen gegen Russland einigen konnten und dass diese immer noch in Kraft sind. Zwar war es unrealistisch zu glauben, die Sanktionen allein könnten die russische Führung zu einem Umdenken in Bezug auf die Ukraine bewegen. Dennoch waren und sind die restriktiven Maßnahmen ein wichtiges und seltenes Signal der Einheit der EU vis-à-vis Russland, das in Moskau mit großer Überraschung wahrgenommen wurde. Die Versuche des russischen Regimes, die Sanktionen loszuwerden, zeigen, dass diese die Führung des Landes auf verschiedene Weise treffen. Wieder einmal offensichtlich wurde dies am Anfang der Covid-19-Pandemie, als Wladimir Putin im Rahmen der Vereinten Nationen vorschlug, alle bestehenden Sanktionen als Zeichen von Solidarität in der Gesundheitskrise zu kassieren.

Probleme des EU-Ansatzes

Die Sanktionen wurden im März 2016 durch fünf Prinzipien ergänzt, die den heutigen Umgang der EU mit Russland bestimmen: 1) vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, 2) Ausbau der Beziehungen zu den Staaten der Östlichen Partnerschaft (ÖP) und Zentralasiens, 3) Stärkung der Resilienz innerhalb der EU gegenüber Bedrohungen aus Russland, 4) selektives Engagement mit Russland in Bereichen wie Naher Osten, Terrorismusbekämpfung und Klimawandel, 5) Ausbau zwischenmenschlicher Kontakte und Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft. Diese Prinzipien, vorgeschlagen von der damaligen Hohen Vertreterin Federica Mogherini und gebilligt von allen EU-Außenministerinnen und -ministern, haben die vor 2014 existierende Russlandpolitik de facto ersetzt. Alle damaligen Instrumente – Verhandlungen über ein neues Abkommen und über Visaliberalisierung, die »Vier Gemeinsamen Räume« der Kooperation, die Partnerschaft für Modernisierung und regelmäßige EU-Russland-Gipfeltreffen – wurden auf Eis gelegt und bisher nicht wieder aufgenommen. Eine Rückkehr zum Status quo ante erscheint derzeit undenkbar.

Die fünf Prinzipien weisen auf Schwächen der EU-Außenpolitik hin. Gerade hinsichtlich Russland gehen die Interessen der Mitgliedstaaten seit vielen Jahren weit auseinander. Die Prinzipien sind der kleinste ge-

meinsame Nenner für die Gesamt-EU, über den hinauszugehen weder möglich noch gewollt zu sein scheint. Vorrang für das eine oder andere Prinzip könnte zudem eine erneute Russlanddebatte im EU-Rahmen auslösen und so den fragilen Konsens gefährden. Die Prinzipien bilden kein stimmiges Ganzes, und es ist nicht zu erkennen, dass sie in den letzten Jahren konsequent und wirksam mit Leben erfüllt worden wären.

Dies ist zum Teil verständlich. Die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ist unrealistisch, weil die Ziele Russlands und der Ukraine in Bezug auf den Donbas inkompatibel sind. Ein Ausbau der EU-Beziehungen zu den anderen postsowjetischen Staaten findet im Rahmen der Östlichen Partnerschaft und der Zentralasien-Strategie statt. Diese Initiativen sind wichtig und müssen fortgesetzt werden. Allerdings kann die EU als schwacher Akteur besonders auf dem Feld der harten Sicherheit den Hauptsorgen dieser Staaten oft nicht Rechnung tragen. Was das selektive Engagement betrifft, ist es schwierig, mögliche Felder zu finden, wo eine Zusammenarbeit mit Russland über die schon bestehende hinaus sinnvoll wäre. Dies liegt vor allem daran, dass die russische Führung die Brüsseler Institutionen wenig ernst nimmt und diese sowie die Mitgliedstaaten schwächen will. Unter diesen Umständen ergäbe eine vertiefte Kooperation wenig Sinn.

Resilienz und gesellschaftliche Kontakte als Schwerpunkte

Im Hinblick auf die direkte Beziehung zu Russland bleibt also nur, sich auf die Prinzipien 3 und 5 zu konzentrieren, also erstens die EU und ihre Mitgliedstaaten resilienter zu machen und zweitens Kontakte zwischen den (Zivil-) Gesellschaften auszubauen. Im Rahmen der fünf Prinzipien richtet sich das Streben nach mehr Resilienz zwar in erster Linie gegen Russlands Versuche, der EU und ihren Mitgliedstaaten durch kalkulierte Maßnahmen zu schaden. Doch die Anstrengungen der EU können positive Effekte weit über den Umgang mit Russland hinaus haben, da auch andere Akteure ähnliche Strategien gegen die EU anwenden. Der Ausbau (zivil)gesellschaftlicher Kontakte weckt bei der russischen Führung Befürchtungen vor einer erstarkenden Opposition in Russland bis hin zu einem

von außen unterstützten Regimewechsel. Sowohl die Gesetzgebung zu zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch der russische Umgang mit dem Petersburger Dialog offenbaren, dass die Führung weitgehende Kontrolle über die Entwicklung dieses Bereichs ausüben will. Von daher geht es weniger um Zusammenarbeit mit offiziellen russischen Stellen und mehr um gesellschaftliche Kooperationen. Diese können durch die Institutionen der EU und jenen in den Mitgliedstaaten gefördert werden, wie zum Beispiel im EU-Russland-Zivilgesellschaftsforum. Im deutschen Kontext ist solche Förderung unter anderem beim Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Zentralasien angesiedelt.

Koalitionen als gangbarer Weg

Ein Weg zu einem effektiveren Ansatz könnte über Koalitionen von Mitgliedstaaten führen, die in einem oder mehreren Bereichen der bestehenden Russlandpolitik ähnliche Ziele verfolgen. Solche Koalitionen könnten die Prinzipien 3 und 5 mit Leben erfüllen, indem sie gegen bestimmte russische Handlungen vorgehen, wie etwa Desinformation, Geldwäsche oder Cyberangriffe. Auch dort, wo es darum geht, bestimmte Gruppen in Russland zu unterstützen, könnten Koalitionen aktiv werden, etwa bei Visafragen und zivilgesellschaftlicher Kooperation. Dies wird leichter sein, als sämtliche Prinzipien auf EU-Ebene neu zu justieren, denn einige Mitgliedstaaten hegen starke Präferenzen für einzelne Prinzipien.

Als Beispiel für den Beginn einer solchen Zusammenarbeit kann die gemeinsame Erklärung Frankreichs, Lettlands und Litauens vom September 2020 dienen. Darin befürworten sie Maßnahmen, welche die Sicherheit von Wahlen erhöhen und gegen Desinformation gerichtet sind. Auch wenn die Erklärung nicht explizit auf Russland zielt, sind viele der angesprochenen Maßnahmen auch und gerade im Hinblick auf Russland relevant. Die drei Staaten regen an, die EU möge in diesem Bereich aktiver handeln, im Sinne des am 3. Dezember präsentierten European Democracy Action Plan. Es ist wichtig, dass Frankreich, Lettland und Litauen an die Brüsseler Ebene appellieren. Der Sinn der in dieser Analyse angedachten Kooperation läge allerdings darin, dass die interessierten Mitgliedstaaten aus eigenem Antrieb handeln, ohne darauf zu warten, dass ihr Ansatz zu einer Politik der Gesamt-EU wird.

Im Fall der erwähnten Erklärung würden also alle drei Staaten gemeinsam Bilanz über die Ressourcen und Maßnahmen ziehen, die sie für die Sicherheit von Wahlen und gegen Desinformation verwenden bzw. ergreifen. In einem zweiten Schritt würden sie künftig ihre Handlungen in diesen Feldern koordinieren und nach Synergienmöglichkeiten suchen. Hierbei könnten sie an bestehende EU-Maßnahmen anknüpfen, zum Beispiel den Gemeinsamen Aktionsplan gegen Desinformation, und diese durch nationales Handeln stärken.

Was zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit anbelangt, verfügen Aktivistinnen und Aktivisten zum Beispiel in Deutschland, Polen, Schweden, Finnland und der Tschechischen Republik über umfangreiche Kontakte mit geeigneten russischen Akteuren und könnten von einem systematischen Austausch untereinander

profitieren. Das würde es erleichtern, kreative Wege zu finden, mit den zahlreichen Hürden umzugehen, denen sich zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit in Russland gegenübersteht. Offizielle Unterstützung materieller und immaterieller Art in den entsprechenden Mitgliedstaaten könnte hierzu einen Beitrag leisten.

Der hier vorgeschlagene Ansatz ist möglicherweise riskant, weil Außenpolitik fürs erste wieder stärker auf die Ebene der Nationalstaaten verlagert würde. Dennoch liegt ihm die Idee zugrunde, über den einzelnen Nationalstaat hinauszugehen. Die Stärke des Vorhabens läge darin, dass eine Reihe von interessierten Mitgliedstaaten sich in dem jeweiligen Bereich einigen und mit vereinten Kräften handeln würde. Ähnliche Koalitionen von betroffenen EU-Mitgliedstaaten könnten sich weiteren Vorhaben widmen: Um die Geldwäsche durch Russland einzudämmen, könnten sich beispielsweise Deutschland, Estland, Lettland, Dänemark, Schweden und Polen zusammenschließen. Um gegen Cyberangriffe vorzugehen, könnten unter anderem Deutschland, Estland, Finnland, Schweden und die Niederlande eine Koalition bilden. Hier könnten sich bestehende Bekämpfungsstrategien ergänzen. Selbst wenn eine Zusammenarbeit bereits existiert, ergäbe es Sinn, sie als gemeinsame Initiative zu bündeln und damit auszuweiten. Auf diese Weise ließen sich Verbindungen zwischen Mitgliedstaaten stärken, Aspekte einer gemeinsamen Russlandpolitik sichtbar machen sowie EU-Bürgerinnen und -Bürger weiter für den Ernst der Lage sensibilisieren.

Problematisch wäre, wenn konkurrierende Gruppen von Mitgliedstaaten zwei sich widersprechende Politiken ausarbeiteten. Mit klugen Interventionen könnte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, dies verhindern oder auf einen Kompromiss hinwirken.



Der Mehrfachraketenwerfer TOS-1 für Raketen mit thermobarischen Sprengköpfen gilt als Russlands gefährlichste konventionelle Waffe. Präsentation bei einer Militärparade in Moskau. Foto: IMAGO / ITAR-TASS

Entwicklung der EU-Außenpolitik

Eine Vorgehensweise, die dem oben skizzierten Ansatz folgt, kann zudem auf weiteren bestehenden Initiativen aufbauen und dazu beitragen, die deutsch-französische Zusammenarbeit im Sinne des Aachener Vertrages zu intensivieren. Sowohl Deutschland als auch Frankreich haben in letzter Zeit versucht, eine vertiefte Kommunikation mit den östlichen EU-Mitgliedstaaten über die Politik vis-à-vis Russland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft zu betreiben. Die Reisen des französischen Präsidenten Macron nach Warschau im Februar 2020 sowie nach Lettland und Litauen im September 2020 zeugen von dieser Absicht auf Seiten Frankreichs. Sie fügen sich in Macrons breitere internationale Initiative ein, die unter anderem einen strategischen Dialog mit Russland anstrebt. Ähnliche hochrangige Anstrengungen gibt es auf der deutschen Seite, zum Beispiel gegenüber Polen und Litauen. Außerdem existiert eine Reihe von Dialogen auf Expertenebene.

Deutschland und Frankreich könnten sich also zusammenschließen und gezielt nach Gemeinsamkeiten mit den Partnern im Osten der EU suchen. Es ginge weniger darum, sich auf eine einheitliche Linie in Bezug auf Russland insgesamt zu verständigen. Vielmehr würde man ausloten, wo es mit mehreren östlichen EU-Mitgliedstaaten Schnittstellen gibt, und sich in diesen Teilbereichen auf gemeinsame oder koordinierte Handlungen verständigen.

Allerdings gilt es, über den bisherigen Ansatz hinauszugehen. Dieser scheint darin zu bestehen, den deutschen bzw. den französischen Standpunkt zu kommunizieren und die Meinung der anderen Seite besser zu verstehen, ohne eine Konvergenz der Positionen anzustreben. Sowohl die deutsche als auch die französische Seite sind wohl bereit, auch die Interessen der

östlichen Mitgliedstaaten im Dialog mit Russland zu vertreten. Wenn aber nicht wesentlich mehr Vertrauen aufgebaut wird, scheint diese Idee wenig überzeugend. Vielversprechender wäre der Versuch, Stimmen aus diesen Staaten in einen wie auch immer gearteten Dialog mit oder über Russland einzubinden. Dies würde auch dafür sorgen, dass die Beziehungen zu den ÖP-Staaten besser berücksichtigt werden, weil Akteure zum Beispiel in Polen und Litauen über besonders enge Kontakte zu Belarus und der Ukraine verfügen.

Zudem sollte eine deutsch-französische Kooperation in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der russischen Zivilgesellschaft ausgelotet werden. Gerade weil der Petersburger Dialog auf der deutschen und der Trianon-Dialog auf der französischen Seite unterschiedliche Ansätze verfolgen, würde es sich lohnen, sich über bisherige (Miss-)Erfolge auszutauschen und gegebenenfalls gemeinsame Botschaften an die russische Führung in Hinsicht auf deren Umgang mit der Zivilgesellschaft zu formulieren.

Wichtig bei der Entwicklung von Koalitionen ist, dass die beteiligten Mitgliedstaaten ihren Willen erklären, ihre Politik in einen EU-Ansatz einzubetten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Mitgliedstaaten und Brüssel wird essentiell sein, damit die Teilansätze auf Dauer die EU-Russlandpolitik stärken helfen, statt sie zu schwächen. Ein solcher Versuch birgt die Chance, Teile des bestehenden Ansatzes mit mehr Inhalt zu füllen und die EU in bestimmten Feldern resilienter zu machen, in denen sie nicht nur, aber auch mit destruktiven russischen Handlungen der letzten Jahre konfrontiert ist. Insofern könnten Teilansätze einen Beitrag zur Entstehung einer robusteren EU-Außenpolitik insgesamt leisten, die durch wechselnde Koalitionen von Mitgliedstaaten angestoßen wird.



Zwischenstand beim Miteinander von Menschen und Maschinen

Um die Fortschritte und Probleme bei digitaler Bildung ging es bei der diesjährigen Partnerkonferenz der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung im Dresdner Hygienemuseum. Dabei gab es Denkanstöße von Marina Weisband und Julian Nida-Rümelin.

von Doreen Reinhard

Viele Pioniere des Internets sind mit Träumen von Freiheit gestartet. Sie haben gehofft, dass das Netz zum unendlichen Raum der Möglichkeiten werden würde, im positiven Sinn. Roland Löffler, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB), war bei solchen Visionen von Anfang an ein wenig skeptisch. Das konstatiert er in seiner Begrüßung zur diesjährigen Partnerkonferenz der SLpB, die am 15. November im Dresdner Hygienemuseum unter dem Motto „Digitale Bildung und der Faktor Mensch. Herausforderungen für die politische Bildung“ stattgefunden hat. Es war die Auftaktveranstaltung der bundesweiten Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“.

„Es scheint mir, dass wir noch einen hohen Berg besteigen müssen“, sagt Löffler. „Anscheinend befinden wir uns gerade irgendwo zwischen gut ausgebauten Trampelpfaden und gefährlichen Brocken und Felsen, die wir Hate Speech oder Verschwörungstheorien nennen. Das alles beschäftigt uns in der politischen Bildung sehr.“

Digitale Bildung. Ein Zwischenstand

Das Thema Digitalisierung ist während der Corona-Pandemie aktueller denn je. Es gibt Errungenschaften wie E-Learning und virtuelle Formate, die Teilhabe ermöglichen. Aber im virtuellen Raum tun sich auch Problemfelder auf, es gibt Fake News und Hass im Netz. Die Konferenz soll einen Zwischenstand abbilden: Wo steht Deutschland, wo steht Sachsen? Er hoffe, dass das Treffen „ein Beitrag zur kritischen und reflektierten Medienbildung sein kann“, sagt Roland Löffler.

Zum Zeitpunkt der Konferenz steigt die Zahl der Corona-Infektionen in Sachsen dramatisch. Die Veranstaltung findet mit 2G-Regeln und begrenzter Teilnehmerzahl statt. Es gibt unter anderem Workshops und einen Markt der Möglichkeiten mit Partnerorganisationen der Landeszentrale. Außerdem Impulsvorträge und eine Diskussion am Vormittag, die digital gestreamt werden, dafür sind zwei prominente Redner eingeladen.

Wissen entsteht erst durch Zusammenhänge

Julian Nida-Rümelin, Philosoph und ehemaliger Kulturstatsminister, beschäftigt sich auf der Bühne im Hygienemuseum mit dem Thema in philosophischen Zusammenhängen. Er analysiert, was „Digitaler Humanismus“ bedeutet. Grundlagen der humanistischen Praxis seien schon von Vordenkern der Antike wie Platon und Aristoteles behandelt worden. Sie haben Werte wie „Wahrheit“ und „Wohlbegründetheit von Wissen“ diskutiert. Diese Gedanken aus der Antike seien heute mehr denn je gültig - in Zeiten von überbordendem digitalem Content, in man sich verlieren kann. „Wissen entsteht erst durch die Einordnung von Daten in einen wohlbegründeten Zusammenhang“, erklärt Nida-Rümelin. Es sei wichtig, „Orientierungswissen“ zu schaffen. Das könnten nur Menschen leisten, keine Maschinen, denn: „Wir gestalten, nur Menschen haben Verantwortung.“

Den zweiten Impulsvortrag hält Marina Weisband, Psychologin, früher Politikerin der Piratenpartei. Sie ist digital zugeschaltet und erklärt zu Beginn, dass diese Möglichkeit auch für sie Teilhabe bedeutet, denn sie ist chronisch krank.

Vor zehn Jahre habe sie zu „den großen Optimisten des Internets“ gehört. „Ich dachte, Partizipation könnte so einfach wie nie sein.“ Aber dann sah sie, neben vielem Positivem, auch immer mehr Probleme: „Das Internet vernetzt auch schreckliche Menschen miteinander“, sagt sie.

Der Einfluss der neuen Rechten sei gewachsen, Desinformationen hätten sich verbreitet, es sei viel schwieriger geworden, mit faktenbasierter Wahrheit durchzudringen.





Partnerkonferenz mit Corona-Abstand im Deutschen Hygienemuseum in Dresden. Foto: © BenJenak

Selbstwirksamkeit analog und digital

Weisband konzentriert sich, neben der Analyse, auf Verbesserungsvorschläge. Auf der einen Seite gebe es einen „gefühlten Kontrollverlust“, im analogen wie im digitalen Raum. Dem entgegensetzen könne man Erfahrungen von „Selbstwirksamkeit“. „Ich habe zwei Orte identifiziert, an denen das gut geht: die Kommune und die Schule“, sagt Weisband. Sie ist viel an Schulen unterwegs, unter anderem mit dem Projekt „Aula“, dabei gehe es um solche Prozesse. Wie kann man lernen, Kompromisse zu finden und Projekte umzusetzen? Erfolgserlebnisse seien oft schon kleine Dinge, zum Beispiel ein neuer Fahrradständer an einer Schule, den man gemeinsam durchgesetzt habe. Um solche gelungenen Erfahrungen zu schaffen, brauche es einen Wandel, auch beim Personal an Schulen, „von Autoritäten zu Gestaltern“.

Anschließend diskutierten Julian Nida-Rümelin und Marina Weisband miteinander. In vielem sind sie sich einig, in der Debatte geht es vor allem um Anstöße für die Praxis. Aus dem Publikum kommt die Frage: Wie gelingt es, dass Lehrer sich selbstwirksam erleben, bei all den Vorgaben, die sie für ihre Arbeit bekommen? „Natürlich können wir nichts beibringen als PädagogInnen, was wir selbst nicht erleben“, antwortet Marina Weisband. „Deshalb braucht es mehr Gestaltungsfreiräume, das ist auch eine Frage von Ressourcen.“ Mehr Zeit und Personal sei nötig. Es wird auch diskutiert, ob es neue Formen der Wissensvermittlung und andere Schulfächer braucht. „Ich bin für weniger als mehr Fächer“, sagt Nida-Rümelin. „Es wäre sinnvoller die Inhalte der verschiedenen Fächer an Projekten aufzuhängen.“

Wir gestalten Entwicklung

Abschließend ist von beiden ein Blick in die Glaskugel gefragt: Wie sieht digitale Bildung in 20 Jahren aus? Werden Menschen noch analog zusammenkommen oder spielt sich alles am Bildschirm ab? Kopfschütteln bei Julian Nida-Rümelin, eine Voraussage will er nicht wagen. Denn vieles, was früher für die digitale Welt prognostiziert wurde, sei dann doch ganz anders

gekommen. „Wir gestalten Entwicklung.“ Marina Weisband hofft, dass mehr über „die richtigen Werkzeuge“ aufgeklärt wird, um Teilhabe und Vernetzung konstruktiv zu ermöglichen. Sie glaubt, trotz allem digitalen Fortschritt, an Live-Begegnungen. „Wenn wir die Möglichkeit haben, werden wir uns immer von Angesicht zu Angesicht treffen.“

Orientierungswissen ist gefragt

📍 **Am 15. November starteten die bundesweiten Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“ – mit zahlreichen Veranstaltungen rund um das Thema Digitalisierung und Medienkompetenz. Die Landeszentralen sowie die Bundeszentrale für politische Bildung haben dieses Format 2017 ins Leben gerufen. Die Aktionstage finden seitdem jedes Jahr statt, 2021 wurden sie von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung koordiniert. Ein Gespräch mit Dr. Annette Rehfeld-Staudt und Fabian Soding vom Referat „Politische Bildung online“ der SLpB.**

Das Gespräch führte Silke Nora Kehl

Im europäischen Vergleich gilt Deutschland nicht gerade als Vorreiter in Sachen Digitalisierung. Was hat sich da durch die Corona-Pandemie verändert? Hat unsere Gesellschaft im Hinblick auf digitale Formate – insbesondere auch digitale Bildungsformate – einen großen Schritt nach vorn gemacht?

Annette Rehfeld-Staudt: Was die digitale Ausstattung und die Infrastruktur betrifft, liegt Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern tatsächlich sehr zurück – dieses Defizit haben wir in der Situation der Pandemie deutlich gespürt. Zwar haben einige netzpolitische Akteure und Experten schon vor Jahren gesagt: „Deutschland ist viel zu rückständig in Sachen Digitalisierung.“ Wirklich ernst genommen wurde das aber nicht.

Erst während der Corona-Pandemie rückte das Thema in den Fokus. Denn uns wurde täglich vor Augen geführt, wo es an technischem Equipment mangelt – etwa an Schulen oder in Familien – oder dass viele Haushalte kein funktionierendes WLAN haben. Dadurch ist ein viel breiteres Bewusstsein für die Bedeutung der Digitalisierung entstanden.

Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass Digitalisierung nicht nur an Ausstattung und Technik hängt, sondern auch an Wissen, Können und der Umsetzung. Ich glaube, das hat sich vor allem in den Schulen gezeigt: Allein durch die Anschaffung von Geräten auf neuestem

Stand der Technik ist man ja nicht automatisch in der Digitalisierung angekommen. Sondern erst dann, wenn Lehrer mit diesen neuen Medien umgehen können und sie tatsächlich in ihren Unterricht mit einbeziehen.

Fabian Soding: Dem pflichte ich komplett bei. Der größte Schritt, den wir durch Corona gemacht haben, liegt in der Schärfung unseres Bewusstseins. Es ist gesamtgesellschaftlich angekommen, dass etwas geschehen muss. Sowohl was die Ausstattung als auch was Verfahren, Prozesse und Organisation betrifft. Auch in Bezug auf die Gesetzeslage muss etwas passieren, da in einigen deutschen Gesetzen der Bereich Digitalisierung noch gar nicht mitbedacht ist. Ich bin gespannt, was die neue Bundesregierung dazu auf den Weg bringt.

Worin genau besteht der von Ihnen erwähnte Schub, den Corona in Sachen Digitalisierung mit sich gebracht hat? Können Sie kurz ein paar Beispiele nennen?

Annette Rehfeld-Staudt: Viele Schulen verwenden inzwischen digitale Plattformen wie beispielsweise Moodle, in den Büros werden selbstverständlich Besprechungen per Videokonferenz durchgeführt und Webinare gehören inzwischen zum Angebot der meisten Weiterbildungseinrichtungen.

Fabian Soding: Zu dem erwähnten gewachsenen Bewusstsein für die Notwendigkeiten und Probleme in dem Feld Digitalisierung gab es im April 2021 eine Stellungnahme des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu den Lehren aus der Corona-Krise für die Digitalisierung in Deutschland. Die im Fazit enthaltenen Empfehlungen sind relativ ausführlich und konkret. Sie fassen den Stand der Problemerkennung gut zusammen. Wie jetzt gehandelt wird, müssen wir weiter beobachten.

Als Auftakt der diesjährigen bundesweiten Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“ findet am 15. November die Partnerkonferenz der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung statt. Zum Thema: „Digitale Bildung und der Faktor Mensch“. Sie haben diese Konferenz inhaltlich maßgeblich mitgestaltet. Wer nimmt an ihr teil und um was genau geht es?

Annette Rehfeld-Staudt: Unsere jährlich stattfindende Partnerkonferenz richtet sich an die Multiplikatoren im Bereich der politischen Bildung. Also an unsere Partnerorganisationen, mit denen wir gemeinsam Veranstaltungen machen. Und wir alle haben in den letzten anderthalb Jahren von einem zuvor fast komplett analogen Betrieb auf überwiegend digitale Veranstaltungsformate umgestellt. Für Konzepte war so gut wie gar keine Zeit. Deswegen nutzen wir die Partnerkonferenz 2021 für eine gemeinsame Reflexion: Was hat es mit uns als Bildungsträgern gemacht, von heute auf morgen in digitale Formate zu wechseln? Arbeiten wir jetzt ganz anders als vorher? Welche Erfahrungen haben wir gemacht? Was hat gut geklappt, was hat nicht geklappt?

Widmet sich die Partnerkonferenz damit erstmals einem digitalen Hauptthema?

Fabian Soding: Auf jeden Fall. In den Jahren davor haben wir uns oft mit methodischen Fragen auseinandergesetzt. Dabei ging es schon auch mal um digitale Themen, aber eher am Rande. Tatsächlich ist bei unserer Partnerkonferenz Digitalisierung zum ersten Mal das Leitthema der Konferenz. Spannend werden sicher die Inputs von unseren Vortragenden, Professor Julian Nida-Rümelin und Marina Weisband, und der anschließende Austausch der Partnerinnen und Partner im Barcamp.

Medienkompetenz und digitale Bildung sind der rote Faden der bundesweiten Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“. Das Angebot an Veranstaltungen ist inhaltlich sehr vielfältig. Was sind aus Ihrer Sicht aktuell die wichtigsten Themen?

Fabian Soding: Phänomene wie Desinformation oder „Fake News“ sind ein ganz zentrales Problem unserer Zeit: Das haben die Coronapandemie und die damit einhergehende Informationsflut aus den unterschiedlichsten, oftmals unseriösen Quellen gezeigt. Das spiegelt sich auch in den Veranstaltungen, die für die Aktionstage 2021 eingereicht wurden und überschneidet sich eng mit dem Thema Verschwörungs-Narrative. Weitere wichtige Themen sind Geschlechtergerechtigkeit, Antisemitismus- und Rassismus-Prävention im Netz, Künstliche Intelligenz sowie digitale Inklusion.

Annette Rehfeld-Staudt: Was die Medienkompetenz betrifft, müssen wir immer wieder feststellen, dass viele Menschen die Masse an Informationen aus dem Netz nicht kritisch einordnen können. Zu überprüfen, aus welcher Quelle Informationen kommen, wäre aber sehr wichtig. Da ist ein großer Bedarf an Weiterbildung: Wie lerne ich zu filtern, woher weiß ich, was seriöse Quellen sind und was nicht? Da ist Orientierungswissen gefragt.

Wo setzen die Landeszentralen für politische Bildung als Veranstalter der Aktionstage, an? In welchen Formaten und in welchem Rahmen lässt sich Medienkompetenz vermitteln?

Annette Rehfeld-Staudt: In unseren Angeboten versuchen wir, aufzuzeigen, wie die Nutzerinnen und Nutzer die Entwicklungen im Netz einordnen können. Um ein Beispiel zu nehmen: Wer soziale Plattformen und Netzwerke nutzt, sei es Facebook, Instagram, Snapchat, TikTok oder You Tube, sollte immer auch kritisch hinterfragen: Was sind die Interessen dieser Netzwerke? Werden hier wirklich relevante Informationen verbreitet oder geht es vor allem darum, Traffic, Follower und Aufmerksamkeit zu schaffen? Zur kritischen Nutzung gehört auch die Frage, was mit unseren Daten geschieht, die wir den Netzwerken preisgeben.

Fabian Soding: Die Aktionstage selbst sind ein wichtiges Weiterbildungs-Format. Hier vernetzen sich die 16 Landeszentralen für politische Bildung und stimmen sich zu aktuellen netzpolitischen Themen ab. Aus diesem fachlichen Austausch entsteht dann ein vielfältiges Veranstaltungsangebot. Eine ganze Woche steigen wir tief in das Thema Netzpolitik und Demokratie ein: In zahlreichen Workshops, Seminaren und Diskussionen, der sich an Bildungsträger – unter anderem an Schulen –, an Multiplikatorinnen und Teilnehmer bundesweit richtet.

Wir haben über Gefahren der digitalen Mediennutzung und einen großen Weiterbildungsbedarf gesprochen. Worin sehen Sie denn das Potential und die Chancen der Digitalisierung?

Fabian Soding: Natürlich ist es toll in einer Zeit zu leben, in der ich 24 Stunden am Tag und weitestgehend kostenfrei Zugang zum Wissen der Welt habe – und auch mit dieser Welt kommunizieren kann. Diese Romantik aus den Anfangstagen des Internets überwiegt trotz aller Schwierigkeiten bei mir immer noch die Wahrnehmung.

Bei genauerem Hinsehen gibt es ja so gut wie keinen Lebensbereich mehr, der nicht in der einen oder anderen Weise digitalisiert worden ist. Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe an – und Orientierung in – dieser digitalisierten Welt. Politische Bildung kann sich außerdem dem digitalen Feld schon alleine deswegen nicht verschließen, weil auch dort unsere Zielgruppe ist. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, uns online zu erreichen, unsere Angebote dort vorzufinden und an diesen auch teilhaben zu können.



Geringes Wissen über Medien – Desinteresse ist größtes Problem

Erste repräsentative Studie zur Medienkompetenz in Sachsen

Im Oktober veröffentlichte die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung die erste repräsentative Studie zur Medienkompetenz in Sachsen. Gemeinsam mit den Autoren Dr. Benjamin Bigl und Markus Schubert stellt die SLPB die zentralen Ergebnisse bei einer Pressekonferenz in Dresden vor.

41 Prozent der sächsischen Bevölkerung stimmten der Aussage zu, dass es zu den Funktionen der Medien gehört, „das politische Geschehen zu kontrollieren“. 22 Prozent der Befragten sind überzeugt, dass Medien „den Interessen von Staat und Kapital zu dienen“ hätten. Gerade einmal 39 Prozent stimmen zu, dass sie „die ‚Mächtigen‘ kritisch zu beobachten“ hätten.

Diese Befunde stimmen nachdenklich, denn „Medienkompetenz ist auch Demokratiekompetenz“, so Dr. Roland Löffler, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung. „Denn nur wer Quellen, Akteure und deren Interessen erkennen und kritisch hinterfragen kann, kann selbstbestimmt am demokratischen Diskurs teilnehmen. Deswegen liegt uns die Veröffentlichung der Studienergebnisse besonders am Herzen.“

Für die Autoren der Studie, Benjamin Bigl und Markus Schubert, ist Medienkompetenz eine elementare Schlüsselkompetenz im digitalen Zeitalter. „Auch im

Kontext der jüngsten Wahlergebnisse sind unsere Befunde problematisch“, so Benjamin Bigl. Die größten „Wissenslücken“ attestieren sie der Gruppe der jüngeren Erwachsenen (bis 35 Jahre), die „bedenklichsten Einstellungen gegenüber Medien und Journalismus“ der Altersgruppe der über 50-Jährigen. Für den Teil der ab 66-Jährigen machen sie dafür „Prägungen der Nachkriegszeit“ verantwortlich, für die jungen Erwachsenen bis 35 hingegen „mangelhaftes schulisches Wissen“. Aus ihrer Gruppe seien sogar 20 Prozent davon überzeugt, dass die meisten Medien Eigentum des Staates seien. Regional betrachtet verfügen besonders im ländlichen Raum die Menschen über deutlich geringere Kenntnisse über Medien sowie deren Strukturen.

Die Studie „Medienkompetenz in Sachsen. Auf dem Weg zur digitalen Gesellschaft“ wurde 2020 im Auftrag des Landkreises Nordsachsen im Pilotprojekt MPZ+ in zwei Teilstudien durchgeführt. Sachsenweit wurden 2.500 repräsentative Interviews durchgeführt. Das MPZ+ wurde bis Ende 2020 als eine Kooperation des Landkreises Nordsachsen, des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (SMK) sowie der Sächsischen Landesanstalt für Rundfunk und Neue Medien (SLM) betrieben und gefördert. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung veröffentlichte die Studie und organisierte Veranstaltungen mit den Autoren der Studie in ganz Sachsen.



„Ich wünsche mir Gespräche auf Augenhöhe“

Der Jurist Gjulner Sejdi, seit 2016 Vorsitzender des Leipziger Vereins Romano Sumnal, lebt seit 30 Jahren in Sachsen und setzt sich ein für die Rechte von Sinti und Roma. Er war am 24. März in Reichenbach Gesprächspartner bei der Veranstaltung „Zwischen Zusammenleben, Ablehnung und Antiziganismus: Wie Sinti und Roma in Sachsen leben und wie das Miteinander gelingt“. Im Interview spricht er über offenen und versteckten Rassismus.

Das Gespräch führte Christina Wittich

Herr Sejdi, wir verwenden in der Veranstaltungsbeschreibung den Begriff „Antiziganismus“, ein umstrittener Begriff. Wie stehen Sie, wie steht Ihr Verein dazu?

Wir beim Verein Romano Sumnal benutzen zur Beschreibung des Rassismus gegenüber Sinti und Roma lieber den Begriff Antirromaismus. Zwischen den Interessensvereinigungen gibt es allerdings unterschiedliche Ansichten darüber, ob schon der Begriff „Antiziganismus“ rassistisch ist, weil er die Bezeichnung „Zigeuner“ beinhaltet. Sinti und Roma verwenden das Wort „Zigeuner“ nicht, um sich selbst zu beschreiben. Das Wort gibt es in unseren Sprachen nicht. Es spiegelt die Sicht der Mehrheitsgesellschaft auf unsere Gemeinschaft wider und ist behaftet mit Vorurteilen und Klischees.

Der Begriff ist verbunden mit klischierten und stereotypischen Vorstellungen vom Leben der Sinti und Roma, vom fahrenden Volk. Wie leben denn Sinti und Roma in Sachsen?

Wir sind ganz normale Menschen mit einem ganz normalen Leben. Das ist nur der Mehrheitsgesellschaft nicht bewusst. Seit dem zweiten Weltkrieg wurde unsere Geschichte in Deutschland nicht ernsthaft aufgearbeitet und es gab bisher nur wenige Debatten, bei denen auch wir als Betroffene zu Wort kamen. Hier im Osten gab es bisher wenig Austausch und Aufarbeitung. Hier schwankt das Bild zwischen den Klischees: Lagerfeuerromantik, wunderschöne Frauen und Gesang auf der einen Seite oder bettelnde Menschen in der Fußgängerzone auf der anderen. Weil wir eine neue Sicht auf unsere Kultur schaffen wollten, haben wir 2013 den Verein Romano Sumnal gegründet. In Europa leben zwischen zehn und zwölf Millionen Roma und Sinti. Für Sachsen selbst gibt es keine konkreten Zahlen. Wir haben hier Kontakt mit rund 200 verschiedenen Familien.





„Wir sind ganz normale Menschen mit einem ganz normalen Leben. Das ist nur der Mehrheitsgesellschaft nicht bewusst.“
Foto: IMAGO / foto-leipzig.de



Woher kommen die Familien, von denen Sie sprachen?

Es gibt Familien, die leben seit Anfang der Neunzigerjahre hier, andere praktisch schon immer, seit 600 Jahren und mehr. Das sind Deutsche, aber viele bleiben unter sich. Die wollen von der Mehrheitsgesellschaft nicht nur als Sinti und Roma wahrgenommen, sondern als Deutsche anerkannt werden wie alle anderen. Viele von denen, die später nach Sachsen gekommen sind, stammen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien, aus Serbien Mazedonien, dem Kosovo, Bosnien-Herzegowina.

Stellen Sie denn eine Diskriminierung fest von Roma und Sinti in Sachsen?

Diskriminierung bezieht sich nicht nur auf Roma und Sinti, sondern auf sehr viele Bürgerinnen und Bürger, die hierher zugezogen sind. Es gibt allerdings auch eine zusätzliche Diskriminierung, die sich speziell auf die Herkunft als Rom bezieht. Wenn beispielsweise jemand aus der Slowakei stammt oder Tschechien und dazu stereotypisch als Rom erkennbar ist, wird er noch deutlicher durch diese Brille als Fremder betrachtet, als wenn er nur Slowake wäre.

Laut Sachsenmonitor 2018 sagten mehr als die Hälfte der Befragten, sie hätten ein Problem damit, wenn sich Roma oder Sinti in ihrer Umgebung niedertiefen. Wie ordnen Sie diese Aussage ein?

Es gibt Diskriminierung, aber in diesem Ausmaß, kann ich sie nicht bestätigen. Wir merken schon, dass es eine gewisse Sensibilität gibt in der Mehrheitsbevölkerung, wenn sich ihnen gegenüber jemand als Sinti oder Rom outet. Die meisten Bürgerinnen und Bürger wissen jedoch gar nicht, wie Roma tatsäch-

lich leben oder welche Menschen als typische Roma gelten könnten. Zum Beispiel hat unser Verein seinen Sitz in Leipzig Grünau, weil es hier viele Romafamilien gibt. Als wir das so kommuniziert haben, bekamen wir als Antwort: Aber wir kennen hier gar keine. Es stellt sich also immer die Frage, inwiefern jemand in ein stereotypes Bild passt. In der Öffentlichkeit wurde nie über die Kultur der Sinti und Roma gesprochen, nie über unsere Sprache. Es wurden nur Klischees reproduziert.

Antiromaismus wurde in der Debatte über Rassismus erst allmählich wahrgenommen. Warum, denken Sie, ist das so?

Uns fehlt noch die Lobby, wenn wir sagen, wir wollen über Antiziganismus sprechen. Es ist gut, dass so viel über Antisemitismus gesprochen wird, denn auch da geht es um das Einordnen von Bildern und um Aufklärung von Vorurteilen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, auch über Antiromaismus, über Antiziganismus, zu sprechen. Roma und Sinti sind seit Jahrhunderten unterwegs in verschiedenen Ländern, Kulturen, Bevölkerungsgruppen. Wir bringen eine breite Kultur mit.

Nur hatten wir nie die Gelegenheit, das auch zu zeigen. Schon sehr lange sind wir konfrontiert mit einer Antihaltung und werden als die Fremden wahrgenommen, selbst wenn wir schon sehr lange sesshaft sind in einer Region. Es ist an der Zeit, das zu ändern, die Menschen ernst zu nehmen und ihnen Mut zu geben. Viele outen sich nicht als Roma oder Sinti, weil sie Angst haben, ihre soziale Stellung zu gefährden, ihren Arbeitsplatz, ihr Ansehen in der Mehrheitsgesellschaft.

Welche konkreten Beispiele kennen Sie?

Die Sängerin Marianne Rosenberg ist eine Sintiza, die sich lange nicht dazu geäußert hat. Sie hat erst über ihre Herkunft gesprochen, als sie einen gewissen Status erreicht hatte. Es gibt viele Roma-Wissenschaftler, die zu Beginn ihrer Arbeit Sorge hatten, in eine gewisse Richtung geschoben zu werden. In der Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft gibt es keine Roma-Anwälte oder -Doktoren.

Also verstecken sie die eigene Herkunft und passen sich an...

Diese Menschen sind sehr stolz auf das, was sie sind. Aber sie merken genau, wann sie diesen Stolz zeigen können und wann sie ihn besser vermeiden, wann sie davon profitieren oder wenigstens keine Nachteile haben werden.

Studien belegen beispielsweise, dass Romakinder eher für die Förderschule empfohlen werden als beispielsweise für Gymnasien. Beobachten Sie institutionelle und strukturelle Diskriminierung auch konkret in Sachsen?

Welche Menschen werden als Roma gesehen? Nicht die erfolgreichen. Keiner käme auf die Idee, meine Kinder nach ihrer Herkunft zu fragen und sie basierend darauf auf die Förderschule zu schicken. Meine Kinder gehen aufs Gymnasium aber niemand kommt auf die Idee, zu sagen: Ah, die Roma gehen auch aufs Gymnasium. Viele unserer Menschen passen in das fertige Bild und deswegen wurden viele der Kinder in Förderschulen gesteckt. Wir haben hier einen Fall von einem Mädchen, das aus der Slowakei kam. Die Familie hat lange Zeit in England gelebt. Das Mädchen wurde in der Schule in eine niedrigere Klasse eingeschult als es ihrem Alter entsprochen hätte. Aber was soll denn eine Zwölfjährige anfangen mit Neunjährigen? Natürlich hat sie nicht mitgemacht und alle sind davon ausgegangen, dass sie nicht lernfähig ist, obwohl sie ein sehr intelligentes Mädchen war. Ihre Englischlehrerin hat das erkannt, weil sie mit dem Kind Englisch gesprochen hat. Danach wurde sie gefördert. Die Verantwortlichen haben bis dahin nicht bedacht, dass die Familie lange in England gelebt hat, dass das Kind eine neue Sprache lernen, sich anpassen und neue Freunde finden muss. Viele unserer Kinder geraten in solche Situationen und sind angewiesen auf aufmerksame Lehrerinnen und Lehrer.

Sie beobachten also eine Kombination von bereits vorhandenen Vorurteilen und dem generellen Problem von Integration. Gegenseitiges Kennenlernen bereinigt Klischees. Wo kann ich denn die Kultur von Roma und Sinti kennenlernen?

Viele unserer Menschen sprechen gern über sich – wenn sie sich sicher fühlen. Aber es ist schwierig, wenn ein Fremder kommt und einfach Fragen stellt. Wenn unsere Leute sich aufgehoben fühlen, dann öffnen sie sich und man erhält auch Einblick in die Familienstrukturen. Bei den Sinti und Roma ist die Familie das gesündeste Organ. Die Familie bleibt zusammen, gibt sich Halt.

Fehlendes Vertrauen auf beiden Seiten vertieft die Klischees und auch die gegenseitige Ablehnung. Unsere Veranstaltung „Zwischen Zusammenleben, Ablehnung und Antiziganismus: Wie Sinti und Roma in Sachsen leben und wie das Miteinander gelingt“ ist auch zustande gekommen, weil es im Vogtlandkreis Probleme gab: unbewohnbare Grundstücke,

Gewalt gegen Sinti und Roma. Wie lassen sich solche Konflikte lösen?

Wir müssen betrachten, weswegen es zu solchen Situationen kommt. Öffentliche Aufmerksamkeit erhalten unsere Leute, wenn sie auf der Straße leben, wenn es ihnen schlecht geht, wenn sie sich in einer prekären Situation befinden. Viele unserer Sinti und Roma kommen aus einfachen Verhältnissen. Sie stammen aus Rumänien, Bulgarien, Tschechien, der Slowakei. Hier arbeiten sie in Jobs, die sonst niemand möchte.

Viele haben ein großes Vertrauen in die Deutschen und wissen gleichzeitig nicht, was ihre Rechte sind, zum Beispiel in Bezug auf Arbeitsverträge. Oft unterschreiben sie etwas, dessen Folgen sie gar nicht im Blick haben. Dadurch geraten sie in prekäre Situationen, arbeiten unter Mindestlohn, machen unbezahlte Überstunden, werden schlicht nicht bezahlt oder sind in unwürdigen Unterkünften untergebracht. In der Fleischindustrie arbeiten viele Roma, auf dem Bau, auf den Feldern. Sie hoffen auf den nächsten Job, der besser ist und bis dahin landen sie nicht selten in den beschriebenen miserablen Situationen, die dann zu Ärger führen.

Wie sehen Sie da Vertreterinnen und Vertreter in Verwaltungen – fühlen Sie sich unterstützt?

Ich sehe da Menschen, die sehr hilfsbereit sind. Viele der Behörden arbeiten sehr gründlich, sind hilfsbereit und machen sich Gedanken über die Situation der Roma. Wenn allerdings das Klischee noch mitspielt in der Wahrnehmung, verschlimmert sich die Situation meistens.

Was würden Sie sich wünschen von der Landespolitik in Bezug auf Sinti und Roma?

Ich bin froh darüber, dass in dieser Landesregierung erstmals auch die Frage nach den Schwierigkeiten der Sinti und Roma gestellt und das Thema im Koalitionsvertrag aufgenommen wurde. Wir sind bereit, mit der Mehrheitsgesellschaft zu sprechen, mit Politikern, mit Journalisten. Wir wollen ernst genommen werden, um Stereotype abzubauen und zu zeigen, wer wir sind, wie unsere Kultur ist, dass wir uns in vielem nicht unterscheiden von der Mehrheitsgesellschaft. Wir wollen weg von dem Bild, dass Sinti und Roma arm sind, dass sie immer ein bestimmtes Aussehen haben. Ich wünsche mir Gespräche auf Augenhöhe. Ich will die Möglichkeit haben, bei anderen ein neues Bild zu schaffen über Sinti und Roma, das sich unterscheidet von dem, was sie über uns von ihren Opas und Omas gehört haben.

Wendepunkte eines alten Lebens



Foto: IMAGO / Westend61



Unter dem Eindruck der Corona-Krise rief die Landeszentrale im Februar Seniorinnen und Senioren zu einem Schreibwettbewerb auf. Denn Corona ist nicht die einzige Krise und immer wieder geraten Menschen an den Rand ihrer Kräfte. Und manchmal wecken diese Herausforderungen ungeahnte Potentiale. Besonders ältere Menschen können davon berichten, haben doch gerade sie persönliche Krisen und gesellschaftliche Umbrüche durchlebt.

Der Wettbewerb unter dem Titel „Geschafft. Geschichten vom Wandel“ sollte Mut machen. 225 Seniorinnen und Senioren folgten dem Aufruf und schickten knapp 250 bisher unveröffentlichte Texte ein. Diese wurden von einer Jury bewertet und prämiert. Die besten Geschichten werden als Buch veröffentlicht. Jörg-Martin Pönnighaus, Arzt und Dichter, gewann mit dem folgenden Text den Hauptpreis.

von Jörg-Martin Pönnighaus, Rosenbach

Kurz entschlossen hatte ich entschieden, die Geschwüre bei Frau Grenzer schon heute mit Spalthaut zu decken. Besser würden sie kaum werden. Es war wie so oft eine Katze, die sich in den Schwanz biss. Ursache der Geschwüre waren ihre Krampfaderen, aber niemand würde die Krampfaderen operieren, bis nicht die Ulzera abgeheilt waren. Außerdem war ich, ehrlich gesagt, das ewig weinerliche Gesicht von Frau Grenzer schon ziemlich leid. Ich wusste, sie stammte aus Rumänien, aber ansonsten hatte ich noch kaum mit ihr geredet. Sie fing ja an zu weinen, kaum dass sie in den OP-Saal geholt wurde, damit wir ihre Geschwüre reinigten.

Auch jetzt verzog sie schon wieder ihr Gesicht. „Haben Sie Kinder“, fragte ich sie. Ich nahm an, dass sie Kinder hatte und wollte sie dann trösten, dass die Operation – das Decken der Ulzera – nur halb so schlimm sein würde wie eine Geburt. „Ja, einen Sohn, aber der ist tot.“

„Wann ist er denn gestorben?“ Ich missverstand Frau Grenzers Antwort, was nicht weiter erstaunlich war, alldieweil ihr Gebiss draußen im Vorraum lag. „Ach vor zwei Jahren erst?“, „Nein, 1951.“ Frau Grenzer begann zu weinen. Meine Frage war wohl kein rechter Erfolg gewesen. Frau Painitz begann damit, Lokalanästhetikum zu spritzen.

„Lebt Ihr Mann denn noch?“ Ich hoffte, dass das ein besseres Thema war. „Ich war nie verheiratet.“ „Na ja, ich meine den Vater von Ihrem Sohn.“ „Nein, wir wollten heiraten, aber da wurde er geholt, um gegen die Banden zu kämpfen und vier Wochen später war er schon tot.“ „Wann war das?“ „1942.“ „Wann ist denn Ihr Sohn geboren?“ – „1933.“

Das schien mir eine recht verworrene Geschichte und ich überließ Frau Painitz das Spritzen, um etwas Ordnung zu erfragen. „Also wann haben Sie Rumänien verlassen?“ „1940, da sind wir in ein Lager im Sudetengau geschickt worden.“ „Wo dort?“ „In der Nähe von Pilsen.“ „Und warum?“ „Das war so eine Vereinbarung zwischen Hitler und Rumänien.“ „Und dann?“

„Dann sind wir 1942 nach Polen geschickt worden, in die Nähe von Kattowitz. Aber dort sind wir auch nur bis 1944 geblieben, weil dann die Russen kamen. Von dort sind wir wieder in ein Lager gekommen in Deutschland.“ „Und dann?“ „Von dort sind wir 1945 wieder zurück nach Rumänien geschickt worden.“ „Und wann sind Sie dann wieder nach Deutschland gekommen?“ „1951.“

Frau Painitz war mit dem Spritzen fertig. „Dann reinigen Sie vielleicht die Ulzera noch ein wenig mit einem scharfen Löffel“, sagte ich zu ihr. „Und warum“, wandte ich mich wieder an Frau Grenzer. „Das hat uns niemand gesagt, wir wurden einfach hierher geschickt.“ „Und Ihr Sohn ist in Rumänien gestorben oder hier in Deutschland?“ „In Deutschland, vier Wochen nachdem wir gekommen waren.“ „Und woran?“ „An einem Unfall bei der Wismut; eine Lore ist umgekippt.“ „Und was haben Sie gemacht?“

Frau Grenzer war Weberin gewesen, stellte sich heraus, in einer Weberei in Elsterberg. Einen Mann hatte sie nie wieder gehabt. Sie hätte nicht gewusst, was sie mit ihm hätte anfangen sollen, sagte sie. Schwester Yella machte ihren Mund auf – und wieder zu. Wenigstens lenkten meine Fragen Frau Grenzer so weit ab, dass Frau Painitz in Ruhe die Geschwüre reinigen konnten. „Hatten Sie Geschwister?“ „Ja, wir waren zu acht.“ „Und leben die noch?“

„Mein ältester Bruder, der ist gestorben, kurz nachdem er aus der Gefangenschaft zurückgekommen ist. Er war ganz krank und wir haben ihn beerdigt, drei Tage bevor wir nach Rumänien zurück mussten.“ „Wo war er in Gefangenschaft?“ „In Frankreich. Und mein zweitältester Bruder lag in einem Lazarett in Eisenach. Aber dann wollte niemand die Verwundeten haben, die Amerikaner nicht und die Russen nicht. Und da hat sich niemand mehr um sie gekümmert und da sind sie gestorben. Und vor ein paar Wochen ist eine Schwester von mir in Rumänien gestorben.“ „Wieso ist die 1951 nicht auch nach Deutschland gekommen?“ „Na ja, da sollten noch mehr Lastwagen kommen, um alle zu holen. Aber dann sind keine mehr gekommen. Da ist sie geblieben.“ Ich schüttelte den Kopf: „Was für ein Jahrhundert!“ „Ja“, stimmte Frau Painitz mir zu, „wir, ich jedenfalls, kann mir das gar nicht mehr vorstellen, was da alles mit den Menschen gemacht worden ist.“

Ich ließ Frau Painitz die Spalthaut entnehmen. Es klappte bestens. Ich lobte sie. Es dauerte dann auch nicht lange, bis wir die Ulzera mit größeren und kleinen Stücken gemeschter Spalthaut gedeckt hatten. Zum ersten Mal seit sie bei uns war, sah Frau Grenzer ein wenig froh aus. Ich strich ihr ein paar Haare aus der Stirn und plötzlich zog sie mich an sich und gab mir einen Kuss auf die Backe. Vielleicht, dachte ich, hat seit ewigen Zeiten niemand mehr mit ihr geredet.

„Der Hass kommt aus der Gesellschaft“

Beim Online-Fachtag „Gegen Hass im Netz“, unter anderem veranstaltet von der SLpB, wurden Erfahrungen ausgetauscht und Akteure aus Zivilgesellschaft, Beratung und Bildung vernetzt.

von Doreen Reinhard

Hass im Netz ist nicht nur eine Gefahr in digitalen Räumen, sondern spiegelt auch den Umgang in der Gesellschaft wider. Aus Hate Speech können reale Bedrohungen werden. Zu diesem Thema hat die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung am 1. Juni einen Online-Fachtag „Gegen Hass im Netz. Digitale Zivilcourage – Bildung – Beratung – Strafverfolgung“

veranstaltet, in Zusammenarbeit mit der Landeskoordinierungsstelle des Demokratie-Zentrums, dem RAA Sachsen e.V. und der Koordinierungsstelle Medienbildung. Expertinnen und Experten waren geladen, außerdem zivilgesellschaftliche Akteure und Personal aus Verwaltungen sowie schulischer und politischer Bildung.

Gefährliches Ungleichgewicht

Das Interesse ist groß, mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich angemeldet. Die Erwartungen reichen von „Austausch“ und „Vernetzung“ bis zu Bitten um „Handlungskonzepte“. Mit dem Aufkommen des Internets habe er Hoffnungen verbunden, doch er sei von Anfang an skeptisch gewesen, wie sich die Netzwerke entwickeln würden, sagt Roland Löffler, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung in seiner Begrüßung. „Das Ausmaß von Hass und Hetze, das wir in den letzten Jahren beobachtet haben, hat mich schon erschüttert.“

Matthias Quent, Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena, gibt einen Überblick zu seinem Forschungsstand. Er beobachtet zum Beispiel einen „Silencing“-Effekt. Ein gewisser Teil von Nutzerinnen und Nutzern ziehe sich nach Erfahrungen von Hate Speech aus den Debatten im Internet zurück. Damit würden Stimmen im Diskurs fehlen, ein Ungleichgewicht, potenziell gefährlich für die Meinungsfreiheit und Demokratie, entstehe. Es sei positiv, sagt Quent, dass es inzwischen mehr Gesetze gegen Hasskriminalität im Internet sowie eine stärkere Durchsetzung der Netiquette in etlichen Netzwerken gäbe. Doch weiterhin verbreite sich viel Hass über nach wie vor

unmoderierte Netzwerke wie Telegram, die nicht unter das Netzwerkdurchsetzung fallen. In diesen Kanälen kann aus diesem Grund kaum etwas gegen strafbare Inhalte in öffentlichen Gruppen unternommen werden. „Man braucht nur ein paar Klicks, um in diese Kanäle zu kommen und findet dort Holocaustleugnung, Vernichtungsfantasien und Desinformationen“, so Quent.

Der Überblick leitet eine angeregte Diskussion ein, die sich in den Workshops fortsetzt. Viele interessiert, wie man sich gegen Hate Speech wehren kann. Einige sind unsicher, welche Wege und Instrumente dabei zur Verfügung stehen. Über die Möglichkeiten der Sicherheits- und Justizbehörden wird im Forum „Strafverfolgung im Netz. Aktuelle Entwicklungen, Meldestellen, Strafverfolgung sowie Prozesshilfe“ gesprochen. Eine Lehrerin schildert ein Problem aus ihrem Alltag. „Wenn mir Schüler Beispiele zeigen, wie sie Hate Speech im Netz erleben, finde ich das oft erschreckend.“ Bei Kommentaren sei sie allerdings mitunter unsicher, ob diese auch juristisch relevant seien.

Nicole Geisler von der Generalstaatsanwaltschaft Dresden, die schon mehrfach Verfahren zu Hate Speech geführt hat, erklärt mögliche Tatbestände, von

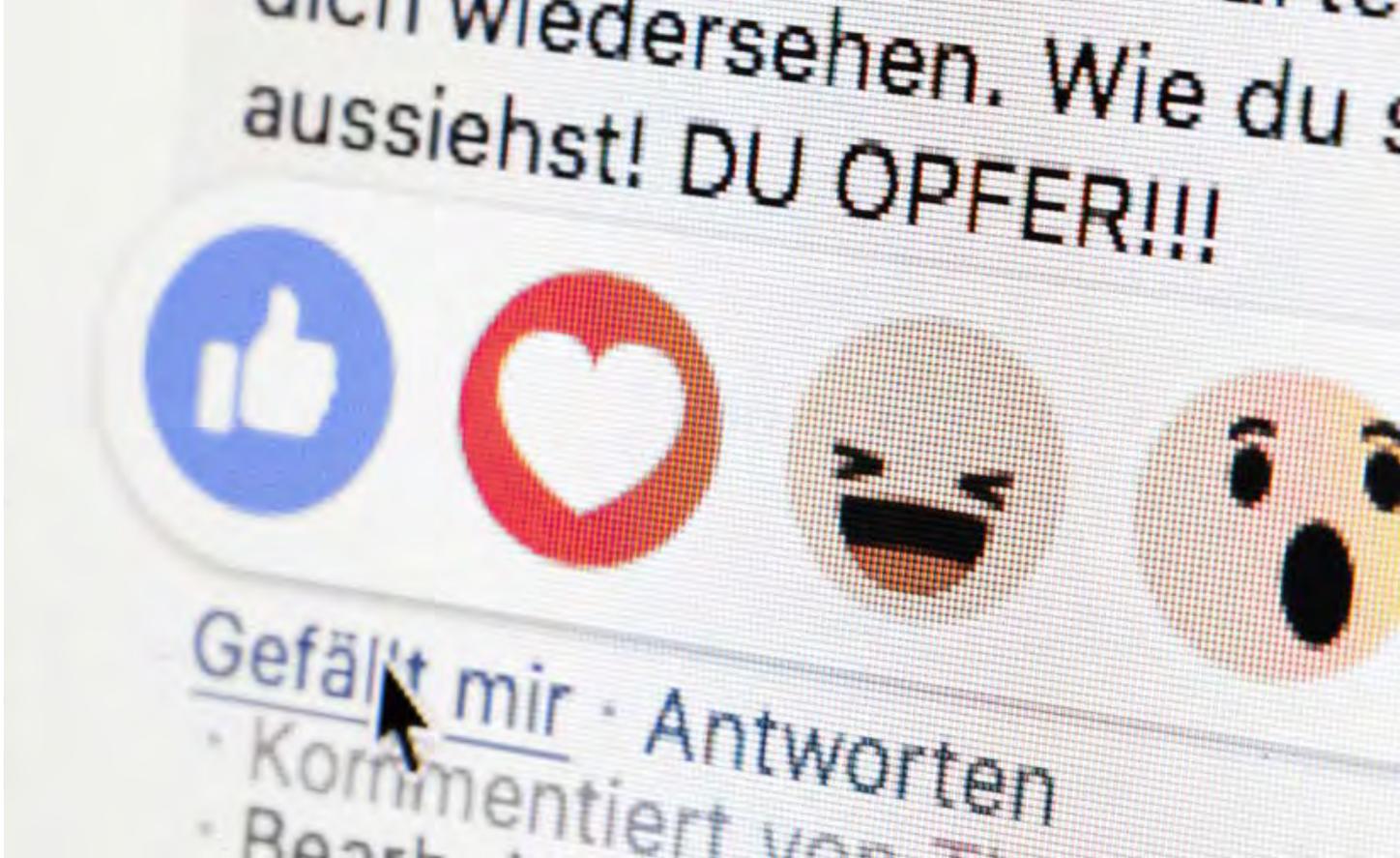


Foto: IMAGO / photothek

Beleidigung bis Volksverhetzung. Es sei auch für Fachleute nicht immer leicht einzuschätzen, ob ein Kommentar einen hinreichenden Verdacht auf eine Straftat darstellt. Ein Faktor bei der Bewertung, so Geisler, „ist zum Beispiel die Sicht eines durchschnittlichen Empfängers. Wie könnte so jemand einen Kommentar verstehen?“ Die sächsische Polizei hat inzwischen eine „Onlinewache“ eingerichtet, wo auch Hasskommentare gemeldet werden können. Zufrieden sei er mit dieser Lösung allerdings noch nicht, sagt Dirk Münster, Leiter

der Abteilung Staatsschutz im Landeskriminalamt Sachsen. Die Technik sei noch nicht auf dem neuesten Stand. Außerdem seien die personellen Ressourcen noch nicht ausreichend. Für Betroffene sei es oft heikel, bei Anzeigen die eigene Adresse angeben zu müssen, darauf macht Josephine Ballon vom Verein Hate Aid aufmerksam. „Für einige Menschen ist das eine Hürde. Sie haben zurecht große Angst vor Repressalien von der Gegenseite“, sagt sie. „Dafür muss die Justiz sensibilisiert sein.“

Mut im Alltäglichen

Doch nicht immer sind juristische Mittel erfolgreich, nicht jeder verletzende Kommentar, nicht jeder Shitstorm ist ein Strafbestand, verstörend sind solche Attacken trotzdem. Welche Mittel gibt es noch, das Problem in den Griff zu bekommen? Das zweite Forum thematisiert „Zivilcourage im Netz. Von Counter Speech bis Kampagnenführung“. „Wir haben großen Nachholbedarf in unserer Gesellschaft zivilcouragiert aufzutreten, und digitale Zivilcourage gehört dazu“, sagt Juliane Chakrabarti von der Initiative „ichbinhier“, die sich für eine bessere Diskussionskultur im Netz einsetzt. „Wir erleben, dass Zivilcourage oft dann angefragt wird, wenn es wohlfeil ist.“

Es gehe aber auch um Mut im Alltäglichen – und das erstrecke sich auch auf digitale Räume. Wie kann man im Netz die Zivilgesellschaft stärken? Für Johannes Baldauf, Public Policy Manager bei Facebook, gehören dazu „allgemeingültige Gesetze, eine engagierte Zivilgesellschaft und eigene Richtlinien der Plattformen“. Benjamin Winkler von der Amadeu-Antonio-Stiftung in Sachsen wirbt unter anderem für das „Multiplikatoren-Prinzip“, Initiativen und Personen, die aufklärende Positionen im Internet einnehmen, müssten einflussreicher werden.

Eine laute Minderheit bestimmt das Klima

Viele Betroffene leiden enorm unter Übergriffen in sozialen Netzwerken. So etwas könne Stress und Selbstzweifel auslösen, Depressionen und gravierende Probleme im Umfeld, so wird es im dritten Forum „Beratung im Netz. Auswirkungen rechter Angriffe und Handlungsoptionen für Betroffene“ von verschiedenen Seiten geschildert. Juliane Pink und Matthias Groß, beide betreuen die Onlineberatung für rechte und rassistische Gewalt der RAA Sachsen, berichten, dass besonders häufig migrantisch und weiblich wahrgenommene Personen das Ziel digitaler Shitstorms seien. „Hate Speech führt, das ist unsere Beobachtung, zu realen Angriffen und Bedrohungen“, sagt Juliane Pink. „Es ist eine laute Minderheit, die es schafft, den Diskurs zu bestimmen.“ Sie berichten vom Fall eines kurdischen Jugendlichen in Dresden, der an einem Überfall beteiligt war. Obwohl er von der Polizei zeitnah als Täter ermittelt worden sei, mit entsprechenden Konsequenzen, sei von rechten Akteuren eine Hass-Kampagne gegen ihn und seine Familie losgetreten worden.

Dabei wurden auch Adressen und Telefonnummern veröffentlicht. Die Familie sei wegen der Bedrohung schließlich weggezogen.

Die RAA-Mitarbeiter geben zahlreiche Handlungsmöglichkeiten für Betroffene von Hate Speech. Ein Tipp: „Man sollte Betroffene fragen, wie es ihnen geht. Das kann Wunder bewirken“, sagt Juliane Pink. „Und fragen, was sie brauchen. Manche möchten erst mal Ruhe.“ Für andere sei es hilfreich, durch Counterspeech und Lovestorms eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Auch Nih Le, Journalistin, Moderatorin und selbst aktiv in sozialen Netzwerken, hat Attacken im Netz erlebt. „Man wird immer dafür angegriffen, was man ist“, sagte sie. „Zum Beispiel, weil man eine Frau, eine Journalistin oder ein nicht-weißer Mensch ist.“ Wichtig sei, den Hass im Netz nicht kleinzureden. „Von wegen, das sei doch nur im Internet so. Aber das stimmt nicht. Denn das Internet ist nur der Ort, wo sich der Hass entlädt, aber er kommt aus der Gesellschaft.“

Unbürokratische Vernetzung

Es gibt bereits allerhand Initiativen und Projekte, die Aufklärung über Hate Speech und Hilfestellungen anbieten. Einige davon werden beim vierten Forum „Kompetent im Netz. Bildungsangebote gegen Hate Speech in Sachsen“ vorgestellt, etwa das SAEK Medienkompetenzzentrum für Sachsen, die John-De-wey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie und der Bildungsanbieter KF Educations.

Im Workshop suchen Pädagogen Praxistipps für den Unterricht an Schulen. Eine Lehrerin schildert, dass nicht mangelnde Angebote ein Problem seien, eher die Auswahl der vorhandenen. „Für uns scheiterte es oft daran, aus der Fülle an Materialien das Richtige auszuwählen“, sagt sie. „Ich würde mir eine unbürokratische Vernetzung wünschen, das würde uns an der Basis sehr helfen.“ Vertreterinnen und Vertreter von Projekten bestätigen, dass die Vernetzung zwischen Akteuren ausbaufähig sei. Es brauche eine langfristige und zuverlässige Zusammenarbeit mit

entsprechenden Anlaufstellen sowie eine verlässliche Finanzierung. Es gäbe bereits etliche gute Projekte zum Thema in Sachsen und darüber hinaus, sagt der Mitarbeiter eines Medienvereins. „Aber die Vernetzung ist noch nicht so systematisch und nachhaltig, wie es sein sollte.“

Der Online-Fachtag hat bei diesem Wunsch geholfen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich und eine Vielzahl von Angeboten kennengelernt; der Erfahrungsaustausch war nützlich, das ist eine Bilanz am Ende des Tages. Eine zweite lautet, dass es weiterhin in allen Bereichen von Bildung, Beratung, digitaler Zivilcourage und Strafverfolgung Handlungsbedarf gibt, um Hass im Netz wirkungsvoll und präventiv zu begegnen sowie um Betroffene angemessen zu unterstützen. Die zentrale Bilanz des Fachtags ist, dass sich wesentliche Akteure in Sachsen vernetzen konnten und das gemeinsame Ziel, sich gegen Hass im Netz weiter zu engagieren, auch zukünftig voranbringen wollen.



„Ich hatte einst ein schönes Vaterland...“

von Silke Nora Kehl

So dichtete Heinrich Heine 1832 im Pariser Exil. Der aus Sachsen stammende Schauspieler Roman Knižka wählte diese Worte als Leitspruch des literarischen Kammerkonzerts, das er gemeinsam mit dem Bläserquintett „Opus 45“ und der Sopranistin Maria-Isabella Jung veranstaltet. Der Streifzug durch vier Jahrhunderte deutsch-jüdischer Geschichte verdeutlicht, wie maßgeblich jüdische Philosophen, Musiker und Dichter die deutsche Kultur prägten. Und dass sich zugleich der Antisemitismus wie ein roter Faden durch unsere Geschichte zieht. Anlässlich des Festjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ trat das Ensemble Opus 45 in Görlitz, Chemnitz und Crimmitschau auf.

Wenn Roman Knižka liest, wird das Publikum in der Görlitzer Synagoge so leise, dass nicht einmal das Rascheln einer Jacke oder ein Räuspern zu hören ist. Knapp 100 Besucherinnen und Besucher konzentrieren sich auf die Zeilen, die der Schauspieler vorträgt. In den Textpassagen verdichten sich Momente der jüdisch-deutschen Geschichte: Persönliche Erinnerungen, Briefe, Gedichte spiegeln glückliche wie schmerzhaft Erfahrungen. Daneben stehen antisemitische Pamphlete, die Hass und Vorurteile fortschreiben.

„Ich hatte einst ein schönes Vaterland – so sang schon der Flüchtling Heine. Das seine stand am Rheine, das meine auf märkischem Sand“. Mit diesen Zeilen beginnt das Gedicht „Emigranten-Monolog“, das die Berliner Dichterin Mascha Kaléko 1945 im Exil schrieb.

O Röslein auf der Heide, dich brach die Kraftdurchfreude

Geboren in der westgalizischen (heute polnischen) Stadt Chrzanów, aufgewachsen im Scheunenviertel in Berlin, hatte sie nach ihrem Schulabschluss in den 1920er Jahren als Stenotypistin gearbeitet. Außerdem besuchte sie Abendkurse an der Berliner Universität – und schrieb Texte. Ihr erster Gedichtband „Das lyrische Stenogrammheft“ wurde 1933 von Ernst Rowohlt verlegt. 1938 setzten die Nationalsozialisten den Namen der jüdischen Lyrikerin auf die „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“. Mascha Kaléko emi-

grierte mit ihrem Mann und ihrem Sohn nach New York. „O Röslein auf der Heide, dich brach die Kraftdurchfreude. Die Nachtigallen wurden stumm, sahn sich nach sicherem Wohnsitz um, und nur die Geier schreien hoch über Gräberreihen. Das wird nie wieder, wie es war, wenn es auch anders wird. Auch, wenn das liebe Glöcklein tönt, auch wenn kein Schwert mehr klirrt. Mir ist zuweilen so, als ob das Herz in mir zerbrach. Ich habe manchmal Heimweh. Ich weiß nur nicht, wonach.“ So endet der Emigranten-Monolog.

Die einzig wahre Religion gibt es nicht

Wenn Roman Knižka das Gedicht Mascha Kalékos vorträgt, klingt es kraftvoll und melancholisch zugleich. Der Schauspieler verleiht jedem Text, jeder Autorin und jedem Autor einen eigenen Ton. So klingt er nüchtern-unbarmherzig, wenn er die Notiz des preußischen Grenzbeamten liest, der im Jahre 1743 notierte „Heute passierten das Tor sechs Ochsen, sieben Schweine und ein Jude.“ Es war Moses Mendelssohn, der an diesem Tag – nach einem langen Fußmarsch von seiner Heimatstadt Dessau – das Stadttor nach Berlin passierte. Für jüdische Menschen gab es zu dieser Zeit nur eine Möglichkeit, in die Stadt Berlin hinein zu gelangen: Sie mussten durch das Tor gehen, durch das auch das Vieh getrieben wurde.

Moses Mendelssohn (1729-1786) wurde später zum Wegbereiter der jüdischen Aufklärung, der Haskalah, in Europa. Er war bereits zu Lebzeiten ein hoch angesehener Philosoph – sein Freund Gotthold Ephraim Lessing setzte ihm in dem Versdrama „Nathan der Weise“ ein literarisches Denkmal. Mendelssohn war Vorbild für die Figur des Nathan.

Roman Knižka liest Passagen aus der Ringparabel vor, die als Kernstück von Lessings Versdrama gilt. In der Ringparabel geht es um die Frage, welche der drei monotheistischen Religionen denn nun die wahre Religion sei: Das Judentum, das Christentum oder der Islam. Die in der Ringparabel enthaltene Antwort lautet: Keine von ihnen und alle drei zugleich.





Foto: © Matthias Wehnert Photos

100.000 jüdische Soldaten für Deutschland an der Front

Lessings Kerngedanke von der Gleichberechtigung der Religionen und auch der Anerkennung von Menschen in ihrer Verschiedenheit setzte sich in den folgenden Jahrhunderten nicht fort. Beispielhaft für den deutschen Antisemitismus des 19. Jahrhunderts steht Heinrich von Treitschkes Aufsatz „Unsere Ansichten“, die in dem Satz mündet: „Die Juden sind unser Unglück“. Nachdem Roman Knižka die Formulierungen von Treitschkes fast herausbrüllt, wechselt er im nächsten Text in einen ganz ruhigen, zurückgenommenen Tonfall: Er liest den sehr berührenden Abschiedsbrief des 21-jährigen Emil Lewinsohn an seine Eltern. Der junge jüdische Mann, der als Soldat im Ersten Weltkrieg kämpfte, hatte bereits die Vorahnung, dass er fallen würde. Er gehörte zu den knapp 100.000 jüdischen Männern, die sich entschieden hatten, für ihr deutsches Vaterland an die Front zu ziehen. 30.000 von ihnen wurden für besondere Tapferkeit ausgezeichnet.

Das verhinderte nicht, dass während des nationalsozialistischen Regimes in den 1930er und 40er Jahren sechs Millionen europäischer Juden ermordet wurden. Dem millionenfachen Mord ging die systematische Ausgrenzung und Entrechtung der jüdischen Deutschen ab 1933 voraus, an der sich auch zahlreiche deutsche Zivilisten und Zivilistinnen beteiligten: bei kollektiven gewalttätigen Ausschreitungen wie der Reichspogromnacht am 9. November 1938, Diskriminierung jüdischer Kinder an Schulen oder der Denunzierung jüdischer Nachbarn, die daraufhin in Konzentrationslager deportiert wurden.

Mit dem Auszug aus einem Text Anita Lasker-Wallfischs, die als Cellistin im Mädchenorchester von Auschwitz den NS-Terror überlebte, führt Roman Knižka den Zivilisationsbruch des Holocausts eindrücklich vor Augen.

Daran arbeiten, tolerant und respektvoll miteinander umzugehen

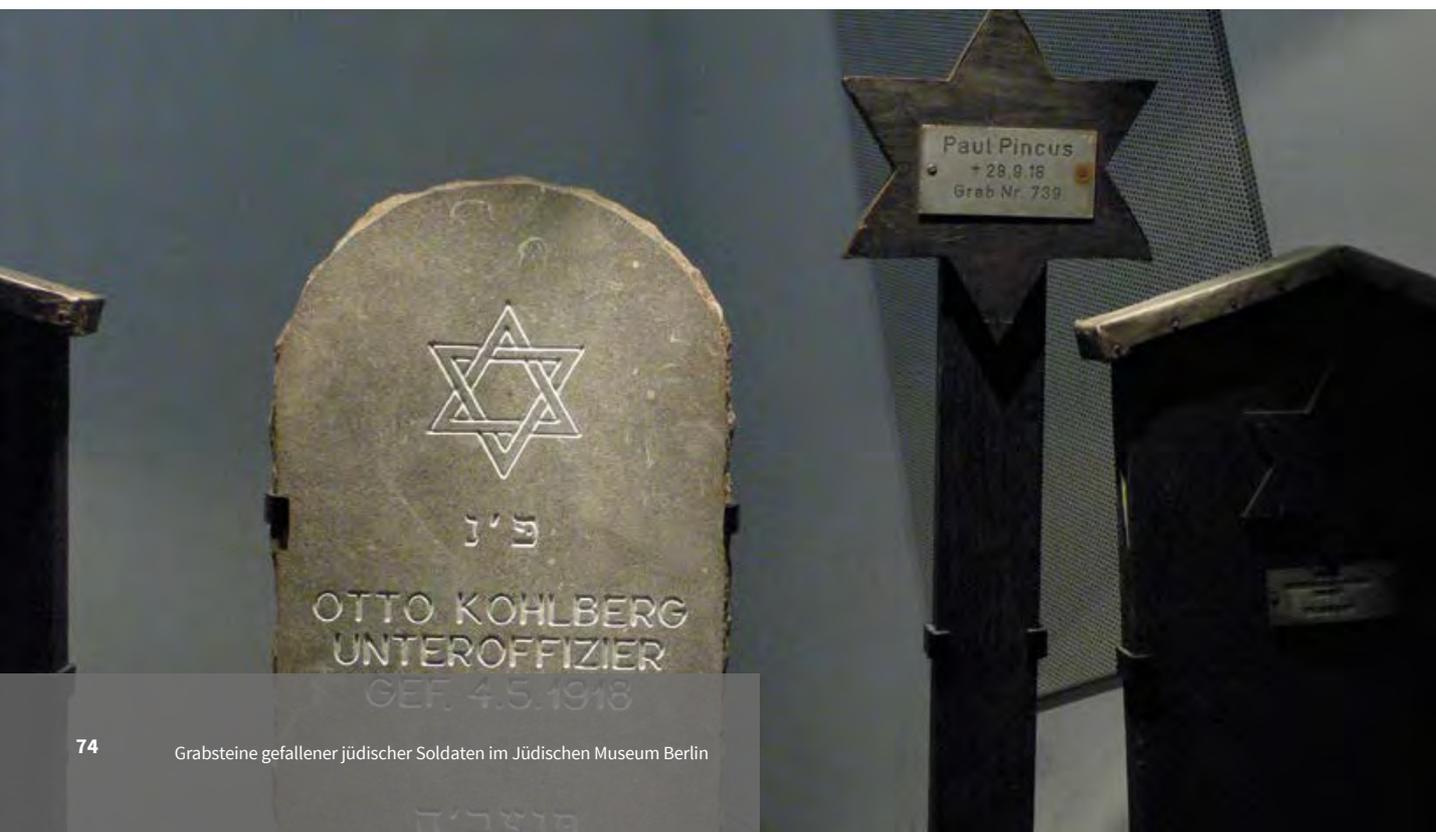
Unter den für das Programm ausgewählten Texten ist auch die antisemitische Schrift des Komponisten Richard Wagner, „Das Judentum in der Musik“, die 1850 zunächst unter dem Pseudonym „K. Freigedank“ und 1869 dann unter dem Namen ihres Verfassers veröffentlicht worden war. Die Textpassagen aus der Feder Richard Wagners trägt Roman Knižka in sächsischem Akzent vor – und zieht damit eine Parallele zwischen damals und heute. Dass die AfD und Pegida gerade in seiner sächsischen Heimat so stark vertreten sind, treibt den Schauspieler um. Er engagiert sich gegen Rechtsextremismus und sagt im Interview: „Wir müssen weiter daran arbeiten, tolerant und respektvoll miteinander umzugehen.“

Roman Knižka schließt seine Lesung mit Auszügen aus der zeitgenössischen Streitschrift „Desintegriert Euch“ des Autors und Aktivisten Max Czollek ab. „Desintegration ist“, schreibt Czollek, „eine Erwiderung auf die beständig vorgetragene politische und gesellschaftliche Forderung nach Integration. Der Begriff zielt aber nicht nur auf eine Unterstützung derjenigen, die als Türkinnen, Asylanten, Nafris, Musliminnen, Wirtschaftsflüchtlinge oder Migranten adressiert werden. Wenn ich vom Integrationsdenken oder Integrationsparadigma schreibe, dann meine ich die Konstruktion eines kulturellen oder politischen Zentrums, das sich implizit oder

ausdrücklich als deutsch versteht. Mit dem Konzept der Desintegration schlage ich ein Gesellschaftsmodell vor, dass solche neovölkischen Vorstellungen unmöglich macht.“

Ende Oktober traten Roman Knižka und das Ensemble Opus 45 in der Synagoge Görlitz, im LUXOR in Chemnitz und im Theater Crimmitschau auf. Diese drei Veranstaltungsabende waren eine Kooperation der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung mit dem Ensemble Opus 45. Anlässlich des Festjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ tourte das Ensemble mit diesem Programm durch die gesamte Bundesrepublik.

Roman Knižka wurde 1970 in Bautzen geboren, erlernte an der Dresdner Semperoper zunächst den Beruf des Theatertischlers und verließ die DDR noch vor dem Mauerfall über die Grüne Grenze. Nach seinem Studium an der Bochumer Schauspielschule spielte er zunächst am dortigen Schauspielhaus und begann dann, sich einen Namen in TV-Dramen, Liebesfilmen, „Tatorten“ und diversen Kinoproduktionen zu machen. Daneben ist er mit großem Erfolg auf der Bühne aktiv und spricht regelmäßig Hörbücher ein, zuletzt „Frieden auf Erden“ von Stanisław Lem.



Impressum

Herausgegeben von

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung
Schützenhofstraße 36
01129 Dresden

✉ E-Mail: info@slpb.smk.sachsen.de

🌐 Internet: slpb.de

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Sämtliche, auch auszugsweise, Verwertung bleibt vorbehalten.

Dresden, Mai 2022

Druckexemplare sowie eine Online-Version sind abrufbar unter:
www.slpb.de

Redaktion

Thomas Platz, Telefon: 0351 / 85318-21

Fotos

Wenn nicht anders angegeben: SLpB

Cover: Ben Jenak

Satz und Gestaltung

CaroGraphics — www.caro.graphics

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der SLpB im Rahmen ihres Auftrages herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Schützenhofstraße 36

01129 Dresden

 0351 85318-0

 0351 85318-55

 info@slpb.smk.sachsen.de

 www.slpb.de



Öffnungszeiten der Publikationsausgabe und Bibliothek:

Montag	09:00–11:30 Uhr
Dienstag	09:00–11:30 und 13:00–16:00 Uhr
Mittwoch	13:00–16:00 Uhr
Donnerstag	14:00–18:00 Uhr

LANDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE
BILDUNG



Freistaat
SACHSEN